

STATISTISCHES BUNDESAMT

Katalog der Anforderungen

**Übersicht über neue statistische Vorhaben
im Zeitraum 1974 bis 1981**

—Stand: 1. November 1974—

**Besprechungsunterlage für die Amtsleiterkonferenz
beim Statistischen Bundesamt am 14./15. November 1974**

STATISTISCHES BUNDESAMT

Katalog der Anforderungen

**Übersicht über neue statistische Vorhaben
im Zeitraum 1974 bis 1981**

—Stand: 1. November 1974—

Statist. Bundesamt - Bibliothek



23-00686

C 10.1202)

**Besprechungsunterlage für die Amtsleiterkonferenz
beim Statistischen Bundesamt am 14./15. November 1974**

Vorbemerkungen

Das Statistische Bundesamt legt hiermit eine völlig überarbeitete Neufassung des "Katalogs der Anforderungen" (Übersicht über neue statistische Vorhaben im Zeitraum 1974 bis 1981) - Stand 1. November 1974 - vor, die die erste Ausgabe (Stand 1. August 1973) sowie die Ergänzungslieferung vom 15. März 1974 ersetzt. Damit soll allen Interessenten eine aktuelle Bestandsaufnahme aller hinreichend konkretisierten neuen bzw. wesentlich erweiterten oder geänderten statistischen Vorhaben im Zeitraum bis zur nächsten Volkszählung im Jahre 1981 zugänglich gemacht werden. Nicht berücksichtigt sind - wie bisher - Statistiken, die vom Statistischen Bundesamt aufgrund gesetzlicher Regelungen in regelmäßigen mehrjährigen und kürzeren Abständen durchgeführt werden (z.B. Steuerstatistiken), sofern sich für die Zukunft keine wesentlichen Änderungen oder Erweiterungen abzeichnen.

Die aktualisierten Ausführungen zu Teil A "Einzelstatistiken" und zu Teil B "Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse und Querschnittsaufgaben" sind ohne Rückgriff auf die vorangegangenen Veröffentlichungen verständlich; andererseits können durch Vergleich der drei Fassungen untereinander die Entwicklungsstadien bei den einzelnen Projekten nachvollzogen werden.

Zur Wahrung der Vergleichbarkeit wurde die bisherige Reihenfolge der Vorhaben im Katalog beibehalten, die der Einteilung nach großen Bereichen in der Veröffentlichung "Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik" folgt. Statistiken, die mehrere Bereiche berühren (z.B. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung), sind in Teilprojekte aufgegliedert und mit entsprechenden Querverweisen versehen. Gleichfalls gewahrt blieb das einheitliche Gliederungsschema für Teil A; Teil B enthält - wie bisher - unter Verzicht auf eine schematische Untergliederung allgemeine Ausführungen zu ausgewählten Querschnittsaufgaben.

Einige Projekte, die sich im August 1973 bzw. im März 1974 noch im Planungsstadium befanden, sind inzwischen angelaufen bzw. abgeschlossen. Der Zielsetzung des Katalogs entsprechend wurden diese Statistiken in die Neufassung nicht mehr aufgenommen. Verzichtet wurde ferner auf die erneute Aufnahme von Vorhaben, die in der parlamentarischen Beratung abgelehnt wurden bzw. die von den zuständigen Ressorts oder den Europäischen Gemeinschaften nicht mehr wei-

terverfolgt werden. Diese Statistikvorhaben sind unter Angabe von Gründen in einer Übersicht zusammengefaßt, die dem Katalog vorangestellt wurde (vgl. Seite III).

Die seit 1. August 1973 bzw. 15. März 1974 neu hinzugekommenen Vorhaben wurden den jeweiligen Bereichen im Katalog zugeordnet. (vgl. hierzu auch Übersicht auf S. VI).

Übersicht I

Vorhaben aus früheren Fassungen des Katalogs der Anforderungen (Stand 1. August 1973 bzw. 15. März 1974), die in der vorliegenden Neufassung nicht mehr enthalten sind

I. Gebiet und Bevölkerung

Ausländerstatistik

Die jährliche Auswertung der Individualdatensätze des Ausländerzentralregisters ist am 30. September 1973 angelaufen.

II. Gesundheitswesen

Mikrozensus-Zusatzprogramm
"Krankheiten und Unfälle" sowie
"Körperliche, geistige und seelische Behinderung von Kindern"

Die Erhebungen wurden im Oktober 1973 und April 1974 bzw. im April 1974 durchgeführt.

III. Bildung und Kultur

Sonderbefragungen im Rahmen der
Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte
hier: Schulische und berufliche
Ausbildung

Die Erhebung wurde in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit der Mikrozensus-Grunderhebung im April 1973 durchgeführt.

(Vgl. hierzu die Ausführungen unter Abschnitt IV.5)

Statistik nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz

Die Erhebung ist 1973 angelaufen.

IV. Erwerbstätigkeit

Mikrozensus-Zusatzprogramm
hier: Berufliche Mobilität der
Frauen

Die Erhebung wurde im Juli 1974 durchgeführt.

V. Landwirtschaft

Viehzahlungen

Die Erhebungen werden ab 1973 laufend nach der neuen Rechtsgrundlage durchgeführt.

VI. Unternehmen und Arbeitsstätten

Ausbau der Bilanzstatistik

-, Zusätzliche Arbeiten nach dem Publizitätsgesetz

Die Statistik ist angelaufen. Erste Ergebnisse wurden inzwischen veröffentlicht.

VIII. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

Belegung der Sozialwohnungen

Der Deutsche Bundestag hat den Entwurf der CDU/CSU-Fraktion für ein Gesetz über die Belegung der Sozialwohnungen (Bundestagsdrucksache 7/843) am 15. Februar 1974 in zweiter Lesung abgelehnt.

XI. Verkehr

Verkehrszensus der Europäischen Gemeinschaften

Das Projekt der Europäischen Gemeinschaften wird von der Bundesrepublik Deutschland nicht unterstützt und hat nach Auffassung des Bundesministers für Verkehr keine Aussicht auf Verwirklichung.

Statistiken des Personenverkehrs und der Kraftfahrzeugfahrleistungen 1974

Der Deutsche Bundestag hat am 5. Juni 1974 entsprechend dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses seinen Beschluß vom 15. Februar 1974 aufgehoben und das von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz abgelehnt.

Statistik des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs

Diese Statistik wird mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1987) nunmehr auf bundesgesetzlicher Grundlage durchgeführt.

Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs mit Kraftomnibussen im Gelegenheitsverkehr

Die Bemühungen der Europäischen Gemeinschaften zur Einführung dieser Statistik werden von der Bundesrepublik Deutschland nicht unterstützt. Nach Auffassung des Bundesministeriums für Verkehr hat das Projekt keine Aussicht auf Verwirklichung.

XIII. Finanzen und Steuern

Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes

-, Vierteljährliche Gemeindefinanzstatistik

Die Statistik ist am 1. Januar 1974 angelaufen.

XIV. Preise

Ausbau der Preisstatistik

-, Kommunale Gebühren

Das Statistische Bundesamt hat die Erhebung durch die statistischen Landesämter veranlaßt.

Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz

Die Statistik ist am 1. Januar 1974 angelaufen.

Übersicht II

In die vorliegende Fassung des "Katalogs der Anforderungen" neu aufgenommenes Vorhaben

II. Gesundheitswesen

5. Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche

Inhaltsverzeichnis

Seite

A. Einzelstatistiken

I. Gebiet und Bevölkerung

1. Volkszählung	1
2. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 hier: Bevölkerungsstatistische Angaben	3
3. Weiterentwicklung des Mikrozensus	7
4. Bundesstatistik über Obdachlose und Nichtseß- hafte	12

II. Gesundheitswesen

1. Multikausalanalyse der Todesursachen	14
2. Krankenhauspatienten- und -diagnosenstatistik ...	15
3. Statistische Aufbereitung der ärztlichen Unter- suchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz ...	17
4. Bundesstatistik der Behinderten und der Rehabilitationsmaßnahmen	19
5. Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche ...	22

III. Bildung und Kultur

1. Ausbau der Schulstatistik	24
2. Statistik der Berufsbildung und der beruflichen Fort- und Weiterbildung	29
3. Erhebungen im Rahmen des Hochschulstatistik- gesetzes	31
4. Forschungsstatistik	52

IV. Erwerbstätigkeit

1. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 hier: Erwerbsstatistische Angaben	56
2. Beschäftigten- und Entgeltstatistik	59
3. Weiterentwicklung des Mikrozensus	65
4. Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte	70

V. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

1. Landwirtschaftszählung	73
2. Agrarberichterstattung	75
3. Weinbaukataster	80
4. Neugestaltung der Bodennutzungserhebungen	82
5. Erhebung über den Obstanbau (Obstanbauerhebung)	85
6. Statistik nach dem Geflügelfleischhygienegesetz .	87

VI. Unternehmen und Arbeitsstätten

1. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 hier: Arbeitsstättenzählung	88
2. Kostenstrukturstatistiken	91
3. Ausbau der Bilanzstatistik	93

VII. Produzierendes Gewerbe

1. Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Stati- stiken im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Zensus im Produzierenden Gewerbe und Handwerks- zählung)	96
2. Umweltstatistiken	102

VIII. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

1. Reform der Bautätigkeitsstatistik	115
2. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 hier: Gebäude- und Wohnungszählung	119
3. 1 %-Wohnungsstichprobe	122

IX. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr sowie Dienstleistungen

1. Weiterentwicklung der Binnenhandels- und Gast- gewerbestatistik (darunter: Handels- und Gast- stättenzählung)	124
2. Ausbau der Fremdenverkehrs- und Beherbergungs- statistiken zu Reiseverkehrsstatistiken	134

	Seite
3. Pressestatistik	141
4. Statistische Erhebungen im Bereich der Film- wirtschaft	143
 X. <u>Außenhandel</u>	
1. Außenhandelsstatistik	145
 XI. <u>Verkehr</u>	
1. Statistik der Gemeindestraßen 1976.....	150
2. Ausbau der Statistiken im Güterkraftverkehr	152
3. Ausbau der Seeschiffahrtsstatistik	155
 XII. <u>Öffentliche Sozialleistungen</u>	
1. Weiterentwicklung der Jugendhilfestatistik	158
2. Personalstrukturerhebung in der Jugendhilfe	160
 XIII. <u>Finanzen und Steuern</u>	
1. Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes ...	162
2. Einheitswertstatistiken des Grundbesitzes	177
 XIV. <u>Preise</u>	
1. Ausbau der Preisstatistik	180
 XV. <u>Löhne und Gehälter</u>	
1. Statistik der Löhne in der Landwirtschaft	186
2. Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten	188
3. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerb- lichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich.	191
4. Erhebung über die betriebliche Altersversorgung in der Wirtschaft	194
 XVI. <u>Wirtschaftsrechnungen</u>	
1. Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS)	196

B. Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse und Querschnittsaufgaben

I. <u>Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse in Gesamtsystemen und Entwicklung von Schätzverfahren in einzelnen Bereichen</u>	
1. Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	199
2. Entwicklung eines Systems demographischer und sozialer Daten und "Soziale Indikatoren"	203
3. Entwicklung von Schätzverfahren im Bereich der Regionalstatistik und der Umweltstatistiken	207
II. <u>Methodische Untersuchungen und sonstige vorbereitende Arbeiten zum Ausbau des statistischen Gesamtbildes in ausgewählten Bereichen</u>	
1. Ausbau der Einkommens- und Vermögensstatistik	210
2. Ausbau der Wissenschafts- und Forschungsstatistik ...	216
3. Ausbau der Regionalstatistik	218
III. <u>Verbesserte Darbietung und Auswertung der Ergebnisse</u>	
1. Problemorientierte Querschnittsveröffentlichungen ...	223
2. Aufbau der Statistischen Datenbank	226
3. Entwicklung eines Konzepts für den numerischen Teil des Bundesinformationssystems	229
IV. <u>Sonstige Querschnittsaufgaben fachlicher Art</u>	
1. Weiterentwicklung der Systematiken	231
2. Mitarbeit an Berichten der Bundesregierung sowie an Analysen und Prognosen	239
 <u>Anhang</u>	
Übersicht über neue statistische Vorhaben im Zeitraum 1974 bis 1981	241

A. Einzelstatistiken

I. Gebiet und Bevölkerung

1. Volkszählung

Allgemeine Bemerkungen:

Die Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Synchronisierung der allgemeinen Volkszählungen (73/403/EWG) vom 22. November 1973 (Amtsblatt der EG Nr. L 347/50 vom 17. Dezember 1973) verpflichtet die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, die nächste allgemeine Volkszählung zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 1981 durchzuführen. Der bisher übliche, ungefähr zehnjährige Abstand zu der vorausgegangenen Volkszählung von 1970 wird damit gewahrt. Um - wie 1970 - eine weitgehende Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu sichern, wird die Kommission der Europäischen Gemeinschaften zusammen mit den Mitgliedstaaten ein gemeinschaftliches Tabellenprogramm aufstellen, das - gemäß der Richtlinie - Tabellen über demographische, berufliche und soziale Merkmale der Einzelpersonen, der Haushalte und Familien enthalten wird.

Tatbestände:

Das Frageprogramm wird sich voraussichtlich an das der Volkszählung 1970 anlehnen. Sofern es möglich ist, aus bestehenden Registern - z.B. dem Einwohnerregister - Angaben für Zwecke der Volkszählung zu entnehmen und mit den originär erhobenen Daten zusammenzuführen, könnte der Kreis der Erhebungsmerkmale eingeschränkt werden. Eine wesentliche Bedingung hierfür ist die Automatisierung des Einwohnerwesens, verbunden mit der Einführung des allgemeinen Personenkennzeichens.

Kreis der Befragten:

Gesamtbevölkerung (nicht erfaßt werden Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieses Personenkreises).

Periodizität:

Etwa alle zehn Jahre.

Berichtsweg: Befragte - Gemeinden - Kreise - StLÄ - StBA.

Rechtsgrund-
lage: Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaf-
ten vom 22. November 1973 zur Synchronisierung der
allgemeinen Volkszählungen (73/403/EWG), Amtsblatt
der EG Nr. L 347/50 vom 17. Dezember 1973.
Nationale Rechtsgrundlage (Gesetz) erforderlich.

Zuständiges
Ressort: Bundesministerium des Innern.

I. Gebiet und Bevölkerung

2. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975

Allgemeine Bemerkungen:

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 (Wohnungszählungsgesetz 1975) - Bundesratsdrucksache 396/74 - am 12. Juli 1974, z.T. abweichend von den Anträgen seiner Ausschüsse, der Durchführung einer Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung im Jahre 1975 zugestimmt. Neben einigen Erweiterungen im gebäude- und wohnungsstatistischen Teil (vgl. hierzu VIII 2) schlägt der Bundesrat insbesondere Kürzungen des bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Merkmalskataloges vor und regt an, einige Fragen aus diesem Bereich erst im Rahmen der nächsten Volkszählung 1981 zu stellen.

Die grundsätzliche Zustimmung des Bundesrates zu dem Zählungsprojekt trägt u.a. dem in den letzten Jahren stark gestiegenen Bedarf der Bundesressorts an Strukturdaten in kleinräumlicher Gliederung sowie den vielfältigen Anforderungen der Länder und Gemeinden - u.a. auf dem Gebiet der räumlich orientierten Fachplanungen - Rechnung. Schon frühzeitig hatte angesichts dieser Anforderungen das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau neben den traditionellen Angaben über Wohnungen und Arbeitsstätten auch Informationen über die bebauten Grundstücke sowie einige ergänzende bevölkerungs- und erwerbsstatistische Grunddaten und Angaben über Pendler gefordert. Die Ministerkonferenz für Raumordnung unterstützte in ihrer Entschließung zur Verbesserung der regionalstatistischen Informationen vom 16. April 1970 diesen Vorschlag und regte an, Wohnungszählungen künftig in der zeitlichen Mitte zwischen den in zehnjährigen Abständen stattfindenden Volkszählungen durchzuführen.

Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für die Zählung gilt - angesichts des Zählungsumfangs - die besondere Aufmerksamkeit der Statistischen Ämter einer umfassenden Arbeitsablauf- und Terminplanung. Unter Verzicht auf die bisher üblichen Vorratstabellierungen wurde ein Standardtabellenprogramm entwickelt, das die wesentlichsten aktuellen Wünsche der Benutzer abdeckt; spätere und spezielle Fragestellungen sollen im Rahmen von nachfolgenden ad hoc-Aufbereitungen beantwortet werden. Wichtige Aufschlüsse für die Durchführung der Zählung erbrachte die Auswertung der ersten Probezählung vom Mai 1974; eine zweite Probezählung wird im November 1974 folgen.

Bevölkerungsstatistische Angaben

Mit den Kürzungsvorschlägen des Bundesrates zum bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Teil der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 zeichnet sich gegenüber dem Gesetzentwurf der Bundesregierung eine Reduzierung des Erhebungsumfangs in diesem Bereich ab. Zur Streichung vorgeschlagen hat der Bundesrat die Merkmale Stellung innerhalb des Haushalts, Schul- und Hochschulabschluß, Beteiligung am Erwerbsleben, Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts und wöchentliche Arbeitszeit. Unberührt bleibt dadurch die Zielsetzung, in der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 auch ausgewählte bevölkerungsstatistische Daten zu erfassen, mit denen u.a. Feststellungen über die Wohnverhältnisse der Haushalte, die Altersgliederung der Haushaltsvorstände, die Belegung der Wohnungen, die Staatsangehörigkeit der Wohnungsinhaber usw. getroffen werden können.

Von besonderem Interesse ist - entsprechend dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - die Möglichkeit zur Kombination der gebäude- und wohnungsstatistischen Angaben mit den bevölkerungsstatistischen Merkmalen zur Durchführung von Sonderuntersuchungen

(u.a. über die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien, älterer Menschen, Alleinstehender und anderer Problemgruppen). Mit den in kleinräumlicher Gliederung anfallenden Bevölkerungszahlen werden darüber hinaus Forderungen nach Bereitstellung von Bevölkerungszahlen in kürzeren Abständen und tieferer regionaler Gliederung erfüllt. Ausgelöst durch die zahlreichen Verfahren zur kommunalen Neugliederung soll auf diesem Wege u.a. die Beobachtung der Gemeindeteile gesichert werden, die bei den vorausgegangenen Zählungen noch selbständige Gemeinden waren. Feststellungen über die Gesamtbevölkerung dienen außerdem als neue Basis für die Fortschreibung der Bevölkerung.

Durch Erfassung der Pendlerströme (Berufs- und Ausbildungspendler) sollen Hinweise über die Benutzung von Verkehrsmitteln und Verkehrswegen und damit u.a. Einblicke in die verkehrsmäßigen, wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen der Gemeinden gewonnen werden. In größeren Gemeinden besteht darüber hinaus Bedarf an Unterlagen über die innerstädtischen Pendler. Die Pendlererhebung wird somit dringend benötigtes aktuelles Zahlenmaterial bereitstellen und Vergleiche mit den Angaben aus der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970 ermöglichen.

Tatbestände:

Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Familienstand und überwiegende soziale Stellung des Haushaltsvorstandes, Zahl der Personen in der Wohnung, monatliches Nettoeinkommen des Haushalts; Fernsprechananschluß; hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte.

Kreis der Befragten:

Gesamtbevölkerung (nicht erfaßt werden Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieses Per-

sonenkreises, sofern sie nicht in privatrechtlich gemieteten Wohnungen wohnen).

Berufs- und Ausbildungspendler.

- Periodizität: 1975, danach ausführlichere Angaben im Rahmen der Volkszählung 1981.
- Berichtsweg: Befragte - Gemeinden - Kreise - StLÄ - StBA.
- Rechtsgrundlage: Entwurf eines Gesetzes über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 (Wohnungszählungsgesetz 1975) - Bundesratsdrucksache 396/74 - und Stellungnahme des Bundesrates vom 12. Juli 1974 - Bundesratsdrucksache 396/74 (Beschluß) - liegen vor.
- Zuständiges Ressort: Federführend für das Zählungswerk als Ganzes ist das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; für die Arbeitsstättenzählung das Bundesministerium für Wirtschaft.

I. Gebiet und Bevölkerung

3. Weiterentwicklung des Mikrozensus

Allgemeine Bemerkungen:

Das zur Zeit geltende Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 28. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1456) läuft am 31. Dezember 1974 aus. Den Entwurf einer Neufassung, mit dem die rechtlichen Voraussetzungen für die Weiterführung der Mikrozensus-Erhebungen in den Jahren 1975 bis 1982 geschaffen werden sollen, hat die Bundesregierung dem Bundesrat am 6. September 1974 im ersten Durchgang zugeleitet (Bundesratsdrucksache 549/74). Er enthält folgende Änderungen und Neuerungen:

- Die Statistik soll künftig jeweils einmal jährlich mit einem Auswahlatz von 1 % (im April) bzw. 0,5 % der Bevölkerung (im Oktober) durchgeführt werden (bisher: jährlich vier Erhebungen, einmal mit Auswahlatz von 1 % und dreimal mit Auswahlatz von 0,1 % der Bevölkerung).

Die künftig wegfallenden vierteljährlichen 0,1 %-Erhebungen des Mikrozensus, die seinerzeit hauptsächlich mit dem Ziel eingeführt wurden, kurzfristig Daten über die Veränderung der Erwerbstätigkeit zu vermitteln, sollen durch die für 1975 vorgesehene Einführung einer kurzfristigen → Beschäftigten- und Entgeltstatistik für die versicherungspflichtigen Arbeitnehmer in ausreichender wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung ersetzt werden. Umso bedeutungsvoller ist die zweite jährliche Mikrozensus-Erhebung (mit einem Auswahlatz von 0,5 %), die für Länder - ggf. Regierungsbezirke - repräsentative Ergebnisse liefert, mit dem Ziel der Ergänzung der Beschäftigtenstatistik u.a. um Angaben über Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Beamte und Nichterwerbstätige. Ferner ist zu berücksichtigen, daß vom SAEG erwogen wird, halb-

jährlich in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften → Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte mit einem Auswahlatz von 0,5 % durchzuführen (bisher in unregelmäßigen Abständen einmal jährlich). Weitere Vorteile liegen darin, daß durch den Auswahlatz von 0,5 % die Aussagefähigkeit der Ergebnisse für Länder erhöht und aufgrund von Längsschnittuntersuchungen ein Nachweis der Veränderungen möglich wird. - Ferner ist ein zweiter Befragungstermin unbedingt erforderlich, um Zusatzbefragungen überhaupt durchführen zu können. Zu bedenken ist dabei insbesondere, daß der April-Termin (1 %) durch die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften bereits stark belastet ist.

- Das Grundprogramm soll sich künftig in einen halbjährlich zu erhebenden Teil mit gleichen Tatbeständen (konstanter Teil) und in einen in ein-, zwei- und vierjährigen Abständen zu erhebenden Teil mit wechselnden Tatbeständen (variabler Teil) gliedern. Zugleich soll der Katalog der im variablen Teil zu erfassenden Tatbestände erweitert werden. Neben einigen neuen Tatbeständen sollen auch Merkmale aufgenommen werden, die bisher im Rahmen von Zusatzprogrammen erhoben wurden. Dieses Konzept ist nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes zugleich rationell (nur ein Erhebungsbogen), kostensparend (Interviewervergütung für zweites Papier entfällt) und ermöglicht die Gewinnung zusätzlicher Informationen bei nahezu gleichem Arbeitsaufwand.
- Die Möglichkeit zur Durchführung von Zusatzprogrammen aufgrund von Rechtsverordnungen bleibt erhalten, wird allerdings im wesentlichen auf einmalige, ad hoc zu erhebende Tatbestände mit spezielleren Fragestellungen beschränkt. Es ist vorgesehen, die im Rahmen des Zusatzprogramms zu erhebenden Tatbestände wie bisher durch Rechtsverordnungen anzuordnen.

Nach den bisher vorliegenden Anforderungen sollen durch die in Vorbereitung befindliche 5. Verordnung (bzw. 1. Verordnung nach dem neuen Mikrozensus-Gesetz ab 1975) über Zusatzprogramme zum Mikrozensus in den Jahren 1975 (nur Oktober) und 1976 folgende Zusatzerhebungen angeordnet werden:

- Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnis (Wiederholung der Zusatzerhebung von 1965),
- Nutzungsarten von Bodenflächen unter 0,5 oder 1 ha (Wiederholung der Zusatzerhebung von 1970),
- Heizmaterial der Haushalte,
- Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes (aktiv Sporttreibende),
- Unfälle von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren (Wiederholung der Zusatzerhebung von 1965).

Auch für die folgenden Jahre liegen bereits Anforderungen für Zusatzerhebungen vor:

- Zeitaufwand der Familie für Haushaltsführung und Freizeit (Zeitbudgetuntersuchung),
- Kurzreisen/Tagesausflüge/Wochenendreisen (Wiederholung der Zusatzerhebung von 1972),
- Subjektive Belästigung durch Umwelteinflüsse (Lärm, Schmutz usw.).

Der Entwurf des Mikrozensusgesetzes ist vom Wirtschafts-, Finanz- und federführenden Innenausschuß sowie vom Plenum des Bundesrates im Oktober 1974 im ersten Durchgang beraten worden. Der Bundesrat hat auf Vorschlag des Finanz- und Innenausschusses die Streichung der 0,5 % - Befragung, die u.a. im Hinblick auf die Interessen der Länder jeweils im Oktober vorgesehen war, beschlossen. Der Bundesrat hat sich ferner für die Streichung der Angaben über Urlaubs- und Erholungsreisen, Aus- und Weiterbildung, über Ausländer, Pendler, Mietbelastung und Unter-

bringung des Haushalts, Gesundheit, eheliche Kinder und Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft ausgesprochen.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Beschlüssen des Bundesrates wird gegenwärtig erarbeitet.

Tatbestände: Grundprogramm

Konstanter Teil:

Zweimal jährlich: Merkmale der Person, der Familie, des Haushalts, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz;
wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere Erwerbstätigkeit (1 % und 0,5 %¹⁾);

Variabler Teil:

Einmal jährlich: Soziale Verhältnisse, insbesondere soziale Sicherheit (1 %) sowie vermögenswirksames Sparen (0,5 %)¹⁾;

Angaben über Urlaubs- und Erholungsreisen (0,1 %; in jedem dritten Jahr 0,5 %)¹⁾;

Zweijährlich: Berufliche Verhältnisse, insbesondere Tätigkeitsmerkmale sowie Aus- und Weiterbildung (1 %)¹⁾;

bei Ausländern Merkmale der zu unterhaltenden Familienangehörigen, Sprachkenntnisse, Aufenthaltsdauer (1 %)¹⁾;

bei Pendlern benutztes Verkehrsmittel, Zeitaufwand für den Weg und Entfernung (1 %)¹⁾;

Mietbelastung und Unterbringung des Haushalts (jeweils 1 %)¹⁾;

¹⁾ Vom Bundesrat zur Streichung vorgeschlagen; s. auch "Allgemeine Bemerkungen".

Fragen zur Gesundheit (abwechselnd
1 % und 0,5 %; freiwillig)¹⁾;

Vierjährlich: Zahl und Geburtsjahr aller lebend
geborenen ehelichen Kinder (1 %)¹⁾;
Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigen-
schaft (1 %)¹⁾.

Zusatzprogramm Nach Bedarf auf Grund von Rechts-
verordnungen.

Kreis der
Befragten: Stichprobenerhebungen bei Haushalten (einschließlich
Anstalten).

Periodizität: Jährlich 2 Erhebungen (im April mit Auswahlatz von
1 %, im Oktober von 0,5 %¹⁾ der Bevölkerung).

Berichtsweg: Befragte (Befragung durch Interviewer) - StLÄ -
StBA.

Rechtsgrund-
lage: Entwurf eines Gesetzes über die Durchführung einer
Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Er-
werbslebens (Mikrozensus) - Bundesratsdrucksache
549/74 - und Beschluß des Bundesrats (Bundesrats-
drucksache 549/74 - Beschluß) liegt vor.

Zuständiges
Ressort: Bundesministerium des Innern.

1) Vom Bundesrat zur Streichung vorgeschlagen; s. auch "Allgemeine
Bemerkungen".

I. Gebiet und Bevölkerung

4. Bundesstatistik über Obdachlose und Nichtseßhafte

Allgemeine
Bemerkungen:

Angaben über Obdachlose und Nichtseßhafte liegen bisher lediglich aus einzelnen ad hoc-Untersuchungen (z.B. in Hessen) bzw. aus laufenden Erhebungen - z.B. in Nordrhein-Westfalen und Berlin - vor. Die Ergebnisse weisen jedoch erhebliche methodische Mängel auf, sind kaum vergleichbar und lückenhaft.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit plant deshalb die Einführung einer Bundesstatistik, die einen Überblick über die sozialen Randgruppen der Obdachlosen, Nichtseßhaften, Zigeuner und andere Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, ihre Probleme und über Betreuungseinrichtungen vermitteln soll. Das Vorhaben wird auch vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau unterstützt.

Es wird angestrebt, Strukturdaten über diese Personengruppen im Rahmen einer Totalerhebung - durch Auswertung von Unterlagen der Gemeinden bzw. Kreise - zu ermitteln. Daran soll sich eine Stichprobenerhebung zur Erfassung qualitativer Merkmale anschließen. Das Statistische Bundesamt, das mit der Entwicklung von Erhebungspapieren beauftragt wurde, prüft in diesem Zusammenhang, ob eventuell Personal- und Angaben über soziale Einrichtungen ebenfalls ohne individuelle Befragung bei den Kommunalverwaltungen erhoben werden können. Nach ersten Ermittlungen gibt es im Bundesgebiet ca. 14 000 Einrichtungen, die Angaben über Nichtseßhafte liefern können.

Die Termine für die Durchführung der Statistik stehen noch nicht fest.

Tatbestände:

Grunderhebung

Alter, Geschlecht und Stellung im Haushalt; Be-

rufsausbildung, Stellung im Beruf, Staatsangehörigkeit; Art des überwiegenden Einkommens; Zahl der Einkommensbezieher; zusätzlich bei Obdachlosen: Anzahl der Unterbringungen, Gesamtdauer der Obdachlosigkeit, Umsetzungen in Normalwohnungen; zusätzlich bei Zigeunern: Seßhaftigkeit, Dauer des Aufenthalts in der Bundesrepublik, Unterbringung, Stammeszugehörigkeit; Krankenversicherungsschutz.

Zahl der Unterkünfte nach Art, Ausstattung und Kapazität, vorhandene soziale und sozialpädagogische sowie sonstige Resozialisierungseinrichtungen.

Repräsentativerhebung

Obdachlose: Bereitschaft zur Resozialisierung, Wohnungswünsche.

Nichtseßhafte: Dauer der Wanderung, Ursachen der Nichtseßhaftigkeit, Zahl der Resozialisierungsversuche und Gründe für ihr Scheitern, Bereitschaft zu Resozialisierungsmaßnahmen.

Zigeuner: Ausbildungsstand, Wünsche bezüglich Lebensform und Wohnart.

Kreis der Befragten:

Grunderhebung:

Gemeinden und Kreise;

Repräsentativerhebung:

Gemeinden und Kreise, ergänzend betroffene Personen.

Periodizität:

Grunderhebung und nachgehende Repräsentativerhebung. Termine stehen noch nicht fest.

Berichtsweg:

Gemeinden/Kreise/betroffene Personen - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage:

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bereitet eine Rechtsgrundlage vor.

Zuständiges Ressort:

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.

II. Gesundheitswesen

1. Multikausalanalyse der Todesursachen

**Allgemeine
Bemerkungen:**

Die methodische Vorbereitung von Multikausalanalysen (d.h. Signierung und Tabellierung mehrerer Todesursachen) in Mortalitätsstatistiken soll in engem Zusammenhang mit den Arbeiten an der Weiterentwicklung der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durchgeführt werden. Angestrebt wird in diesem Rahmen in der Bundesrepublik der Ausbau der Todesursachenstatistik durch die stichprobenweise Auswertung der Todesbescheinigungen der Ärzte nach mehreren Krankheiten, die zum Zeitpunkt des Todes bestanden haben. Da in zunehmenden Maße - allerdings in regional unterschiedlichem Umfang - Sektionen durchgeführt werden, könnten hierbei auch die pathologischen Befunde berücksichtigt werden.

Tatbestände:

Krankheiten, die zum Zeitpunkt des Todes bestanden haben.

**Kreis der
Befragten:**

Sekundärstatistik durch stichprobenweise Auswertung der Todesbescheinigungen und der pathologischen Befunde.

Periodizität:

Noch nicht konkretisiert.

Berichtsweg:

Ärzte - Gesundheitsämter - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage:

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBI. I S. 694) und Änderungsgesetz vom 6. Januar 1971 (BGBI. I S. 9).

**Zuständiges
Ressort:**

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.

II. Gesundheitswesen

2. Krankenhauspatienten- und -diagnosenstatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Die angestrebte Einführung einer Krankenhauspatienten- und -diagnosenstatistik in Akutkrankenhäusern ist Teil der Bemühungen um den weiteren Ausbau der Morbiditätsstatistiken. Gestützt auf das Votum des Bundesgesundheitsrates vom 11. März 1971 wurden vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der methodischen Vorarbeiten bereits vor längerer Zeit ein maschinenlesbarer Erhebungsbogen und der Entwurf eines Tabellenprogramms entwickelt. Die geplante Testerhebung bei ausgewählten Krankenanstalten ist aus finanziellen Gründen und wegen der z.Z. laufenden Vorarbeiten für die Automation von Verwaltungsvorgängen im Krankenhauswesen, die auch die Erfassung von Diagnosen einschließen könnte, unterblieben. In Schleswig-Holstein wird eine solche Statistik für ausgewählte Krankenhäuser schon geführt.

Tatbestände:

Verweildauer der Patienten, geleistete und in Anspruch genommene Pflegetage sowie allgemeine statistische Angaben über die Patienten, ihre Erkrankungen und ihren Wohnort (zur Feststellung von Krankenhauseinzugsbereichen).

Kreis der Befragten:

Krankenhausverwaltungen.

Periodizität:

Noch nicht konkretisiert.

Berichtsweg:

Noch nicht konkretisiert.

Rechtsgrund- lage:

Das Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze - KHG - vom 29. Juni 1972 sieht in § 28 Abs. 1 eine Auskunftspflicht der Krankenhäuser und Sozialleistungsträger gegenüber dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sowie den zuständigen Behörden der Länder in Fragen vor, die der Beschaffung von Unterlagen im

Krankenhauswesen dienen. § 28 Abs. 2 ermächtigt den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit durch Rechtsverordnung "die unter die Auskunftspflicht nach dem Gesetz fallenden Umstände im einzelnen festzustellen". Die für die Durchführung dieser Statistik entstehenden Kosten machen jedoch statt einer Verordnung ein Gesetz erforderlich.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.

II. Gesundheitswesen

3. Statistische Aufbereitung der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz

Allgemeine Bemerkungen:

In seiner Stellungnahme vom 10. Mai 1974 zum Entwurf der Bundesregierung für eine Neufassung des Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz - JArbSchG) - Bundestagsdrucksache 7/2305 - hat der Bundesrat angeregt, eine jährliche Statistik über die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen von Jugendlichen einzuführen. Dabei sollen die Befunde der ärztlichen Einstellungs- und Nachuntersuchungen zur gesundheitlichen Überwachung von Jugendlichen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, ausgewertet werden. Diese Untersuchungen erstrecken sich auf Gesundheitszustand, Entwicklungsstand und körperliche Beschaffenheit; in die Nachuntersuchungen werden ferner die Auswirkungen der Berufstätigkeit im ersten Beschäftigungsjahr auf Gesundheit und Entwicklung des Jugendlichen einbezogen.

Nach Auffassung des Bundesrates reicht die von einigen Bundesländern aufgrund eines Beschlusses der Arbeitsministerkonferenz der Länder von 1969 bereits durchgeführte Auswertung der Untersuchungsdaten nicht aus, um einen Gesamtüberblick über den Gesundheitszustand der erwerbstätigen Jugend zu gewinnen. Dies gilt um so mehr, als z.Z. eine gesetzliche Verpflichtung der Ärzte fehlt, die anonymisierten Zweitstücke der Untersuchungsbogen (Statistikbogen) an die zuständigen Landesstellen zur Auswertung weiterzuleiten.

In ihrer Gegenäußerung vertritt die Bundesregierung demgegenüber die Auffassung, daß die bisherigen Auswertungen für eine allgemeine Beurteilung des Gesundheitszustandes der Jugendlichen ausreichen. Die Bundesregierung hält schon das Auswertungsergebnis eines Landes für ausreichend

und erwartet aus einer Gesamtauswertung der Befunddaten keine zusätzliche Erkenntnisse.

Tatbestände: Nach dem Vorschlag des Bundesrates: Daten der ärztlichen Untersuchungen mit Ausnahme der Angaben über Namen und Anschriften des Jugendlichen, der Eltern oder des Vormunds, des Arbeitgebers und des untersuchenden Arztes.

Kreis der Befragten: Untersuchende Ärzte.

Periodizität: Jährlich.

Berichtsweg: Untersuchende Ärzte - zuständige Landesstellen (Arbeits- und Sozialministerien der Länder/Statistische Landesämter) - StBA.

Rechtsgrundlage: Vorschlag des Bundesrates für § 45 a im Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz - JArbSchG -) Bundestagsdrucksache 7/2305.

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

II. Gesundheitswesen

4. Bundesstatistik der Behinderten und der Rehabilitationsmaßnahmen

Allgemeine Bemerkungen:

Durch das Gesetz zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts vom 24. April 1974 (BGBl. I S. 981) in der Fassung der Bekanntmachung des Schwerbehindertengesetzes vom 29. April 1974 (BGBl. I S. 1005) wird das ursprünglich zur Überwindung der Kriegsfolgen geschaffene Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 16. Juni 1953 den veränderten Verhältnissen - insbesondere dem Gedanken einer umfassenden Rehabilitation aller Behinderten - angepaßt. In den geschützten Personenkreis werden künftig alle Behinderten - unabhängig von der Ursache der Behinderung - einbezogen.

Der auf Initiative des Bundesrates eingefügte § 51 des Schwerbehindertengesetzes ordnet eine Bestandsstatistik über die Behinderten in fünfjährigen Abständen sowie eine jährliche Leistungsstatistik über durchgeführte Rehabilitationsmaßnahmen an. Diese Statistiken, die voraussichtlich im Jahre 1975 anlaufen werden, sollen die für die Planung von Maßnahmen und Einrichtungen der Rehabilitation notwendigen Grundinformationen über die Personen, die infolge einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung in ihrer Erwerbsfähigkeit nicht nur vorübergehend um einen bestimmten Grad gemindert sind, über Art und Ursache der Behinderung sowie über durchgeführte Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation erbringen.

Bisher konnte die amtliche Statistik Angaben über den Personenkreis der Behinderten lediglich aus den in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Zusatzerhebungen zum Mikrozensus über körperliche und geistige Behinderungen bereitstellen, gegen die

- u.a. wegen der Selbsteinschätzung der Befragten - gewisse Vorbehalte geltend gemacht werden. Seit 1971 wird außerdem jährlich von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation eine Statistik über die Zahl der Rehabilitanden und über Verlauf und Ergebnis der Rehabilitationsmaßnahmen aufgrund der Angaben der Träger der Rentenversicherung einschließlich der Altershilfe für Landwirte, der Unfallversicherung, der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Kriegsopferfürsorge durchgeführt. Diese Erfahrungen sollen beim Ausbau der Leistungsstatistik nutzbar gemacht werden, in die zusätzlich auch die Rehabilitationsmaßnahmen der Krankenversicherung, der Kriegsopferversorgung und der Sozialhilfe einzubeziehen sind.

Tatbestände: Bestandsstatistik

Zahl sowie Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort der Behinderten; Stellung der Behinderten in Erwerbsleben und Beruf; Art und Ursache der Behinderung einschl. des Grades einer auf ihr beruhenden Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen

Merkmalskatalog der Bestandsstatistik sowie Art, Ort, Dauer, Verlauf und Ergebnis der durchgeführten Rehabilitationsmaßnahmen.

Kreis der Befragten:

Die mit der Durchführung des Gesetzes beauftragten Stellen und die übrigen Träger der Rehabilitation. Im einzelnen sind dies

für die Bestandsstatistik:

insbesondere Versorgungsämter, hilfsweise Hauptfürsorgestellen, Bundesanstalt für Arbeit,

für die Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen:

Träger der Kriegsopferversorgung, der Kriegsopferfürsorge, der Arbeitsförderung, der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialhilfe.

Periodizität: Jährlich für die Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen; fünfjährlich für die Bestandsstatistik.

Berichtsweg: Mit der Durchführung des Gesetzes beauftragte Stellen - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage: § 51 des Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit und Gesellschaft vom 29. April 1974 (BGB1. I S. 1005).

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

II. Gesundheitswesen

5. Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche

Allgemeine
Bemerkungen:

Artikel 4 des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts (5. StrRG) vom 18. Juni 1974 (BGBl. I S. 1297) ordnet eine Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche an, die vom Statistischen Bundesamt zentral durchzuführen ist. Danach haben Ärzte, die unter den Voraussetzungen der §§ 218 a und 218 b des Strafgesetzbuches einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, dies bis zum Ende des laufenden Kalendervierteljahres dem Statistischen Bundesamt anzuzeigen. Der Name der Schwangeren darf dabei nicht angegeben werden.

Die einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Juni 1974 (auf Antrag der Landesregierung von Baden-Württemberg) betrifft nicht Artikel 4.

Für die Statistik sind ein maschinenlesbarer Strichmarkierungsbogen und ein Tabellenprogramm entwickelt worden. Ferner wurden Überlegungen zum Erhebungsverfahren angestellt.

Tatbestände:

Familienstand und Alter der Schwangeren, Zahl der von ihr versorgten Kinder; Grund des Schwangerschaftsabbruchs; Zahl der vorangegangenen Schwangerschaften und deren Beendigung; Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft; Art des Eingriffs und beobachtete Komplikationen; Ort der Vornahme des Eingriffs und-im Fall eines Krankenhausaufenthalts-dessen Dauer.

Kreis der
Befragten:

Ärzte, die unter den Voraussetzungen der §§ 218 a und 218 b des Strafgesetzbuches bzw. unter den in der einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts genannten Voraussetzungen einen Schwangerschaftsabbruch ausgeführt haben.

Periodizität: Vierteljährlich ab 1975 und rückwirkend für das Jahr 1974.

Berichtsweg: Ärzte - StBA.

Rechtsgrundlage: Artikel 4 des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts (5. StrRG) vom 18. Juni 1974 (BGBl. I S.1297).

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.

III. Bildung und Kultur

1. Ausbau der Schulstatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder hat am 8. Februar 1974 eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz Hamburgs beauftragt, den Entwurf einer Ländervereinbarung auszuarbeiten, die die Bereitstellung und Auswertung aller für die Bildungsplanung notwendigen Daten (einschl. Elementarbereich, Berufsbildung und Weiterbildung) für die Bundesregierung und die Länderregierungen gewährleistet. Diese Aktivitäten werfen eine Fülle grundlegender rechtlicher, organisatorischer und methodischer Probleme für die amtliche Schulstatistik auf und erfordern eine enge Abstimmung mit den Arbeiten des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft sowie der Tätigkeit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung in diesem Bereich.

Die angestrebte Neuorientierung der Schulstatistik hat auch Auswirkungen auf die bisher aufgrund von Vereinbarungen mit den Ländern durchgeführten laufenden Schulstatistiken. Hierbei handelt es sich um

- die Statistik der allgemeinbildenden Schulen,
- die Statistik der Schulen der beruflichen Ausbildung,
- die Statistik der Schulen der allgemeinen und beruflichen Fortbildung.

Bei ihrer Vorbereitung wirkt das Statistische Bundesamt bisher gemäß einem Auftrag der Kultusministerkonferenz der Länder vom 3. Mai 1950 (erneuert am 7. Juni 1961) koordinierend mit und stellt Bundesergebnisse zusammen.

Die Bemühungen zur Neuregelung der Schulstatistik zielen u.a. darauf hin, die einmalig oder in größeren Abständen durchgeführten Sondererhebungen auf diesem Gebiet künftig nach Möglich-

keit auf Ausnahmen zu beschränken. Bei diesen Erhebungen aufgrund von Beschlüssen der Kultusministerkonferenz bzw. der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung hat das Statistische Bundesamt bisher ebenfalls koordinierend mitgewirkt. Für die nächsten Jahre sind folgende Vorhaben zur Beschaffung von statistischem Grundlagenmaterial für den weiteren Ausbau des Bildungswesens bereits geplant:

a) Lehrer- und Unterrichtserhebung

Allgemeine
Bemerkungen:

Um eine mehrfache Belastung der Schulen und Lehrer durch Erhebungen zu vermeiden, hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung ihren Beschluß vom 6. Juli 1972 revidiert, die 1971 durchgeführte Individualerhebung der Lehrer an allgemein- und berufsbildenden Schulen im Herbst 1973 zu wiederholen. Gemäß Beschlüssen vom 28. Februar/9. April 1973 sowie vom 24. Juni 1974 findet die Lehrerindividualerhebung - verbunden mit einer verbesserten Soll-Ist-Stunden-erhebung - nun in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. November 1974 zum jeweiligen Stichtag der amtlichen Schulstatistik statt.

Die kombinierte Erhebung soll vor allem Angaben über den fächerspezifischen und regionalen Lehrerbestand und Lehrerbedarf nach Schularten und damit Informationen über Fehlbestände und regionale Ungleichgewichte erbringen. Durch die Wiederholung sollen ferner die Veränderungen im Zeitvergleich erfaßt und der Umfang des fachfremd erteilten Unterrichts nachgewiesen werden.

Tatbestände:

Mantelbogen (zur Vollzähligkeitskontrolle und Zusammenführung aller Daten aus den einzelnen Erhebungsbogen):

Angaben zur Schule (rechtlicher Status, Schulgattung).

Lehrer- und Unterrichtsbogen

Angaben zur Person, zum Dienstverhältnis, zum Beschäftigungsumfang (unter Berücksichtigung aller Lehrtätigkeiten, evtl. an mehreren Schulen), zu Lehramt und Lehrbefähigung;

Angaben zur Lehrtätigkeit (Pflichtstunden und tatsächlich erteilte Unterrichtsstunden), Zahl

der erteilten Wochenstunden nach Schulgattung,
Unterrichtsfach und Schuljahrgang.

Soll-Stunden-Bogen

Stunden lt. Stundentafel (Soll-Stunden) nach
Schulgattung, Schuljahrgang/Klassenstufe/Aus-
bildungsjahr und Unterrichtsfach.

Kreis der
Befragten:

Schulleitungen für Mantelbogen und Soll-Stunden-
Bogen; Lehrer an allgemein- und berufsbildenden
Schulen für Lehrer- und Unterrichtsbogen.

Periodizität:

Jährliche Durchführung geplant.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

Rechtsgrund-
lage:

Beschluß der Bund-Länder-Kommission für Bil-
dungsplanung zur Durchführung der Lehrer- und
Unterrichtserhebung 1974 vom 12. Februar/9. April
1973 sowie vom 24. Juni 1974.

b) Erhebung der Schulanlagen

Allgemeine
Bemerkungen:

Erhebungen über Schulanlagen (in größerem Umfang) fanden bisher zweimal aufgrund von Beschlüssen der Ständigen Kultusministerkonferenz der Länder statt, und zwar 1967 sowie im Schuljahr 1972/73. Eine Wiederholung ist für das Schuljahr 1977/78 in Aussicht genommen.

Tatbestände:

Noch nicht konkretisiert.

Wichtigste Tatbestände 1972/73: Schulanlagen und darin untergebrachte Schulen, Klassen, Schüler nach Trägern und Schulgattungen; zeitliche Fertigstellung von Haupt-, Um- und Erweiterungsbauten; Bestand und Zugänge an Schulräumen nach Raumarten; Behelfsräume und nicht benutzte Räume, Unterrichtsräume außerhalb von Schulanlagen; Freisportanlagen.

Kreis der
Befragten:

Schulleiter für die Schule; Sachwalter (Haus-
herr) für die Schulanlage.

Periodizität:

Unregelmäßig (etwa alle 5 Jahre); nächste Erhebung voraussichtlich 1977/78.

Berichtsweg:

Schulleiter/Sachwalter - (in der Regel) Schulaufsichtsbehörden - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage:

Beschluß der Kultusministerkonferenz erforderlich.

III. Bildung und Kultur

2. Statistik der Berufsbildung und der beruflichen Fort- und Weiterbildung

Allgemeine Bemerkungen:

Für den Bereich der Berufsbildung (berufliche Ausbildung innerhalb und außerhalb von Betrieben, berufliche Fortbildung und Umschulung) fallen aus der amtlichen Statistik bisher nur Angaben für Teilbereiche im Rahmen der Schulstatistik an. Daneben stehen über die betriebliche Ausbildung Angaben der berufsständischen Kammern zur Verfügung, die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft nunmehr vom Statistischen Bundesamt zusammengestellt werden. Angesichts der wachsenden Bedeutung der gesamten Berufsbildung sind seit längerer Zeit auf verschiedenen Ebenen Überlegungen im Gange, wie statistisches Grundlagenmaterial für diesen Bereich in größerem Umfang bereitgestellt werden kann.

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder hat am 8. Februar 1974 eine Arbeitsgruppe beauftragt, den Entwurf für eine Ländervereinbarung auszuarbeiten, die die Bereitstellung aller für die Bildungsplanung notwendigen Daten (einschließlich Elementarbereich, Berufsbildung und Weiterbildung) für die Bundesregierung und die Länderregierungen gewährleistet (vgl. III. 1).

Die Bestrebungen zielen auf ein abgestimmtes System von Statistiken für folgende Bereiche der beruflichen Bildung:

- Schulen der beruflichen Ausbildung, Schulen der beruflichen Fortbildung,
- Sonderpädagogische Bildungseinrichtungen,
- Einrichtungen der beruflichen Ausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes,
- Einrichtungen der Weiterbildung, einschließlich der Einrichtungen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und des Fernunterrichts.

Probleme für eine statistische Erfassung ergeben sich insbesondere durch das breit gefächerte Bildungsangebot im außerschulischen Bereich, durch die Vielzahl von Trägern und durch die schwierige Abgrenzung, u.a. zum institutionalisierten Schulwesen. Gewisse Ansatzpunkte bieten die Bestrebungen auf Länderebene - u.a. in Baden-Württemberg und dem Saarland -, eine Statistik der Weiterbildung aufzubauen. Daneben sind die Bemühungen in Nordrhein-Westfalen zu erwähnen, bei der geplanten Ablösung des Volkshochschulgesetzes durch ein Erwachsenenbildungsgesetz eine Bestandsaufnahme der Erwachsenenbildung durchzuführen.

Die Erfahrungen aus der Modellerhebung in Baden-Württemberg über die außerschulische Weiterbildung, für die ein Fragebogen sowie Rahmenentwürfe des Tabellenprogramms unter Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in einer Arbeitsgruppe entwickelt wurden, haben die Schwierigkeiten einer statistischen Erfassung dieses Bereichs bestätigt. Vor der bundesweiten Einführung einer Statistik der Weiterbildung sind deshalb eine Vielzahl definitorischer und organisatorischer Probleme zu lösen.

Tatbestände:	Noch nicht konkretisiert.
Kreis der Befragten:	Noch nicht konkretisiert.
Periodizität:	Noch nicht konkretisiert.
Berichtsweg:	Noch nicht konkretisiert.
Rechtsgrundlage:	Noch nicht konkretisiert.

III. Bildung und Kultur

3. Erhebungen im Rahmen des Hochschulstatistikgesetzes

Allgemeine
Bemerkungen:

Gemäß § 21 des Gesetzes über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) vom 31. August 1971 (BGBl. I S. 1473) hat der Ausschuß für die Hochschulstatistik, der das Statistische Bundesamt bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf diesem Gebiet berät, in zweijährlichem Turnus schriftlich über seine Arbeit zu berichten. Der erste Tätigkeitsbericht wurde im März 1974 den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet (Bundestagsdrucksache 7/1751). Der Ausschuß vertritt darin die Auffassung, daß das umfangreiche Programm der Hochschulstatistik angesichts der Kapazitätsengpässe der Statistischen Ämter und der Hochschulverwaltungen nur schrittweise realisiert werden kann und spricht u.a. Empfehlungen für die Aufstellung eines Stufenplanes aus.

In seiner Stellungnahme vom 24. April 1974 zu diesem Bericht fordert der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, daß in Zusammenarbeit mit den Ländern Maßnahmen in die Wege geleitet werden, um den Aufbau der Hochschulstatistik beschleunigt voranzutreiben. Der Bundesrat hat sich am 10. Mai 1974 ebenfalls der Empfehlung seines Ausschusses für Kulturfragen angeschlossen, umgehend die finanziellen und personellen Voraussetzungen zur Verwirklichung des Hochschulstatistikgesetzes zu schaffen. Nur auf diesem Wege kann nach übereinstimmender Auffassung das im Hochschulstatistikgesetz formulierte Ziel einer bundeseinheitlichen Erhebung, Aufbereitung und Speicherung von Daten für Hochschulverwaltung und -planung gesichert werden.

Tatbestände:	Siehe unter a) bis o).
Kreis der Befragten:	Siehe unter a) bis o).
Periodizität:	Siehe unter a) bis o).
Berichtsweg:	Siehe unter a) bis o).
Rechtsgrundlage:	Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) vom 31. August 1971 (BGBl. I S. 1473).
Zuständiges Ressort:	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

a) Studentenstatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Die wichtigste Aufgabe der Studentenstatistik besteht darin, über eine Individualbefragung aktuelle Daten über den Bestand an Studierenden zu liefern. Sobald bereinigte Bestandsdaten für mehrere Semester vorliegen, kann darüber hinaus durch Kombination mit den bei den Hochschulverwaltungen erfragten Angaben über Beurlaubungen und Exmatrikulationen sowie durch Verzahnung mit anderen Teilstatistiken - u.a. der Prüfungsstatistik (vgl. d) - die geplante Verlaufsstatistik in die Wege geleitet werden. Auf diesem Wege werden Stromgrößen über den Studienverlauf - insbesondere über Verweilzeiten, Sickerquoten, Wechsel der Fachrichtungen und Hochschulen, Studienerfolg usw. - anfallen.

Entsprechend den Zielen des Hochschulstatistikgesetzes wurde die Datengewinnung für die Studentenstatistik inzwischen schrittweise in die Verwaltungsabläufe der Hochschulen eingegliedert und auf die Fachhochschulen ausgedehnt. Die dringend notwendige Aktualisierung soll durch Vorwegaufbereitungen von Hauptergebnissen aus dem ungeprüften Material erreicht werden.

Noch nicht Gebrauch gemacht wurde bisher von der Ermächtigung im Hochschulstatistikgesetz, über Rechtsverordnungen anzuordnen, daß in anonymisierter Form Sozialdaten bei den Studenten einmalig oder in einem bestimmten Turnus für einen begrenzten Zeitraum im Rahmen von Zusatzerhebungen erfragt werden.

Tatbestände:

Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, Wohnsitze; Art, Zeitpunkt und Ort des Erwerbs der Studienberechtigung; Studienverlauf, angestrebter Studienabschluß, Berufsziel; Ausbildung der Eltern und deren Stellung im Beruf;

Grund der Exmatrikulation oder Beurlaubung.

Zusatzerhebung von Sozialdaten:

Konfession, Zahl der Kinder und Geschwister, Angaben zu Studium und Beruf des Ehepartners, Tätigkeit zwischen Erwerb der Studienberechtigung und Aufnahme des Studiums, Studienverlauf, angestrebter Studienabschluß, Berufsziel, Werkarbeit und Wehrübungen in den Semesterferien; Beruf, Ausbildung und Erwerbstätigkeit der Eltern; Finanzierung des Studiums.

Kreis der
Befragten:

Studenten an den Hochschulen einschl. Hochschulkliniken und Fachhochschulen.

Periodizität:

Semesterweise.

Berichtsweg:

Studenten/Hochschulverwaltungen - StLÄ - StBA.

b) Erfassung der Schüler der Sekundarstufe II und der wehr- und zivildienstleistenden Studienberechtigten

Allgemeine
Bemerkungen:

In Fortführung der Abiturientenbefragungen, die bereits in den Jahren 1970 und 1971 aufgrund von Beschlüssen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder bzw. der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung stattfanden, werden seit 1972 aufgrund des Hochschulstatistikgesetzes die Schüler an Oberstufen von allgemein- und berufsbildenden Schulen, die zur Hochschulreife führen, in den Erhebungsbereich der Hochschulstatistik einbezogen. Die Individualerhebung erstreckte sich bisher auch auf die wehr- und zivildienstleistenden Studienberechtigten.

Durch ein in den Statistischen Landesämtern gebildetes Identifikationsmerkmal besteht die Möglichkeit, die von den Abiturienten gemachten Angaben individuell mit den Daten für Studienanfänger zusammenzuführen, um später feststellen zu können, inwieweit die Studienwünsche realisiert wurden. Erste Ergebnisse einer solchen Zusammenführung liegen vor.

Tatbestände:

Angaben zur Person, Wohnsitze, Schulort, Schulzweig; Studienabsicht (Zeitpunkt der Aufnahme des Studiums, Studienfach und Ausweichstudienfach, angestrebter Hochschulort, nach Beendigung des Studiums angestrebte Tätigkeit); Studium für das Lehramt; Berufsabsicht, falls kein Studium angestrebt wird.

Kreis der
Befragten:

Schüler der Sekundarstufe II und wehr- und zivildienstleistende Studienberechtigte.

Periodizität:

Jährlich.

Berichtsweg:

Schüler - Schulleitungen - StLÄ - StBA.

Wehrdienstleistende Studienberechtigte - Bundes-
ministerium für Verteidigung - StBA.

Zivildienstleistende Studienberechtigte - Bundes-
ministerium für Arbeit und Sozialordnung - StBA.

c) Erfassung der Zulassungsquoten und der Zulassungs-
beschränkungen

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese Erhebungen wurden zurückgestellt. Es erscheint zweckmäßiger, ersatzweise die Daten der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) auszuwerten. Entsprechende Kontakte wurden aufgenommen.

Tatbestände:

Aufzunehmende Studenten (Zulassungsquoten für Numerus-Clausus-Fächer) und Zulassungsbeschränkungen nach Studiengängen und -abschnitten.

Kreis der
Befragten:

Evtl. Verwendung der Daten der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS).

Periodizität:

Semesterweise.

Berichtsweg:

Noch nicht konkretisiert.

d) Erfassung der Prüfungskandidaten und Doktoranden

Allgemeine
Bemerkungen:

Als Teil der Vorarbeiten für eine individualisierte Prüfungsstatistik hat das Statistische Bundesamt bei allen Prüfungsämtern eine Erhebung durchgeführt, mit der u.a. Hinweise zur Organisation des Prüfungsverfahrens, zu den Studiengängen, zur vorgesehenen Regelstudienzeit und zu den angebotenen Studienabschlüssen nach Fachrichtungen gewonnen wurden. Parallel hierzu wurde vom Prüfungsjahr 1972/73 an eine Kollektiverhebung der abgelegten Prüfungen eingeführt (vgl. e), die frühestens 1975 durch eine semesterweise Individualerhebung der Prüfungskandidaten abgelöst wird. Auf diesem Wege wird es möglich sein, entsprechend der Zielsetzung des Hochschulstatistikgesetzes die Studentenstatistik mit der Prüfungsstatistik zu verzahnen.

Die ursprünglich für 1975 vorgesehene Erweiterung der Prüfungsstatistik um eine jährliche Erfassung der Doktoranden mußte aus Kapazitätsgründen vorerst zurückgestellt werden.

Tatbestände:

Prüfungskandidaten

Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, Wohnsitze, Studienverlauf, Art und Fachrichtung der abzulegenden Prüfung.

Doktoranden

Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, berufliche Tätigkeit, Ausbildungsverlauf, Fachgebiete des wissenschaftlichen Vorhabens, Beginn und voraussichtlicher Abschluß des Promotionsverfahrens, Berufsziel, Finanzierung des Promotionsstudiums.

Kreis der
Befragten:

Prüfungskandidaten und Doktoranden.

Periodizität: Prüfungskandidaten semesterweise ab 1975;
Doktoranden jährlich (Zeitpunkt des Beginns steht
noch nicht fest).

Berichtsweg: Prüfungskandidaten/Doktoranden - staatliche,
akademische und kirchliche Prüfungsämter -
StLÄ - StBA.

e) Erfassung der Prüfungen, Promotionen und
Habilitationen

Allgemeine
Bemerkungen:

Mit der individualisierten Studentenstatistik nach dem Hochschulstatistikgesetz (vgl. a) wird u.a. angestrebt, im Rahmen einer Verlaufsstatistik den Ausbildungsgang der einzelnen Studenten bis zum Hochschulabschluß zu verfolgen. Zur Feststellung von Verweilzeiten und fächerspezifischen Erfolgsquoten müssen die Angaben aus dieser Teilstatistik mit der Statistik der Prüfungskandidaten und Doktoranden (vgl. d) verknüpft und durch eine Statistik der Prüfungen, Promotionen und Habilitationen ergänzt werden.

Im Prüfungsjahr 1972/73 ist die Prüfungsstatistik als Kollektiverhebung bei den Prüfungsämtern angelaufen; die Umstellung auf die individualisierte Prüfungsstatistik wird für das Sommersemester 1975 vorbereitet (vgl. d).

Tatbestände:

Prüfungen nach Studiengängen und Prüfungserfolg; Promotionen und Habilitationen nach Fachrichtungen.

Kreis der
Befragten:

Prüfungsämter.

Periodizität:

Prüfungen (semesterweise) und Promotionen (jährlich) ab 1973; später jährlich auch Habilitationen.

Berichtsweg:

Prüfungsämter - StLÄ - StBA.

f) Angebotene Studienabschlüsse

Allgemeine
Bemerkungen:

Zur Vorbereitung der individualisierten, auf die Studentenstatistik abgestimmten Prüfungsstatistik hat das Statistische Bundesamt im Jahre 1973 eine Erhebung bei allen Prüfungsämtern durchgeführt, die u.a. organisatorische Hinweise zum Prüfungsverfahren, zum Studiengang usw. erbrachte (vgl. d und e). Dabei wurden auch die nach dem Hochschulstatistikgesetz zu erfassenden Angaben über die angebotenen Studienabschlüsse nach Fachrichtungen und vorgesehener Regelstudienzeit mit erhoben. Über die künftige Durchführung dieser Statistik, die insbesondere Informationen für die Berufs- und Studienberatung bereitstellen soll, ist noch nicht entschieden.

Tatbestände:

Art des Abschlusses, Fachrichtung und Studiengänge, vorgesehene Regelstudienzeit.

Kreis der
Befragten:

Verwaltungen der Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken und Fachhochschulen. Staatliche und kirchliche Prüfungsämter (außerhalb der Hochschulen).

Periodizität:

Bisher einmalig 1973 im Zusammenhang mit einer Umfrage bei den Prüfungsämtern; nach dem Hochschulstatistikgesetz semesterweise.

Berichtsweg:

Hochschulen / staatliche und kirchliche Prüfungsämter (außerhalb der Hochschulen) - StLÄ - StBA.

g) Abgehaltene Lehrveranstaltungen

Allgemeine
Bemerkungen:

Der im Hochschulstatistikgesetz vorgeschriebenen semesterweisen Erfassung der abgehaltenen Lehrveranstaltungen - zur Feststellung der Kapazitätsauslastung und des Lehrangebots der Hochschulen - wird im Bericht des Ausschusses für die Hochschulstatistik geringere Priorität zugebilligt. Da dieses Projekt nur langfristig realisierbar erscheint, wurden Inhalt und Durchführung der Erhebung noch nicht konkretisiert.

Tatbestände:

Abgehaltene Lehrveranstaltungen nach Fachrichtung, Art und Dauer.

Kreis der
Befragten:

Verwaltungen der Hochschulen einschl. Hochschulkliniken und Fachhochschulen.

Periodizität:

Noch nicht konkretisiert.

Berichtsweg:

Hochschulen - StLÄ - StBA.

h) Statistik der Studienbewerber und Gasthörer

Allgemeine Bemerkungen:

Hinsichtlich der Statistik der Studienbewerber liegt eine Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) nahe; entsprechende Kontakte wurden aufgenommen. Allerdings ist zu bedenken, daß diese Stelle nur Unterlagen für solche Studienbewerber besitzt, die ein Fach studieren wollen, für das an einzelnen oder an allen Hochschulen Zulassungsbeschränkungen bestehen.

Tatbestände:

Studienbewerber und Gasthörer nach Studiengängen und Wohnsitz.

Kreis der Befragten:

Verwaltungen der Hochschulen einschl. Hochschulkliniken und Fachhochschulen.

Periodizität:

Noch nicht konkretisiert.

Berichtsweg:

Hochschulen - StLÄ - StBA.

i) Teilnehmer an Weiterbildungskursen der Hochschulen

Allgemeine
Bemerkungen:

Die im Hochschulstatistikgesetz vorgesehene Erfassung der Teilnehmer an Weiterbildungskursen der Hochschulen von mindestens dreiwöchiger Dauer wird im Tätigkeitsbericht des Ausschusses für die Hochschulstatistik zu jenen Projekten gerechnet, die nur langfristig realisierbar sind. Im Hinblick auf den Vorrang anderer Erhebungen konnten Inhalt und Durchführung dieser Statistik noch nicht konkretisiert werden.

Tatbestände:

Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, Wohnsitze; Studienverlauf, Studienabschluß, berufliche Tätigkeit und Stellung im Beruf; Art und Ziel der Weiterbildung.

Kreis der
Befragten:

Teilnehmer an Weiterbildungskursen.

Periodizität:

Noch nicht konkretisiert.

Berichtsweg:

Befragte - Hochschulen - StLÄ - StBA.

j) Erfassung des Personals an Hochschulen

Allgemeine
Bemerkungen:

Das Hochschulstatistikgesetz sieht die Einführung einer

- Individualerhebung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sowie einer
- Kollektiverhebung des technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personals (darunter studentische Hilfskräfte)

vor. Es enthält ferner eine Ermächtigung für den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, durch Rechtsverordnung Zusatzerhebungen über die Forschungstätigkeiten des wissenschaftlichen Personals anzuordnen.

Die Personalerhebungen konnten bisher aus Kapazitätsgründen noch nicht in vollem Umfang realisiert werden. Als Übergangslösung fand 1972 und 1973 bei den Hochschulverwaltungen eine Kollektiverhebung des gesamten Personals an Hochschulen statt, die mit der Personalstandserhebung im öffentlichen Dienst gekoppelt war. Die Erfassung des Personals nach Funktionen und Laufbahnen wurde dabei ergänzt um eine Erhebung der Personalsollstärke (Stellen). Für 1974 findet nochmals eine Wiederholung in unveränderter Form zum Beginn des Wintersemesters statt.

Daneben ist die Individualerhebung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals vorbereitet worden, die nach dem Hochschulstatistikgesetz in fünfjährigem Turnus mit jährlichem Veränderungsdienst durchzuführen ist. Für die jährliche Erhebung des technischen Personals sowie des Verwaltungs- und sonstigen Personals ist eine listenmäßige Erfassung bei den Hochschulverwaltungen vorgesehen.

Die Erhebungen sollen 1976 beginnen und sich nach Möglichkeit auf die Personaldateien der Hochschulen stützen.

Tatbestände:	<p><u>Wissenschaftliches und künstlerisches Personal</u></p> <p>Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, Ausbildungsverlauf; berufliche Tätigkeit vor der Tätigkeit in der Hochschule, Lehrfächer, fachliche Schwerpunkte; dienstrechtliche Stellung und Stellung in der Hochschule; Zahl und Art weiterer Beschäftigungsverhältnisse; Art der Finanzierung der Stelle.</p> <p>Zusatzerhebungen</p> <p>Arbeitszeitaufwand in Forschung, Lehre und Verwaltung. Wissenschaftliche Nebentätigkeiten und Gegenstände der Forschung.</p>
	<p><u>Technisches, Verwaltungs- und sonstiges Personal</u></p> <p>Alter, Geschlecht, Vorbildung; Dienst- und Beschäftigungsverhältnis, Art der dienstlichen Verwendung; Art der Finanzierung der Stelle.</p>
Kreis der Befragten:	<p>Wissenschaftliches und künstlerisches Personal bei der Individualerhebung; Hochschulverwaltungen bei der Kollektiverhebung.</p>
Periodizität:	<p>Jährlich bzw. fünfjährlich.</p>
Berichtsweg:	<p>Befragte/Hochschulverwaltungen - StLÄ - StBA.</p>

k) Erfassung des Baubestandes

Allgemeine
Bemerkungen:

Das Hochschulstatistikgesetz ordnet eine Erfassung der Grundstücke, Gebäude und Räume im Hochschulbereich nach Größe, Ausstattung und Nutzung an. Im Rahmen der stufenweisen Realisierung dieses Vorhabens hat die amtliche Statistik ab 1973 zunächst die Datenbestände für Hochschulräume aus einer bisher vom Wissenschaftsrat durchgeführten Erhebung übernommen, durch die der Merkmalskatalog des Gesetzes für diesen Bereich abgedeckt wird. Fortführung und Ergänzung der Erhebung liegen seither im Zuständigkeitsbereich der amtlichen Statistik. 1974 wird die Raumbestandserhebung auf die von den Studentenwerken genutzten Räume (ohne Wohnheime) ausgedehnt (vgl. 1).

Die Erhebung der Grundstücke und Gebäude sowie der apparativen Ausstattung schien weniger dringlich und ist daher noch nicht in Gang gekommen. Sie wird zu gegebener Zeit so erfolgen, daß sich die Räume mit den Gebäuden und die Gebäude mit den Grundstücken in Verbindung bringen lassen.

Tatbestände:

Grundstücke, Gebäude und Räume nach Größe, Nutzung und Ausstattung.

Kreis der
Befragten:

Verwaltungen der Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken und Fachhochschulen.

Periodizität:

Fünfjährlich mit jährlichem Veränderungsdienst (Räume ab 1973; Beginn der Erhebung für Gebäude, Grundstücke und apparative Ausstattung steht noch nicht fest).

Berichtsweg:

Hochschulverwaltungen - StLÄ - StBA.

1) Studentenwerke und ihre Einrichtungen

Allgemeine Bemerkungen:

Der Ausschuß für die Hochschulstatistik hält die Statistik der Studentenwerke, der von ihnen verwalteten Einrichtungen und der sonstigen studentischen Sozialeinrichtungen, soweit sie aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, nur für langfristig realisierbar. Angesichts der Kapazitätsengpässe der Statistischen Ämter konnte für diese Erhebung, die in fünfjährigem Turnus mit jährlichem Veränderungsdienst durchzuführen ist, noch kein Konzept entwickelt werden. Als erster Schritt zur Realisierung ist vorgesehen, in der Raumbestandserhebung 1974 (vgl. k) erstmals die von den Studentenwerken genutzten Räume (ohne Wohnheime) zu erfassen.

Tatbestände:

Grundstücke, Gebäude und Räume nach Größe, Ausstattung und Nutzung.

Kreis der Befragten:

Studentenwerke.

Periodizität:

Fünfjährlich mit jährlichem Veränderungsdienst.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

m) Studentenwohnheime

Allgemeine
Bemerkungen:

Gemäß dem Hochschulstatistikgesetz sind die Studentenwohnheime, soweit sie mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, in fünfjährigem Abstand mit jährlichem Veränderungsdienst zu erfassen. Den Ansatzpunkt für diese Statistik bildet eine Erhebung der Wohnheimplätze, die 1972 vom Deutschen Studentenwerk durchgeführt wurde. Das Material ist von der amtlichen Statistik übernommen worden; über die Fortsetzung der Erhebung wird zur Zeit beraten.

Tatbestände:

Träger der Wohnheime und Wohnheimplätze.

Kreis der
Befragten:

Eigentümer bzw. Verwalter der Wohnheime.

Periodizität:

Fünfjährlich mit jährlichem Veränderungsdienst.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

n) Einrichtungen für Fernstudienlehrgänge und Weiterbildungskurse, die einem Hochschulstudium vergleichbar sind

Allgemeine
Bemerkungen:

Da der Ausschuß für die Hochschulstatistik das Projekt einer jährlichen Erfassung der Träger, der Lehrveranstaltungen und der Prüfungen in diesem Bereich nur für langfristig realisierbar hält, wurde für die Statistik noch kein Konzept entwickelt.

Tatbestände:

Träger der Einrichtungen; Art, Fachrichtung, Dauer und Ziel der Lehrveranstaltung; Anzahl der Teilnehmer, bestandene Abschlußprüfungen und deren staatliche Anerkennung.

Kreis der
Befragten:

Leiter der Einrichtungen.

Periodizität:

Jährlich.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

o) Hochschulkosten und -finanzen

Allgemeine
Bemerkungen:

Ein Teil der nach dem Hochschulstatistikgesetz geforderten Daten über Kosten und Finanzen der Hochschulen kann seit längerer Zeit aus der amtlichen Finanzstatistik bereitgestellt werden. Aus dieser Quelle fallen u.a. Hochschulfinanzdaten in tiefer Aufgliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten, Hochschularten und Funktionen an. Die Vorschläge des Ausschusses für die Hochschulstatistik zielen deshalb im wesentlichen auf Ergänzungen und methodische Verfeinerungen ab.

Gegenwärtig erfolgt eine Erweiterung der Nachweisungen über fächerspezifische Einnahmen und Ausgaben nach einzelnen Hochschulen. Eine darüber hinausgehende kostenorientierte Darstellung der Hochschulfinanzen (z.B. nach Kostenstellen und Kostenarten) sowie der Art und Weise der Finanzierung - wie sie das Hochschulstatistikgesetz fordert - kann nur langfristig und nach Prüfung einer Vielzahl von Einzelfragen in Angriff genommen werden.

Tatbestände:

Ausgaben nach Kostenarten und Kostenstellen sowie Art und Weise der Finanzierung.

Kreis der
Befragten:

Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken.

Periodizität:

Jährlich.

Berichtsweg:

Verwaltungen - StLÄ - StBA.

III. Bildung und Kultur

4. Forschungsstatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie plant die Einführung einer Bundesstatistik für den Bereich Forschung und Entwicklung (Forschungsstatistik), die Daten - u.a. für Zwecke der Forschungsplanung, der Erfolgskontrolle forschungspolitischer Maßnahmen und des internationalen Vergleichs der Forschungsaktivitäten - bereitstellen soll. Durch ein Forschungsstatistikgesetz soll die Erhebung, Aufbereitung und Speicherung von personellen und finanziellen Daten im Bereich von Forschung und Entwicklung bundeseinheitlich geregelt werden. Dabei wird eine möglichst große Flexibilität angestrebt, um sich wechselnden Anforderungen anpassen zu können. Die Abgrenzung des Erhebungsbereichs, die Festlegung der Definitionen, die Regelung der Auskunftspflicht und der Geheimhaltung bedürfen noch eingehender Untersuchungen.

Forschungsstatistische Daten sind vom Statistischen Bundesamt seit 1963 in zweijährlichen Abständen für die OECD, später auch für die UNESCO und die Europäischen Gemeinschaften aufbereitet worden. Weitere beteiligte Stellen waren der Wissenschaftsrat und der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, die Erhebungen auf freiwilliger Basis bei den staatlichen und den öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen bzw. bei Unternehmen im Wirtschaftssektor durchführten; das Bundesministerium für Forschung und Technologie steuerte Daten zur Forschungsfinanzierung durch den Bund bei. Das Statistische Bundesamt hat den Hochschulsektor (auf der Grundlage der Finanzstatistik) bearbeitet und war verantwortlich für die Zusammenführung aller Teilergebnisse und die Darstellung der Finanzierungsverflechtungen zwischen den Sektoren.

Nach Ansicht des Bundesministeriums für Forschung und Technologie werden die Angaben in der bisherigen Form dem wachsenden Informationsbedürfnis nicht mehr gerecht. Insbesondere die Forschung im Wirtschaftssektor mit ihren langfristigen Auswirkungen auf eine Vielzahl gesellschaftspolitischer Teilbereiche ist bisher statistisch nicht ausreichend erfaßt. Deshalb sollen in eine gesetzliche Regelung sowohl die Forschung und Entwicklung finanzierenden als auch die ausführenden Einheiten - d.h. die Bereiche Wirtschaft, Staat und Organisationen ohne Erwerbscharakter - einbezogen werden. Dabei wird eine möglichst einheitliche Datenerhebung angestrebt, um eine Zusammenführung der Angaben für die einzelnen Sektoren zu ermöglichen.

Als Teil der vorbereitenden Beratungen für das Forschungsstatistikgesetz wird u.a. auch der Vorschlag geprüft, auf die Einführung einer neuen Erhebung bei der Wirtschaft zu verzichten und stattdessen die Erhebungen des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft auszubauen.

Tatbestände:

Bei den Gebietskörperschaften und sonstigen juristischen Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, u.a. Angaben über die jährlichen Ist-Einnahmen und -Ausgaben, die jährlichen Haushalts- und Wirtschaftsplanansätze und die Plan-
daten und Ansätze für Forschung und Entwicklung im Finanzplanungszeitraum.

Ferner das in diesen Bereichen tätige wissenschaftliche Personal mit Angaben zur Person, zur Tätigkeit und der Art der Finanzierung sowie Angaben über das technische, Verwaltungs- und sonstige Personal.

Für Forschungsinstitutionen außerhalb der Hochschulen sind die Erhebungen ggf. durch verbale Angaben über Rechtsform, rechtliche Träger, satzungsmäßige Aufgaben, Tätigkeitsbereich und Forschungsgebiete zu ergänzen.

Bei Unternehmen und Verbänden: Wirtschaftszweig, Beschäftigte, Umsatz, verbale Angaben über Forschungsgebiete und ggf. Forschungsschwerpunkte, gesamtes Personal im Bereich Forschung und Entwicklung sowie wissenschaftliches und sonstiges Personal.

Für das wissenschaftliche Personal sollen auch Angaben über Einkommensschichtung, Altersstruktur und Ausbildung, mit Angabe der Fachrichtung des letzten akademischen Abschlusses, erfaßt werden. Soweit möglich, sollen auch Alters- und Gehalts- bzw. Lohngruppenschichtungen für das sonstige im Bereich der Forschung und Entwicklung tätige Personal angegeben werden.

Finanzielle Daten nach internen Ausgaben bzw. Kosten nach Arten, größeren Produktgruppen, Aufgabenbereichen, Forschungs- und Entwicklungskategorien, Finanzierungsquellen sowie nach externen Ausgaben in der Gliederung nach Zuwendungsempfängern und Finanzierungsquellen, soweit diese Angaben aus dem Rechnungswesen zu gewinnen sind. Darüber hinaus sollen bei Patenten und Lizenzen die Einnahmen und Ausgaben, gegliedert nach In- und Ausland, erhoben werden.

Kreis der
Befragten:

Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, sonstige juristische Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, sowie Unternehmen und Verbände der Wirtschaft, sofern diese Institutionen Forschung und Entwicklung betreiben oder finanzieren.

Periodizität:

Noch nicht konkretisiert.

Berichtsweg:

Noch nicht konkretisiert.

Rechtsgrund-
lage:

Im Bundesministerium für Forschung und Technologie sind Überlegungen hinsichtlich eines Gesetzes zur Einführung einer Bundesstatistik für den Bereich Forschung und Entwicklung (Forschungsstatistik) im Gange.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Forschung und Technologie.

IV. Erwerbstätigkeit

1. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975

Allgemeine
Bemerkungen:

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 (Wohnungszählungsgesetz 1975) - Bundesratsdrucksache 396/74 - am 12. Juli 1974, z.T. abweichend von den Anträgen seiner Ausschüsse, der Durchführung einer Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung im Jahre 1975 zugestimmt. Neben einigen Änderungen im gebäude- und wohnungsstatistischen Teil (vgl. hierzu VIII 2) schlägt der Bundesrat insbesondere Kürzungen des bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Merkmalskataloges vor und regt an, einige Fragen aus diesem Bereich erst im Rahmen der nächsten Volkszählung 1981 zu stellen.

Die grundsätzliche Zustimmung des Bundesrates zu dem Zählungsprojekt trägt u.a. dem in den letzten Jahren stark gestiegenen Bedarf der Bundesressorts an Strukturdaten in kleinräumlicher Gliederung sowie den vielfältigen Anforderungen der Länder und Gemeinden - u.a. auf dem Gebiet der räumlich orientierten Fachplanungen - Rechnung. Schon frühzeitig hatte angesichts dieser Anforderungen das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau neben den traditionellen Angaben über Wohnungen und Arbeitsstätten auch Informationen über die bebauten Grundstücke sowie einige ergänzende bevölkerungs- und erwerbsstatistische Grunddaten und Angaben über Pendler gefordert. Die Ministerkonferenz für Raumordnung unterstützte in ihrer Entscheidung zur Verbesserung der regionalstatistischen Informationen vom 16. April 1970 diesen Vorschlag und regte an, Wohnungszählungen künftig in der zeitlichen Mitte zwischen den in zehnjährigen Abständen stattfindenden Volkszählungen durchzuführen.

Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für die Zählung gilt - angesichts des Zählungsumfangs - die besondere Aufmerksamkeit der Statistischen Ämter einer umfassenden Arbeitsablauf- und Terminplanung. Unter Verzicht auf die bisher üblichen Vorratstabellierungen wurde ein Standardtabellenprogramm entwickelt, das die wesentlichsten aktuellen Wünsche der Benutzer abdeckt; spätere und spezielle Fragestellungen sollen im Rahmen von nachfolgenden ad hoc-Aufbereitungen beantwortet werden. Wichtige Aufschlüsse für die Durchführung der Zählung erbrachte die Auswertung der ersten Probezählung vom Mai 1974; eine zweite Probezählung wird im November 1974 folgen.

Erwerbsstatistische Angaben

Die Kürzungsvorschläge des Bundesrates zum bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Fragenkatalog der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 betreffen die Fragen nach der Stellung innerhalb des Haushalts, dem Schul- und Hochschulabschluß, der Beteiligung am Erwerbsleben, der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts und der wöchentlichen Arbeitszeit.

Die verbleibenden Fragestellungen werden ausgewählte Angaben über die Sozialstruktur der Wohnungsinhaber sowie über die Mietbelastung der Wohnparteien erbringen. Zugleich ermöglichen sie - in Verbindung mit den Angaben über Wohnungen, Haushalte und Arbeitsstätten - zusätzliche kombinierende Auswertungen.

Tatbestände: Stellung im Beruf, weitere Tätigkeit, monatliches Haushaltsnettoeinkommen (ohne selbständige Landwirte).

Kreis der Befragten: Gesamtbevölkerung (nicht erfaßt werden Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sowie die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieses Personenkreises, so-

fern sie nicht in privatrechtlich gemieteten Wohnungen wohnen).

Berufs- und Ausbildungspendler.

Periodizität:	1975, danach ausführlichere Angaben im Rahmen der Volkszählung 1981.
Berichtsweg:	Befragte - Gemeinden - Kreise - StLÄ - StBA.
Rechtsgrundlage:	Entwurf eines Gesetzes über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 (Wohnungszählungsgesetz 1975) - Bundesratsdrucksache 396/74 - und Stellungnahme des Bundesrates vom 12. Juli 1974 - Bundesratsdrucksache 396/74 (Beschluß) - liegen vor.
Zuständiges Ressort:	Federführend für das Zählungswerk als Ganzes ist das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für die Arbeitsstättenzählung das Bundesministerium für Wirtschaft.

IV. Erwerbstätigkeit

2. Beschäftigten- und Entgeltstatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat das Statistische Bundesamt gem. § 9, Abs. 1, Satz 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke beauftragt, sich an der Aufbereitung und Auswertung von Daten zu beteiligen, die im Rahmen des Datenverbunds zwischen den Krankenkassen, den Rentenversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit für die geplante Beschäftigten- und Entgeltstatistik anfallen. Art und Umfang der Beteiligung sind noch aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, der Bundesanstalt für Arbeit und dem Statistischen Bundesamt zu regeln. In den z.Z. laufenden Verhandlungen geht es vor allem um die Festlegung von Einzelheiten der fachlichen und technischen Zusammenarbeit, u.a. auch mit den Ländern. Diese Arbeiten sowie die Weiterentwicklung des Aufbereitungs- und Auswertungsprogramms erfolgen in engem Kontakt mit der vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung eingesetzten Sachverständigengruppe für Fragen der Beschäftigtenstatistik, der Versichertenstatistik und der Gesamtstatistik der Erwerbstätigkeit.

Grundlage für den Aufbau der laufenden Beschäftigtenstatistik - als Statistik der beschäftigten Arbeitnehmer - in ausreichender fachlicher und regionaler Gliederung ist die Einführung des neuen Meldeverfahrens in der Sozialversicherung ab 1. Januar 1973. Durch Vergabe von Versicherungsnummern und Verwendung von maschinenlesbaren Versicherungsnachweisen anstelle der bisherigen Versicherungskarten wurden die Voraussetzungen für einen Datenverbund zwischen den

Sozialversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit geschaffen, durch den künftig alle Beteiligten über die zur Durchführung ihrer Verwaltungsaufgaben notwendigen Daten verfügen werden.

Durch den Datenverbund werden die aufgrund der Meldepflicht der Arbeitgeber anfallenden Daten aus folgenden Meldeformularen koordiniert und zusammengeführt:

- Bescheinigungen des Entgelts gegenüber den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherungen,
- An- und Abmeldungen bei den Trägern der Krankenversicherung und
- Anzeigen der Einstellung und Entlassung gegenüber den Arbeitsämtern.

Erfaßt werden hierbei rd. 70 % aller Erwerbstätigen, d.h. alle Arbeitnehmer und alle zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, mit Ausnahme jener, die weder krankenversicherungspflichtig, noch rentenversicherungspflichtig, noch beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind und für die auch keine Beiträge oder Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen gezahlt werden. Nicht einbezogen sind ferner Beamte, Selbständige und Mithelfende Familienangehörige.

Die im Rahmen des Datenverbunds anfallenden Abrechnungsunterlagen für jeden erfaßten Versicherten erlauben - in Verbindung mit den von der Bundesanstalt für Arbeit aufgestellten Dateien für Betriebe und deren fachliche und regionale Zuordnung - für den großen Block der rentenversicherten Beschäftigten laufende statistische Aufbereitungen der persönlichen, der versicherungsbezogenen und der erwerbsstatistischen Merkmale (hierunter u.a. Wirtschaftszweig, Beruf, Stellung im Beruf und Ausbildung). Ferner

sind regionale Auswertungen möglich. Vorläufig zurückgestellt ist das Projekt einer Pendlerstatistik, die unter bestimmten Voraussetzungen durch Zusammenführung der bei den Rentenversicherungsträgern gespeicherten Angaben über den Wohnort der Beschäftigten mit den Angaben über den Arbeitsort aufgebaut werden könnte.

Bis Anfang September 1974 lagen bei der Bundesanstalt für Arbeit ca. 80 % der von den Arbeitgebern erstmals zum 31. Dezember 1973 einzureichenden Jahresmeldungen über die versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer vor. Im Hinblick auf die Unvollständigkeit des Materials sollen in der Anlaufphase der Beschäftigtenstatistik aus dem Grundprogramm zunächst nur einige ausgewählte Tabellen - vorzugsweise mit wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung sowie Entgelttabellen - erstellt und auf ihre Aussagefähigkeit getestet werden. Ihre Programmierung soll nach Möglichkeit bis Januar 1975 abgeschlossen sein, so daß voraussichtlich bald danach erste Daten für Ende 1973 vorliegen werden. Maßnahmen zur Verbesserung von Qualität und Vollständigkeit des Ausgangsmaterials wurden inzwischen in die Wege geleitet.

Neben den Jahresaufbereitungen des Versichertenbestands soll ein weiterer Schwerpunkt der künftigen Aufbereitungen im kurzfristigen Nachweis der Veränderungen des Beschäftigtenstandes in tiefer regionaler und fachlicher Gliederung - u.a. für Zwecke der Konjunktur- und Arbeitsmarktbeobachtung - liegen. Wenn Daten für die Beschäftigten über einen längeren Zeitraum hinweg gespeichert sind, sollen auch Verlaufsanalysen und Längsschnittbetrachtungen zum Nachweis der sektoralen und der regionalen Mobilität der Beschäftigten sowie der Veränderung erwerbs- und berufsstatistischer Merkmale durchgeführt werden. Zurückgestellt ist zunächst die Aufbereitung der nur in

den Anmeldebelegen enthaltenen Merkmale (u.a. Familienstand, Zahl der Kinder, Mehrfachbeschäftigter) sowie der Nachweis beitragsloser Zeiten.

Bei den Entgelten sind die Jahresangaben u.a. für die Fortschreibung der allgemeinen Bemessungsgrundlage in der Rentenversicherung, die Berechnung der Lohn- und Gehaltssummen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Aufstellung von Einkommensschichtungen von besonderer Bedeutung.

Zur Schließung der Lücken im Gesamtbild aller Erwerbstätigen muß die Beschäftigtenstatistik durch komplementäre Statistiken vervollständigt werden. Im Bereich des öffentlichen Dienstes ist vor allem eine Erfassung der Beamten notwendig. Unter diesem Aspekt widmet das Statistische Bundesamt der Abstimmung der Personalstandsstatistik im öffentlichen Dienst aufgrund der → Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes mit der Beschäftigtenstatistik z.Z. besondere Aufmerksamkeit.

Tatbestände:

Folgende Merkmale aus den Versicherungsnachweisen in Verbindung mit Daten aus der Betriebsdatei sollen im Grundprogramm ausgewertet werden:

1. Persönliche Merkmale
(Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit).
2. Versicherungsbezogene Merkmale
(Versicherungsträger, Einstellungen und Entlassungen versicherungspflichtiger Arbeitnehmer, Arbeitsplatzwechsler, Beschäftigungszeit, Vollzeit-, Teilzeitbeschäftigung, monatliches und jährliches beitragspflichtiges Bruttoarbeitsentgelt).
3. Wirtschaftsfachliche/berufliche Merkmale
(Wirtschaftszweig, Beschäftigtengrößenklasse des Betriebes; Beruf, Stellung im Beruf, Ausbildung).

4. Regionale Merkmale

(Gliederung nach administrativen und noch festzulegenden nichtadministrativen Gebiets-einheiten).

Kreis der Befragten:

Im Rahmen des Datenverbundes zwischen den Krankenkassen, den Rentenversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit bzw. deren Datenstellen werden alle Arbeitnehmer und alle zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten erfaßt, mit Ausnahme jener, die weder krankenversicherungspflichtig, noch rentenversicherungspflichtig, noch beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind, und für die auch keine Beiträge oder Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen gezahlt werden.

Periodizität:

Monatlich, vierteljährlich, jährlich, mehrjährlich.

Berichtsweg:

Krankenkassen - Datenstellen der Rentenversicherungsträger - Bundesanstalt für Arbeit/Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Statistisches Bundesamt.

Rechtsgrundlage:

Für die Träger der Rentenversicherung

Drittes Rentenversicherungsänderungsgesetz vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 956).

Rechtsverordnung über den vorzeitigen Umtausch von Versicherungskarten vom 27. Mai 1971 (BGBl. I S. 725).

Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (Datenerfassungsverordnung - DEVO) vom 24. November 1972 (BGBl. I S. 2159).

Verordnung über die Datenübermittlung auf maschinell verwertbaren Datenträgern im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (Datenübermittlungsverordnung - DÜVO) vom 18. Dezember 1972 (BGBl. I S. 2482).

Für die Bundesanstalt für Arbeit

Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582).

Änderung der §§ 10 und 178 des Arbeitsförderungsgesetzes vom 10. August 1972 (BGBl. I S. 1451)

Für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung

Gesetz zur Weiterentwicklung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte - KVLG) vom 10. August 1972 (BGBl. I S. 1433).

Änderung des § 317 der Reichsversicherungsordnung (RVO) vom 10. August 1972 (BGBl. I S. 1447).

Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz - AÜG) vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1393).

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

IV. Erwerbstätigkeit

3. Weiterentwicklung des Mikrozensus

Allgemeine Bemerkungen:

Das zur Zeit geltende Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 28. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1456) läuft am 31. Dezember 1974 aus. Den Entwurf einer Neufassung, mit dem die rechtlichen Voraussetzungen für die Weiterführung der Mikrozensus-Erhebungen in den Jahren 1975 bis 1982 geschaffen werden sollen, hat die Bundesregierung dem Bundesrat am 6. September 1974 im ersten Durchgang zugeleitet (Bundesratsdrucksache 549/74). Er enthält folgende Änderungen und Neuerungen:

- Die Statistik soll künftig jeweils einmal jährlich mit einem Auswahlatz von 1 % (im April) bzw. 0,5 % der Bevölkerung (im Oktober) durchgeführt werden (bisher: jährlich vier Erhebungen, einmal mit Auswahlatz von 1 % und dreimal mit Auswahlatz von 0,1 % der Bevölkerung).

Die künftig wegfallenden vierteljährlichen 0,1 %-Erhebungen des Mikrozensus, die seinerzeit hauptsächlich mit dem Ziel eingeführt wurden, kurzfristig Daten über die Veränderung der Erwerbstätigkeit zu vermitteln, sollen durch die für 1975 vorgesehene Einführung einer kurzfristigen → Beschäftigten- und Entgeltstatistik für die versicherungspflichtigen Arbeitnehmer in ausreichender wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung ersetzt werden. Umso bedeutungsvoller ist die zweite jährliche Mikrozensus-Erhebung (mit einem Auswahlatz von 0,5 %), die für Länder - ggf. Regierungsbezirke - repräsentative Ergebnisse liefert, mit dem Ziel der Ergänzung der Beschäftigtenstatistik u.a. um Angaben über Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Beamte und Nichterwerbstätige. Ferner ist zu berücksichtigen, daß vom SAEG erwogen wird, halb-

jährlich in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften → Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte mit einem Auswahlatz von 0,5 % durchzuführen (bisher in unregelmäßigen Abständen einmal jährlich). Weitere Vorteile liegen darin, daß durch den Auswahlatz von 0,5 % die Aussagefähigkeit der Ergebnisse für Länder erhöht und aufgrund von Längsschnittuntersuchungen ein Nachweis der Veränderungen möglich wird. - Ferner ist ein zweiter Befragungstermin unbedingt erforderlich, um Zusatzbefragungen überhaupt durchführen zu können. Zu bedenken ist dabei insbesondere, daß der April-Termin (1 %) durch die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften bereits stark belastet ist.

- Das Grundprogramm soll sich künftig in einen halbjährlich zu erhebenden Teil mit gleichen Tatbeständen (konstanter Teil) und in einen in ein-, zwei- und vierjährigen Abständen zu erhebenden Teil mit wechselnden Tatbeständen (variabler Teil) gliedern. Zugleich soll der Katalog der im variablen Teil zu erfassenden Tatbestände erweitert werden. Neben einigen neuen Tatbeständen sollen auch Merkmale aufgenommen werden, die bisher im Rahmen von Zusatzprogrammen erhoben wurden. Dieses Konzept ist nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes zugleich rationell (nur ein Erhebungsbogen), kostensparend (Interviewervergütung für zweites Papier entfällt) und ermöglicht die Gewinnung zusätzlicher Informationen bei nahezu gleichem Arbeitsaufwand.
- Die Möglichkeit zur Durchführung von Zusatzprogrammen aufgrund von Rechtsverordnungen bleibt erhalten, wird allerdings im wesentlichen auf einmalige, ad hoc zu erhebende Tatbestände mit spezielleren Fragestellungen beschränkt. Es ist vorgesehen, die im Rahmen des Zusatzprogramms zu erhebenden Tatbestände wie bisher durch Rechtsverordnungen anzuordnen.

Nach den bisher vorliegenden Anforderungen sollen durch die in Vorbereitung befindliche 5. Verordnung (bzw. 1. Verordnung nach dem neuen Mikrozensus-Gesetz ab 1975) über Zusatzprogramme zum Mikrozensus in den Jahren 1975 (nur Oktober) und 1976 folgende Zusatzerhebungen angeordnet werden:

- Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnis (Wiederholung der Zusatzerhebung von 1965),
- Nutzungsarten von Bodenflächen unter 0,5 oder 1 ha (Wiederholung der Zusatzerhebung von 1970),
- Heizmaterial der Haushalte,
- Mitgliederzahl des Deutschen Sportbundes (aktiv Sporttreibende),
- Unfälle von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren (Wiederholung der Zusatzerhebung von 1965).

Auch für die folgenden Jahre liegen bereits Anforderungen für Zusatzerhebungen vor:

- Zeitaufwand der Familie für Haushaltsführung und Freizeit (Zeitbudgetuntersuchung),
- Kurzreisen/Tagesausflüge/Wochenendreisen (Wiederholung der Zusatzerhebung von 1972),
- Subjektive Belästigung durch Umwelteinflüsse (Lärm, Schmutz usw.).

Der Entwurf des Mikrozensusgesetzes ist vom Wirtschafts-, Finanz- und federführenden Innenausschuß sowie vom Plenum des Bundesrates im Oktober 1974 im ersten Durchgang beraten worden. Der Bundesrat hat auf Vorschlag des Finanz- und Innenausschusses die Streichung der 0,5 % - Befragung, die u.a. im Hinblick auf die Interessen der Länder jeweils im Oktober vorgesehen war, beschlossen. Der Bundesrat hat sich ferner für die Streichung der Angaben über Urlaubs- und Erholungsreisen, Aus- und Weiterbildung, über Ausländer, Pendler, Mietbelastung und Unter-

bringung des Haushalts, Gesundheit, eheliche Kinder und Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft ausgesprochen.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Beschlüssen des Bundesrates wird gegenwärtig erarbeitet.

Tatbestände: Grundprogramm

Konstanter Teil:

Zweimal jährlich: Merkmale der Person, der Familie, des Haushalts, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz;
wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere Erwerbstätigkeit (1 % und 0,5 %¹⁾);

Variabler Teil:

Einmal jährlich: Soziale Verhältnisse, insbesondere soziale Sicherheit (1 %) sowie vermögenswirksames Sparen (0,5 %)¹⁾;

Angaben über Urlaubs- und Erholungsreisen (0,1 %; in jedem dritten Jahr 0,5 %)¹⁾;

Zweijährlich: Berufliche Verhältnisse, insbesondere Tätigkeitsmerkmale sowie Aus- und Weiterbildung (1 %)¹⁾;

bei Ausländern Merkmale der zu unterhaltenden Familienangehörigen, Sprachkenntnisse, Aufenthaltsdauer (1 %)¹⁾;

bei Pendlern benutztes Verkehrsmittel, Zeitaufwand für den Weg und Entfernung (1 %)¹⁾;

Mietbelastung und Unterbringung des Haushalts (jeweils 1 %)¹⁾;

¹⁾ Vom Bundesrat zur Streichung vorgeschlagen; s. auch "Allgemeine Bemerkungen".

Fragen zur Gesundheit (abwechselnd
1 % und 0,5 %; freiwillig)¹⁾;

Vierjährlich: Zahl und Geburtsjahr aller lebend
geborenen ehelichen Kinder (1 %)¹⁾;
Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigen-
schaft (1 %)¹⁾.

Zusatzprogramm Nach Bedarf auf Grund von Rechts-
verordnungen.

Kreis der
Befragten: Stichprobenerhebungen bei Haushalten (einschließlich
Anstalten).

Periodizität: Jährlich 2 Erhebungen (im April mit Auswahlatz von
1 %, im Oktober von 0,5 %¹⁾ der Bevölkerung).

Berichtsweg: Befragte (Befragung durch Interviewer) - StLÄ -
StBA.

Rechtsgrund-
lage: Entwurf eines Gesetzes über die Durchführung einer
Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Er-
werbslebens (Mikrozensus) - Bundesratsdrucksache
549/74 - und Beschluß des Bundesrats (Bundesrats-
drucksache 549/74 - Beschluß) liegt vor.

Zuständiges
Ressort: Bundesministerium des Innern.

¹⁾ Vom Bundesrat zur Streichung vorgeschlagen; s. auch "Allgemeine
Bemerkungen".

IV. Erwerbstätigkeit

4. Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte

Allgemeine Bemerkungen:

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat eine Verordnung (EWG) Nr. 2640/74 vom 15. Oktober 1974 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte im Jahre 1975 erlassen. Durch die Wiederholung - unter Ausdehnung auf alle neun Mitgliedstaaten - wird die Verbindung zu den Erhebungen der Jahre 1968 bis 1971 sowie 1973 hergestellt, die einen wichtigen Beitrag zur Harmonisierung der Grunddaten aus den Erwerbstätigkeitsstatistiken leisteten. Mit der Ermittlung vergleichbarer Angaben über Niveau und Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit wird zugleich auch den Zielen der - nicht im Amtsblatt veröffentlichten - Empfehlung des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Verbesserung der Konjunkturstatistiken vom 28. Juli 1966 entsprochen.

Der Fragenkatalog für die Grunderhebung bleibt 1975 - u.a. aus Gründen der Vergleichbarkeit - gegenüber 1973 nahezu unverändert. Zusätzlich zu den im Grundprogramm regelmäßig erhobenen Angaben zur Erwerbstätigkeit sollen im Rahmen der Zusatzerhebung einige Zusatzfragen über die laufende Berufsausbildung und die Arbeitsbedingungen gestellt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte wie bisher im Rahmen der 1 % - Mikrozensus-Grunderhebung im April 1975 ohne grundsätzliche Änderung des Auswahlplanes und des Erhebungsverfahrens durchgeführt. Für die EG-Stichprobenerhebung 1975 sind zusätzlich zwei kleinere Fragebogen erforderlich. Auf nationale Zusatzbefragungen zum Mikrozensus im April 1975 muß daher für diesen Termin verzichtet werden.

Tatbestände:

Grundprogramm

Persönliche Merkmale (u.a. Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Stellung zum Haushaltsvorstand) aller zum befragten Haushalt gehörigen Personen; Erwerbstätigkeit zum Zeitpunkt der Erhebung und im Jahr zuvor nach Wirtschaftszweig, Stellung im Beruf, Wohnsitz; tatsächlich geleistete Arbeitsstunden.

Personen, die arbeitslos oder auf Stellungsuche sind, nach Grund und Dauer der Arbeitssuche, Art der gesuchten Tätigkeit; Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig vor Eintritt der Arbeitslosigkeit; Einschreibung beim Arbeitsamt und Unterstützung.

Zusatzprogramm

Laufende Berufsausbildung in Betrieben, Fachinstituten, Ausbildungszentren usw.; Arbeitsbedingungen (Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort, benutzte Verkehrsmittel; Schichtarbeit, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit; Lärm, Schmutz, Sicherheit am Arbeitsplatz).

Kreis der Befragten:

Stichprobenerhebung; in der Bundesrepublik Deutschland bei 100 000 Haushalten.

Periodizität:

Unregelmäßig. Nächste Erhebung voraussichtlich 1976 oder 1977. Jährliche Durchführung wird angestrebt.

Berichtsweg:

Befragte (Befragung durch Interviewer) - StLÄ - StBA - SAEG.

Rechtsgrundlage:

Verordnung (EWG) Nr. 2640/74 des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte vom 15. Oktober 1974 (Amtsblatt der EG Nr. L 283/3 vom 19. Oktober 1974).

Bis einschl. 1974 sind für die Bundesrepublik Deutschland fast alle Merkmale des Grundprogramms der Stichprobenerhebung durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 28. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1456) abgedeckt. Der Entwurf eines Gesetzes zur künftigen Durchführung des Mikrozensus liegt vor (vgl. I. 3 und IV. 3).

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

V. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

1. Landwirtschaftszählung

Allgemeine Bemerkungen:

Der von der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) empfohlene Weltagrarzensus 1980 soll in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften - aufgrund von Vereinbarungen über die Termine für die Volkszählung und Landwirtschaftszählung um 1980 - in der Zeit zwischen dem 1. Mai 1979 und dem 15. Juni 1980 durchgeführt werden. Eine entsprechende Erklärung, die noch keine gesetzliche Bindung darstellt, ist in den Vorschlag einer Richtlinie des Rates über die Durchführung einer Strukturserhebung 1975 im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe aufgenommen worden (Bundestagsdrucksache 7/972).

Der Verzicht auf eine Stichtagserhebung soll es den Mitgliedstaaten ermöglichen, die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften ggf. durch Zusammenführung von Angaben aus vorangegangenen bzw. nachfolgenden Erhebungen in der Landwirtschaft zu erfüllen. Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt die Unterlagen der —> Agrarberichterstattung für die Landwirtschaftszählung nutzbar zu machen.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen ist für 1977 eine Probeerhebung vorgesehen. Ob und in welchem Zusammenhang in Verbindung mit der Landwirtschaftszählung 1979/80 wieder - wie 1971 - Sonder- und Nacherhebungen durchgeführt werden, ist noch ungeklärt.

Tatbestände:

Im einzelnen noch nicht konkretisiert.

Kreis der Befragten:

Inhaber bzw. Bewirtschafter von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

Periodizität: Ca. zehnjährlich; nächste Erhebung 1979/80.

Berichtsweg: Betriebe - Gemeinden - Kreise - StLÄ - StBA.

Rechtsgrunlage: Nationale Rechtsgrundlage erforderlich; zusätzlich ist eine Rechtsgrundlage der Europäischen Gemeinschaften zu erwarten.

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

V. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

2. Agrarberichterstattung

Allgemeine Bemerkungen:

Der Entwurf eines Gesetzes über die Agrarberichterstattung (Agrarberichterstattungsgesetz - AgrBG) - Bundestagsdrucksache 7/1990 - ist vom Deutschen Bundestag am 10. Oktober 1974 in Ausschlußfassung verabschiedet worden. Mit dieser Rechtsgrundlage werden die Voraussetzungen geschaffen, um für nationale Zwecke und zur Erfüllung der Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften ab 1975 in zweijährigen Abständen wichtige Strukturdaten über den Agrarbereich bereitstellen zu können. Zugleich wird dadurch eine Entlastung der in zehnjährigen Abständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen angestrebt. Die Ergebnisse werden ferner u.a. zur Verbesserung der Typisierung und der sozialökonomischen Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie zu einer laufenden Aktualisierung der bei der Landwirtschaftszählung 1971 eingeführten monetären Gliederungskriterien beitragen.

Die Agrarberichterstattung wird sich in ein Grund-, Ergänzungs- und Zusatzprogramm gliedern. Im Grundprogramm geht es darum, die statistischen Angaben aus bereits regelmäßig durchgeführten statistischen Erhebungen über Bodennutzung, Viehhaltung und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ohne zusätzlichen Erhebungsaufwand in den Betrieben betriebsweise zusammenzuführen und im Betriebszusammenhang auszuwerten. Die speziellen Aufgaben dieser Statistiken bleiben von der zusätzlichen Verwendung der Angaben für die Agrarberichterstattung unberührt. Voraussetzung für die Zusammenführung ist u.a. der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung sowie der Rückgriff auf Betriebsnummern und eine Betriebsdatei bei den Statistischen Landesämtern mit den wichtigsten,

jährlich zu aktualisierenden Merkmalen zur Kennzeichnung der Betriebe.

Zusätzliche statistische Angaben werden - soweit wie möglich in Verbindung mit den Angaben für das Grundprogramm - im Ergänzungsprogramm erhoben, das einen totalen und einen repräsentativen Teil umfaßt.

Total erhoben werden dabei - neben Merkmalen zur Kennzeichnung und zur Rechtsstellung der Betriebe sowie Fragen zur Buchführung - Tatbestände zu sozialökonomischen Verhältnissen der Betriebe. Hierunter sind nach der Eingrenzung des Begriffes in den Ausschlußberatungen des Bundestages die Familien-, Haushalts- und Erwerbsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe sowie die Situation der familienangehörigen und -fremden Arbeitskräfte und der außerbetrieblich tätigen Haushaltsangehörigen zu verstehen.

Die im Rahmen des Ergänzungsprogramms repräsentativ zu erfassenden Tatbestände (Besitzverhältnisse, Pachtpreise, Grundstücksverkehr und -preise sowie Erwerbs- und Unterhaltsquellen) sollen - in Übereinstimmung mit dem Stichprobenumfang der Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft sowie mit den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften - in 80 000 bis höchstens 100 000 Betrieben erhoben werden. Um die Erhebungen rationell gestalten zu können, sollen die Fragen möglichst mit einer der fälligen Statistiken verbunden werden.

Im Zusatzprogramm, das ebenfalls nach Möglichkeit mit einer der im Berichtsjahr ohnehin durchzuführenden Statistiken kombiniert werden soll, können mit Zustimmung des Bundesrates über Grund- und Ergänzungsprogramm hinaus als zusätzliche Tatbestände die wirtschaftlichen, organisatorischen, technischen und baulichen Verhält-

nisse der Betriebe, die Ausbildung und Beratung des Betriebsinhabers sowie der Betriebsentwicklungsplan repräsentativ erhoben werden. Dabei darf der Stichprobenumfang - wie bei den übrigen Programmteilen - maximal 100 000 Betriebe umfassen, kann aber auch bis auf 10 000 Betriebe gesenkt werden. Durch die Bestimmung, daß die Einzelheiten über Art, Umfang und Erhebungszeitpunkt des Zusatzprogramms jeweils durch Rechtsverordnung festzulegen sind, soll die Anpassungsfähigkeit des Programms an aktuelle Fragestellungen gewährleistet werden.

Durch die Einführung der Agrarberichterstattung werden zugleich weitgehend die Bestrebungen der Europäischen Gemeinschaften zum Ausbau des agrarstatistischen Instrumentariums durch ein Programm von Gemeinschaftserhebungen in den Jahren 1975 bis 1980 abgedeckt. Nach dem "Vorschlag einer Richtlinie des Rates über die Durchführung einer Strukturerhebung 1975 im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe" soll die Erhebung in den Mitgliedsländern in einem oder mehreren Abschnitten zwischen dem 1. März 1975 und dem 1. März 1976 durchgeführt werden und sich auf das dem Erntejahr 1975 entsprechende Anbaujahr beziehen. Im Jahre 1977 soll - entsprechend dem angestrebten zweijährlichen Turnus von Strukturerhebungen im Agrarbereich - eine Erhebung über die Entwicklung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe folgen. Das Frageprogramm für diese Erhebung, mit der vor allem eine Erfassung der betrieblichen Anpassungsvorgänge im Zeitraum 1975 bis 1977 angestrebt wird, bedarf noch näherer Konkretisierung. In das längerfristige Programm der Europäischen Gemeinschaften eingeordnet wird ferner die ———→ Landwirtschaftszählung 1979.

Die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften für die Strukturhebung 1975 sowie für die geplante Erhebung über die Entwicklung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1977 sollen in beiden Jahren in der Bundesrepublik Deutschland nach Möglichkeit in das Erhebungsprogramm der an der Agrarberichterstattung beteiligten Einzelerhebungen einbezogen werden.

Tatbestände:

Grundprogramm

Betriebsweise Zusammenführung der Angaben zur Bodennutzungserhebung, zur Kennzeichnung des Betriebes nach dem Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung, zur allgemeinen Viehzählung und zur Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft.

Ergänzungsprogramm

Totaler Teil: Merkmale zur Kennzeichnung, zur Rechtsstellung und zu sozialökonomischen Verhältnissen der Betriebe; Buchführung.

Repräsentativer Teil: Besitzverhältnisse und Pachtpreise, Grundstücksverkehr und -preise; Erwerbs- und Unterhaltsquellen.

Zusatzprogramm

Wirtschaftliche, organisatorische, technische und bauliche Verhältnisse der Betriebe; Ausbildung und Beratung des Betriebsinhabers; Betriebsentwicklungsplan.

Kreis der Befragten:

Betriebe mit einer landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder fischwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha; Betriebe unterhalb dieser Grenze soweit deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen.

Periodizität: Zweijährlich.

Berichtsweg: Betriebe (beim repräsentativen Teil des Ergänzungsprogramms sowie beim Zusatzprogramm Befragung durch Interviewer, für übrige Befragungen Einsatz von Zählern) - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage: Der Entwurf eines Gesetzes über die Agrarberichterstattung (Agrarberichterstattungsgesetz - AgrBG) - Bundestagsdrucksache 7/1990 - ist vom Deutschen Bundestag am 10. Oktober 1974 in Ausschlußfassung verabschiedet worden.

 Vorschlag einer Richtlinie des Rates über die Durchführung einer Strukturerhebung 1975 im Rahmen eines Erhebungsprogramms zur Untersuchung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (Bundestagsdrucksache 7/972 bzw. neueste Fassung in der Aufzeichnung des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 18. Juli 1974 - S/785/74 - CSA 158).

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

V. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

3. Weinbaukataster

Allgemeine Bemerkungen:

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaften sind Überlegungen im Gange, wie das Verfahren zur laufenden Vervollständigung und Aktualisierung des Weinbaukatasters verbessert und beschleunigt werden kann. Angestrebt wird insbesondere eine rechtzeitigere Information der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über den Umfang der jährlichen Neuanpflanzungen, Wiederbepflanzungen und Rodungen von Rebgrundstücken, die in den weinerzeugenden Mitgliedstaaten durchgeführt werden oder beabsichtigt sind. Diese jährlichen Veränderungsanzeigen, die in dem zehnjährigen Zeitraum zwischen der grundlegenden Neuerstellung des Weinbaukatasters (erstmalig für 1977 vorgesehen) Aufschlüsse über das Ertragspotential vermitteln sollen, bereiten den meisten Mitgliedsländern zur Zeit noch erhebliche Schwierigkeiten. Einzelheiten der beabsichtigten Neuregelung, die insbesondere für die Vorausschätzungen der Weinbauentwicklung in der Gemeinschaft bedeutsam ist, bedürfen noch der Konkretisierung. Neben einer Straffung des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms wird auch erwogen, jährlich auf Grund einer Vorwegaufbereitung ein vorläufiges Ergebnis zu veröffentlichen.

Tatbestände:

Zehnjährliche Neuaufstellung (erstmalig 1977)

Weinbaubetriebe nach Art der Bewirtschaftung, Gesamtfläche, landwirtschaftlicher Nutzfläche, bepflanzter Rebfläche und ihrer Aufteilung nach Art der Erzeugung, Art des Anbaus und Rebsorten.

Zahl der Rebgrundstücke nach Art der Erzeugung, Art des Anbaus, Rebsorten nach Fläche und Alter der Rebstöcke, Rebstöcke pro Ar, Reihen- und Pflanzabstände, Lage und Art der Bewirtschaftung.

Jährliche Fortführung

Fläche der im Berichtszeitraum angepflanzten oder gerodeten Rebgrundstücke, Lage, Art des Anbaus, Rebsorte, Alter der gerodeten Rebstöcke.

Bei den Überlegungen zur Straffung des Programms wird vor allem ein Verzicht auf die Nachweisungen nach der Art der Lage, über das Alter der gerodeten Rebstöcke und nach der Art des Anbaus erwogen.

Kreis der
Befragten:

Zehnjährliche Neuaufstellung

Weinbaubetriebe mit einer Rebfläche von 10 und mehr Ar, bei Marktbelieferung auch Betriebe mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

Jährliche Fortführung

Aufgrund von Anmeldungen über Rodung und Neuanlage.

Periodizität:

In etwa zehnjährigen Abständen (erstmalig 1977)
Neuaufstellung; jährliche Fortführung.

Berichtsweg:

Befragte - Gemeinden - StLÄ - StBA.

Rechtsgrund-
lage:

Verordnung Nr. 24/62 des Rates der EG sowie Verordnungen der EG-Kommission Nr. 143/62, Nr. 26/64, Nr. 39/68, Nr. 1894/68 und Nr. 1135/70. Ferner Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 29. August 1961 in der Fassung vom 9. Mai 1968 (BGBl. I S. 471), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation (MOG) vom 31. August 1972 (BGBl. I S. 1617).

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

V. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

4. Neugestaltung der Bodennutzungserhebungen

Allgemeine Bemerkungen:

Im Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung (Stand 2. September 1974) ist als wichtigste Neuerung vorgesehen, das System der Bodennutzungserhebungen in der Bundesrepublik Deutschland - bisher bestehend aus Bodennutzungsvor-, -haupt- und -nacherhebungen sowie Ernteerhebungen - um eine allgemeine, jährliche Flächenerhebung zu ergänzen. Hierdurch wird eine über die bisherigen Möglichkeiten hinausgehende, nach außerlandwirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Erfassung der gesamten Wirtschaftsfläche des Bundesgebietes ermöglicht. Berücksichtigt werden damit insbesondere die zunehmenden Bedürfnisse an differenzierten Angaben für Zwecke der Raumordnung und Regionalpolitik sowie der regionalen Fachplanungen.

Die Flächenstatistik wird in ihrer Gliederung auf dem Nutzungsartenkatalog des Liegenschaftskatasters aufbauen, so daß die Angaben über die Nutzungsarten der Bodenflächen jährlich in der Zeit von Januar bis Mai vorrangig bei den in den Ländern für die Vermessung zuständigen Stellen zu erfassen sind. Sofern diese Dienststellen keine ausreichenden Auskünfte geben können, sind die Gemeinden berichtspflichtig. Die Flächen werden dabei nach dem Belegenheitsprinzip (Lage des Grundstücks in der Gemarkung einer Gemeinde) statt wie bisher nach dem Betriebsprinzip erfaßt.

Verbunden mit der Neueinführung einer allgemeinen Flächenstatistik ist die Übernahme von Teilbereichen aus der künftig wegfallenden Bodennutzungsvorerhebung in die Bodennutzungshaupterhebung. Hierdurch wird eine auf die landwirtschaftlichen Betriebe beschränkte Bodennutzungserhebung geschaffen, deren Ziel die Beobachtung der

Struktur- und Anbauentwicklung (nach Frucht- und Kulturarten) ist. Beginnend mit dem Jahr 1977 soll diese Erhebung nach dem Betriebsprinzip alle zwei Jahre total und in den übrigen Jahren repräsentativ mit einem Auswahlatz von höchstens 20 % der Auskunftspflichtigen im Bundesdurchschnitt durchgeführt werden. Die Besitzverhältnisse der Betriebe werden jährlich total erfaßt; hierfür können amtliche Unterlagen, vornehmlich aus der Katasterverwaltung, herangezogen werden. Die Aufbereitung der Ergebnisse wird künftig nicht mehr bei den Gemeinden liegen, sondern maschinell in den Statistischen Landesämtern erfolgen.

Neben verschiedenen Änderungen bei weiteren Einzelerhebungen im Rahmen der Bodennutzungserhebungen, die zur Anpassung u.a. an die zwischenzeitlich mit diesen Erhebungen gewonnenen Erfahrungen sowie an die → Agrarberichterstattung dienen, enthält das Änderungsgesetz auch Regelungen für die Umgestaltung der bisherigen Obstbaumzählung zu einer → Obstanbauerhebung.

Tatbestände:

Bodennutzungshaupterhebung für die landwirtschaftlichen Betriebe

Bodenflächen, Rechtsgrund ihres Besitzes (d.h. Besitzverhältnisse der Betriebe), Nutzung nach Hauptnutzungs- und Kulturarten; Nutzung der Bodenflächen nach Pflanzenarten und -gruppen.

Allgemeine Flächenerhebung

Bodenflächen nach Nutzungsart.

Kreis der
Befragten:

Bodennutzungshaupterhebung für die landwirtschaftlichen Betriebe

Inhaber und Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise landwirtschaftlich genutzt werden (unter 1 ha, sofern die natürlichen Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen).

Inhaber und Eigentümer von Sonderkulturen (Reben, Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse) und von Gewässern für Teichwirtschaft, sofern der Betrieb für den Verkauf erzeugt.

Allgemeine Flächenerhebung

Die nach Landesrecht für die Vermessung zuständigen Stellen und die Gemeinden.

Periodizität:

Bodennutzungshaupterhebung für die landwirtschaftlichen Betriebe

Ab 1977 alle 2 Jahre allgemein und in den übrigen Jahren repräsentativ mit einem Auswahlatz von höchstens 20 % der Auskunftspflichtigen im Bundesdurchschnitt.

Allgemeine Flächenerhebung

Jährlich.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage:

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung (Stand 2. September 1974) liegt vor.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

V. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

5. Erhebung über den Obstanbau (Obstanbauerhebung)

Allgemeine Bemerkungen:

Durch den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung (Stand 2. September 1974) wird der Übergang von der bisherigen Obstbaumzählung zu einer Obstanbauerhebung vorbereitet. Die neue Regelung sieht vor, daß - beginnend mit dem Jahr 1977 - in fünfjährigen Abständen, und zwar abwechselnd allgemein und repräsentativ, in der Zeit von Januar bis März die Baumobst- und Strauchbeerenobstflächen erfaßt werden. Abweichend von der Obstbaumzählung 1965 werden künftig nur solche Obstflächen einbezogen, die vollständig oder überwiegend der Produktion zum Verkauf dienen.

Durch diese Bestimmungen wird zugleich den Vorschriften der Richtlinie 71/286 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1971 über die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen Rechnung getragen. Zur Vorausschätzung der Erzeugung und des Marktangebots bei Obst sind entsprechende Angaben von den Mitgliedstaaten in fünfjährlichem Turnus bereitzustellen und in den Jahren zwischen zwei Erhebungen durch Angaben über Rodungen und Anpflanzungen von Obstbäumen zu ergänzen.

Die Aufnahme einer Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen in das Änderungsgesetz zur Bodennutzungs- und Ernteerhebung schafft die Voraussetzungen, ergänzend zu den regelmäßigen Obstanbauerhebungen in größeren Zeitabständen Erhebungen über den Obstanbau auch in Haus- und Kleingärten sowie Streulagen durchzuführen.

Tatbestände:

Baumobstflächen und Strauchbeerenobstflächen nach Art, Sorte sowie Merkmalen zur näheren Kennzeichnung der Bewirtschaftungsintensität.

Kreis der Befragten:	Nutzungsberechtigte der Flächen, sofern das erzeugte Obst vollständig oder überwiegend zum Verkauf bestimmt ist.
Periodizität:	Fünfjährlich; abwechselnd allgemein und repräsentativ (1977 repräsentativ).
Berichtsweg:	Befragte - Gemeinden - Kreise - StLÄ - StBA - (SAEG).
Rechtsgrundlage:	<p>Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung (Stand 2. September 1974) liegt vor.</p> <p>Richtlinie 71/286 EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1971 über die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen (Amtsblatt der EG Nr. L 179 vom 9. August 1971, S. 21).</p>
Zuständiges Ressort:	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

V. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

6. Statistik nach dem Geflügelfleischhygienegesetz

Allgemeine
Bemerkungen:

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bereitet z.Z. die Durchführungsverordnung für die Statistik nach dem Geflügelfleischhygienegesetz vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 776) vor. Durch diese Verordnung sollen u.a. Erhebungsbereich und Merkmalskatalog für die - laut Gesetz - vom Statistischen Bundesamt zentral zu erhebende und aufzubereitende Jahresstatistik über das Ergebnis der amtlichen Untersuchungen des Schlachtgeflügels festgelegt werden. Die statistische Erfassung soll einen Überblick über Art und Umfang der festgestellten Krankheiten und Mängel erbringen. Damit soll sie u.a. Unterlagen zur Weiterentwicklung rechtlicher Maßnahmen liefern und eine Beurteilung ermöglichen, inwieweit ausländisches Geflügelfleisch den hygienischen Anforderungen genügt.

Tatbestände:

Ergebnis der amtlichen Untersuchung des Schlachtgeflügels und des bei der Schlachtung gewonnenen Geflügelfleisches sowie des eingeführten frischen oder zubereiteten Geflügelfleisches.

Kreis der
Befragten:

Die von den Landesregierungen zu bestimmenden zuständigen Behörden.

Periodizität:

Jährlich.

Berichtsweg:

Landesbehörden - StBA.

Rechtsgrund-
lage:

Geflügelfleischhygienegesetz (GFlHG) vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 776).

Durchführungsverordnung für die Statistik ist in Vorbereitung.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.

VI. Unternehmen und Arbeitsstätten

1. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975

Allgemeine
Bemerkungen:

Arbeitsstättenzählungen erstrecken sich als Rahmenzählungen auf alle Wirtschaftsbereiche der Volkswirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft und vermitteln damit einen Überblick über Arbeitsstätten, Unternehmen und die darin beschäftigten Personen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung; sie liefern damit auch Angaben für solche Bereiche, die - wie ein großer Teil der Dienstleistungen - nicht oder nur unvollständig durch andere Statistiken erfaßt werden. Die Ergebnisse von Arbeitsstättenzählungen dienen zugleich als wichtige Unterlage für die einheitliche wirtschaftssystematische Zuordnung der Unternehmen und Arbeitsstätten in den Bereichsstatistiken. Ferner wird das Material über Arbeitsstätten und Unternehmen als Auswahlgrundlage für nachgehende Bereichszählungen benötigt und bildet die Ausgangsbasis für die Einrichtung und Überprüfung von Unternehmens- und Betriebskarteien, die z.B. für die → vereinheitlichten Statistiken im Produzierenden Gewerbe und die → Beschäftigten- und Entgeltstatistik von besonderer Bedeutung sind.

Die nächste Arbeitsstättenzählung, die für das Jahr 1975 vorgesehen ist, wird organisatorisch in die zum gleichen Zeitpunkt geplante Gebäude- und Wohnungszählung eingebettet. Der Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 (Wohnungszählungsgesetz 1975) - Bundesratsdrucksache 396/74 - liegt vor. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zu diesem Entwurf der Durchführung der Zählung im Jahr 1975, z.T. abweichend von den Anträgen seiner Ausschüsse, zugestimmt (vgl. hierzu VIII.2).

Das Fragenprogramm der Arbeitsstättenzählung 1975 wird weitgehend demjenigen aus dem Jahre 1970 entsprechen. Als neue Tatbestände wurden u.a. die von der Bundesanstalt für Arbeit zugeteilte Betriebsnummer, die Beschäftigung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern, das Eröffnungsjahr der Arbeitsstätte, die Nutzfläche im Gebäude sowie Fragen nach den verwaltend Tätigen und den mobilen Arbeitnehmern aufgenommen. Um für das Handwerk - erstmals seit der letzten Handwerkszählung im Jahre 1968 - neuere Daten bereitstellen zu können, soll auch die Handwerkseigenschaft erfragt werden.

Tatbestände:

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten/Unternehmen:

Name, Bezeichnung, Anschrift, Telefonanschluß und Zahl der Sprechstellen, Nutzfläche in Gebäuden, Eröffnungsjahr und Art der Niederlassung, Träger der Arbeitsstätte, Art der ausgeübten Tätigkeit oder des Aufgabengebietes; Betriebsnummer der Bundesanstalt für Arbeit.

Zahl der tätigen Personen nach Geschlecht, Stellung im Betrieb, Art der Tätigkeit und ausländischer Staatsangehörigkeit; Beschäftigung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern; Zahl der mobilen Arbeitnehmer;

Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres.

Bei Unternehmen:

Eintragung in die Handwerksrolle sowie Rechtsform.

Bei Hauptniederlassungen außerdem für jede Zweigniederlassung Name, Bezeichnung, Anschrift, Eröffnungsjahr, Art der ausgeübten Tätigkeit oder des Aufgabengebietes, Zahl der tätigen Personen, Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres.

Kreis der Befragten:	Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten und Unternehmen.
Periodizität:	1975, danach voraussichtlich in etwa fünfjährigen Abständen.
Berichtsweg:	Befragte - Gemeinden - Kreise - StLÄ - StBA.
Rechtsgrundlage:	Entwurf eines Gesetzes über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 (Wohnungszählungsgesetz 1975) - Bundesratsdrucksache 396/74 - liegt vor.
Zuständiges Ressort:	Federführend für das Zählungswerk als Ganzes ist das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für die Arbeitsstättenzählung das Bundesministerium für Wirtschaft.

VI. Unternehmen und Arbeitsstätten

2. Kostenstrukturstatistiken

Allgemeine Bemerkungen:

Kostenstrukturstatistiken werden in der Bundesrepublik nacheinander in vierjährigem Turnus für die Wirtschaftsbereiche

- Produzierendes Gewerbe,
- Verkehrsgewerbe, Freie Berufe und übrige nicht genannte Arbeitsstätten,
- Großhandel (einschließlich Verlagswesen) und Handelsvertreter- sowie Handelsmaklergewerbe,
- Einzelhandel sowie Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

auf der Basis freiwilliger Auskunftserteilung durchgeführt. Folgende Änderungen in Teilbereichen zeichnen sich in den nächsten Jahren ab:

Produzierendes Gewerbe

Im Rahmen der → Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe ist eine jährliche Kostenstrukturstatistik (bisher: vierjähriger Turnus) bei ca. 20 000 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes vorgesehen. Bei Unternehmen mit 100 und mehr Tätigen Personen sollen auch Angaben für fachliche Unternehmensteile erhoben werden. Anstelle der bisher freiwilligen Auskunftserteilung wird eine gesetzliche Auskunftspflicht eingeführt. Die Erhebung soll zentral beim Statistischen Bundesamt durchgeführt werden.

Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Handelsvermittlung

Der Vorentwurf eines Gesetzes über Statistiken im Handel und Gastgewerbe sieht eine zeitliche und zählungstechnische Abstimmung der bestehenden Kostenstrukturstatistiken im Groß- und Einzelhandel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie im Handelsvertreter- und -maklergewerbe mit

den geplanten Erhebungen in diesem Bereich vor. Durch eine Änderung des Gesetzes über Kostenstrukturstatistik vom 12. Mai 1959 (BGBl. I S. 245) sollen zu diesem Zweck Abweichungen von den vierjährigen Erhebungsabständen zugelassen werden.

Im Bereich der Europäischen Gemeinschaften wird die Entwicklung eines ersten Konzeptes für Kostenstrukturstatistiken nach gemeinschaftlichem Schema bis 1975 angestrebt. Zur Gewinnung von Unterlagen wurden vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften 1970 und 1971 vergleichende Untersuchungen über die Kostenstruktur ausgewählter Unternehmensgruppen des Einzelhandels durchgeführt. Weitere Untersuchungen dieser Art sind geplant, können aber - u.a. aus methodischen Gründen und wegen ihrer Beschränkung auf Teilbereiche des Handels - keinesfalls die deutschen Kostenstrukturstatistiken ersetzen.

Verlagswesen

In § 5 des Entwurfs für ein Gesetz über eine Pressestatistik (Bundestagsdrucksache 7/2407) ist vorgesehen, daß die Kostenstrukturstatistik bei den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen in Zukunft in zweijährigem Turnus statt wie bisher in vierjährigen Abständen durchgeführt wird. Dadurch soll erreicht werden, daß die Pressestatistik durch die Ergebnisse der auf freiwilliger Basis erhobenen Kostenstrukturstatistik - insbesondere durch die Angabe der Kosten nach Kostenarten und das daraus errechnete Betriebsergebnis - ergänzt wird.

Rechtsgrund-
lage:

Für die einzelnen Teilbereiche in Vorbereitung bzw. in parlamentarischer Beratung.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Wirtschaft bzw. - für die Pressestatistik-Bundesministerium des Innern.

VI. Unternehmen und Arbeitsstätten

3. Ausbau der Bilanzstatistik

Allgemeine
Bemerkungen:

Der Deutsche Bundestag hat die Entwürfe der Bundesregierung für ein Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und für das Einführungsgesetz zum Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Bundestagsdrucksache 7/253) nach der ersten Lesung am 22. März 1973 an seine Ausschüsse überwiesen. Vor dem Rechtsausschuß hat der Bundesminister der Justiz am 19. Juni 1974 in einer Vorschau auf sein Gesetzgebungsprogramm für die laufende Legislaturperiode die Möglichkeit angedeutet, die Novellierung evtl. noch einmal zurückzustellen und in die nächste Legislaturperiode zu übertragen. Dabei geht er von der Überlegung aus, daß umfangreiche Ausschußberatungen erforderlich sind und zudem ein enger Zusammenhang mit der Reform des gesamten Unternehmensrechts besteht.

Die Bedeutung der Novellierung des GmbH-Gesetzes für die amtliche Statistik liegt darin, daß dieses Projekt neue Möglichkeiten für den von vielen Seiten geforderten Ausbau der Bilanzstatistik durch Auswertung der GmbH-Abschlüsse eröffnet. Dabei könnte die Auswertung der Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften durch das Statistische Bundesamt als Vorbild dienen. Problematisch wäre u.a. die Umstellung der veröffentlichten GmbH-Bilanzen auf ein einheitliches Gliederungsschema für die statistische Auswertung sowie die Bewältigung des außerordentlich großen Arbeitsanfalls.

Angesichts dieser sowie weiterer ungeklärter Fragen hält es das Bundesministerium für Wirtschaft für angebracht, den Ausbau der Bilanzstatistik zunächst zurückzustellen. Die Bedeutung des Projekts - u.a. für die Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistiken - wird hierdurch jedoch nicht berührt.

Im Entwurf für das neue GmbH-Gesetz ist eine fast vollständige Angleichung der Gliederung des Jahresabschlusses für Gesellschaften mit beschränkter Haftung an die Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes vorgesehen. Da die Europäischen Gemeinschaften durch den Vorschlag einer Vierten Richtlinie über den Jahresabschluß von Kapitalgesellschaften vom 10. November 1971 ebenfalls die Koordinierung der einzelstaatlichen Bestimmungen zum Gläubigerschutz sowie die Harmonisierung der Rechnungslegungsvorschriften, Bewertungsmethoden und insbesondere der Publizitätsvorschriften in den Mitgliedstaaten anstreben, sieht die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf von Vorschlägen für die Regelung der Fragen der Offenlegung und Prüfung des Jahresabschlusses ab. Sie unterstellt dabei, daß die Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften ungefähr zum selben Zeitpunkt wie das deutsche GmbH-Gesetz in Kraft treten kann.

Im Richtlinienvorschlag der Europäischen Gemeinschaften sind die Bestimmungen über die Offenlegung des Jahresabschlusses von Gesellschaften mit beschränkter Haftung dreifach nach der Größe der Unternehmen abgestuft. Als Abgrenzungskriterien dienen dabei die Bilanzsumme, der Umsatz und die im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer.

Vor einer evtl. statistischen Aufbereitung der GmbH-Bilanzen wäre in der Bundesrepublik Deutschland u.a. die Frage der gesetzlichen Regelung zu klären. Nach Möglichkeit sollte die Rechtsgrundlage alle Bilanzstatistiken von Kapitalgesellschaften und Eigenbetrieben sowie eine Bestands- und Bewegungsstatistik dieser Unternehmen umfassen.

Tatbestände:

Auswertung der Jahresabschlüsse von Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach wichtigen Bilanzpositionen.

Kreis der Befragten:	Sekundärstatistik aufgrund der Bilanzveröffentlichungen.
Periodizität:	Jährlich.
Berichtsweg:	Noch nicht konkretisiert.
Rechtsgrundlage:	Eine Statistik der GmbH-Bilanzen könnte - analog zur Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften - aufgrund der allgemeinen Bestimmungen in § 2 Ziffer 7 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 durchgeführt werden, was aber erfahrungsgemäß zu Schwierigkeiten bei der Finanzierung führt. Das Statistische Bundesamt würde deshalb bei Einführung einer Statistik der GmbH-Bilanzen die Schaffung einer Rechtsgrundlage befürworten, die auch die Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften einschließt.
Zuständiges Ressort:	Bundesministerium für Wirtschaft.

VII. Produzierendes Gewerbe

1. Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe

(einschl. Zensus im Produzierenden Gewerbe und Handwerkszählung)

Allgemeine
Bemerkungen:

Die Bundesregierung hat der Kabinetttvorlage eines Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe im Umlaufverfahren mit Wirkung vom 4. Oktober 1974 zugestimmt. Mit dem Gesetzentwurf, der inzwischen dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet wurde, soll - unter Berücksichtigung vielfältiger nationaler und internationaler Anforderungen - eine Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe erreicht werden. Im einzelnen ist vorgesehen,

- die Berichterstattung - unter weitgehender Beibehaltung des bisherigen Erhebungssystems - auf das gesamte Produzierende Gewerbe, d.h. den Bergbau, das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung, auszudehnen. Damit wird auch das Produzierende Handwerk in die Erhebungen einbezogen; ferner werden künftig auch für die Energiewirtschaft und Wasserversorgung monatliche Daten anfallen. Außerdem wird die Erfassungs- oder Abschneidegrenze, die sich nach der Zahl der tätigen Personen bei Betrieben und Unternehmen richtet, von Erhebung zu Erhebung und über die Bereiche hinweg weitgehend vereinheitlicht.

Die Umstellung der kurzfristigen Statistiken wird aus konjunkturpolitischen Gründen als besonders dringlich angesehen. Zur Gewährleistung des zeitlichen Reihenvergleichs sind für die Umstellungszeit Doppelaufbereitungen vorgesehen.

- weitgehend einheitliche Regelungen für den gesamten Bereich einzuführen. Unabhängig von der

jeweiligen Erhebungseinheit soll der Berichtskreis im Prinzip auf die Gesamtheit der Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe abgestellt werden. Bei den meisten Statistiken sind einheitliche Abschneidegrenzen (Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen bzw. deren Betriebe) vorgesehen. Kleinere Unternehmen werden bei den Zensen und bei einigen laufenden Statistiken berücksichtigt.

- in stärkerem Maße Daten für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile zu berücksichtigen (u.a. zur Darstellung der Produktionsvorgänge und -ergebnisse nach homogenen Wirtschaftszweigen).
- eine repräsentative Kostenstrukturstatistik (mit Auskunftspflicht) im Rahmen der Jahresstatistiken durchzuführen und sie mit den kurzfristigen Statistiken und den in größeren Abständen durchzuführenden Zensen zu verzahnen.
- die Möglichkeiten der Zusammenführung und Kombination der Ergebnisse der verschiedenen Einzelstatistiken durch ein einheitliches Nummerungssystem und karteimäßige Erfassung der einbezogenen Unternehmen und Betriebe aususchöpfen.

Für die Teilbereiche des Systems sind folgende neue Regelungen vorgesehen:

- Der Monatsbericht wird, unter Einbeziehung des Verarbeitenden Handwerks sowie der Energiewirtschaft und Wasserversorgung, weiterhin bei produzierenden Betrieben mit dem jetzigen Merkmalskatalog durchgeführt. Angaben für fachliche Unternehmensteile, die die Europäischen Gemeinschaften auch kurzfristig verlangen, werden durch zusätzliche Aufbereitung der Angaben für beteiligte Industriezweige gewonnen. Es ist außerdem vorgesehen,

bei den Hauptniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) und des Bergbaus monatlich Angaben über Umsätze, tätige Personen sowie Lohn- und Gehaltssummen für das gesamte Unternehmen einschl. seiner nichtproduzierenden Teile zu erfassen. Durch Zusammenführung dieser Ergebnisse mit den gleichen Merkmalen für Einbetriebsunternehmen soll durch monatliche Kumulierung dieser **Unternehmensergebnisse** schon frühzeitig ein Jahresunternehmensergebnis vorliegen, das die bisherige Jahresunternehmenserhebung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau ersetzt. Um für die Konjunkturbeobachtung weiterhin schnell Informationen bereitstellen zu können, müssen Auftragseingangs-, Auftragsbestands- und Produktionsindizes weiterhin am letzten Werktag des auf den Berichtsmonat folgenden Monats vorliegen. Die Ergebnisse des Monatsberichts müssen als endgültige Ergebnisse 6 Wochen nach Ende des Berichtsmonats dargeboten werden.

- Die Bauberichterstattung soll auf das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe ausgedehnt werden. Außerdem wird der Fertigteilbau einbezogen.
- Die monatliche Auftragseingangsstatistik bleibt auf ausgewählte Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) und auf das Bauhauptgewerbe beschränkt; im Verarbeitenden Gewerbe soll die Erhebung auf das Handwerk ausgedehnt werden.
- Die Auftragsbestandstatistiken in der Industrie (monatlich) und im Bauhauptgewerbe (vierteljährlich) bleiben sachlich unverändert.
- In der vierteljährlichen Produktionsstatistik, die ebenfalls das Produzierende Handwerk und den Fertigteilbau einschließen soll, wird angestrebt (u.a. für die Aufstellung von Input-

Output-Tabellen), in größerem Umfang neben der zum Absatz bestimmten Produktion auch die Gesamtproduktion zu erfassen und - soweit wie möglich - Wertangaben zu ermitteln. Die Planungen zielen darauf ab, die Produktionsangaben jährlich auch in institutioneller Gliederung, d.h. für Unternehmen, nachzuweisen (Sonderaufbereitung).

- Die → repräsentativen Kostenstrukturstatistiken bei Unternehmen der produzierenden Bereiche, die bisher auf freiwilliger Basis in vierjährigen Abständen durchgeführt wurden, sollen in Zukunft jährlich stattfinden und u.a. zur Fortschreibung der Zensusdaten dienen. Zugleich wird die Zahl der einzubeziehenden Unternehmen für das Produzierende Gewerbe auf etwa 20 000 erhöht (Beginn mit etwa 10 000 Unternehmen, bis 1977 stufenweise Erhöhung auf etwa 20 000) und eine gesetzliche Auskunftspflicht eingeführt. Bei Unternehmen mit 100 und mehr tätigen Personen (im Bereich Energiewirtschaft und Wasserversorgung auch darunter) werden auch Angaben für fachliche Unternehmensteile erhoben. Die Kostenstrukturstatistiken werden weiterhin zentral im Statistischen Bundesamt durchgeführt.
- Wegen ihrer Bedeutung für die regionale Wirtschaftspolitik sowie aufgrund der Forderungen der Europäischen Gemeinschaften werden die jährlichen Investitionserhebungen im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und im Bergbau auf sämtliche zum Berichtskreis gehörenden Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen und deren Betriebe ausgedehnt. Bei den Investitionserhebungen im Baugewerbe wird der Merkmalskatalog geringfügig erweitert und für das Ausbaugewerbe die Abschneidegrenze bei Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten gezogen.

- Der jährliche Industriebetrieb für Kleinbetriebe bleibt unter Berücksichtigung der Vereinheitlichung der Abschneidegrenzen in der bisherigen Form bestehen.
- Die jährliche Totalerhebung im Bauhauptgewerbe bleibt bis auf die Einbeziehung des Fertigteilbaus unverändert.

Abgerundet wird das Berichtssystem durch Strukturhebungen in mehrjährigen Abständen, die auch die nicht in die laufende Berichterstattung einzubeziehenden kleineren Einheiten umfassen sollen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um

- den Zensus im Produzierenden Gewerbe, der in vier- bis sechsjährigen Abständen durchgeführt werden und die Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe mit wenigstens 10 tätigen Personen erfassen soll, sofern sie nicht bereits jährlich zu melden haben. Das Frageprogramm des Zensus wird dem Merkmalskatalog entsprechen, wie er in der Richtlinie 72/221 EWG vom 6. Juni 1972 zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über die Tätigkeit der Industrie vorgesehen ist. Durch jährliche Fortschreibung der Zensusdaten werden die Anforderungen aus der EG-Richtlinie erfüllt.
- die Wareneingangserhebung im Produzierenden Gewerbe. Diese Erhebung soll in vier- bis sechsjährigen Abständen gleichzeitig mit dem Zensus bei ca. 30 000 Unternehmen durchgeführt werden.
- eine Handwerkszählung, deren Abgrenzung, Frageprogramm und Termin z.Z. noch nicht konkretisiert sind.

Rechtsgrund-
lage:

Entwurf eines Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe liegt vor und ist dem Bundesrat zugeleitet worden.

Richtlinie 72/211 (EWG) des Rates vom 30. Mai 1972 zur Durchführung koordinierter Konjunkturstatistiken in der Industrie und im warenproduzierenden Handwerk.

Richtlinie 72/221 (EWG) des Rates vom 6. Juni 1972 zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über die Tätigkeit der Industrie.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Wirtschaft.

VII. Produzierendes Gewerbe

2. Umweltstatistiken

Allgemeine Bemerkungen:

Das Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1938), das zu den von der Bundesregierung im Umweltprogramm angekündigten Maßnahmen gehört, schafft die bundesgesetzliche Grundlage für regelmäßige statistische Erhebungen ökologischer, wirtschaftlicher und finanzieller Daten zur quantitativen Beschreibung der Situation der Umwelt, ihrer Belastungen und Entwicklungstendenzen. Zur Wahrnehmung umfangreicher Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes - auch im internationalen Bereich - werden durch das Gesetz bestehende Statistiken erweitert bzw. neue Statistiken eingeführt. Dies bedeutet eine wichtige Ergänzung der bisher von der amtlichen Statistik - primär für andere Zwecke erhobenen - Informationen über umweltrelevante Tatbestände. Da die bereits vorhandenen Daten im allgemeinen nur indirekte Indikatoren über Umweltbelastungen sowie Verursacher und Betroffene darstellen, müssen für Zwecke der Analyse und Prognose u.a. Methoden für Umrechnungen statistischer Angaben über schadensverursachende Vorgänge auf Schäden, die Auswirkungen der Schäden und die von ihnen Betroffenen entwickelt werden.

Durch die im Umweltstatistikgesetz enthaltene Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen kann ggf. von dem vorgesehenen Turnus der Umweltstatistiken abgewichen werden bzw. können Umweltstatistiken, deren Ergebnisse nicht mehr benötigt werden, eingestellt werden.

Nach dem Stand der Vorbereitungen können die Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz planmäßig zu Beginn des Jahres 1975 eingeleitet werden. Dabei wird angestrebt, angesichts des Interesses an aktuellen Zahlenangaben zunächst mit einer Vorwegerfassung ausgewählter Bestandsgrößen

zum Jahresanfang 1975 zu beginnen. Daran soll sich Ende 1975 die Erfassung der übrigen Daten anschließen. Die Auskunftspflichtigen wurden bereits entsprechend informiert.

Tatbestände: Siehe unter a) bis j).

Kreis der Befragten: Siehe unter a) bis j).

Periodizität: Siehe unter a) bis j).

Berichtsweg: Siehe unter a) bis j).

Rechtsgrundlage: Gesetz über Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1938).

Zuständiges Ressort: Bundesministerium des Innern.

Nach dem Gesetz über Umweltstatistiken werden folgende Bundesstatistiken eingeführt bzw. erweitert:

a) Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese neue Statistik erfaßt alle 2 bzw. 4 Jahre (erstmalig für 1975) bei den nach dem Abfallbeseitigungsgesetz vom 7. Juni 1972 (BGBl. I S. 873) zur Beseitigung Verpflichteten und den von diesen Beauftragten wichtige Tatbestände zur öffentlichen Abfallbeseitigung.

Tatbestände:

Alle 2 Jahre:

Zahl der von der öffentlichen Abfallbeseitigung erfaßten Einwohner; Angaben über das erfaßte Gebiet; Einsammeln und Befördern der Abfälle; Art und Menge der Abfälle; Art und Ort der Abfallbeseitigungsanlagen.

Alle 4 Jahre:

Angaben für die Planung von Abfallbeseitigungsanlagen.

Kreis der
Befragten:

Alle nach § 3 des Abfallbeseitigungsgesetzes vom 7. Juni 1972 (BGBl. I S. 873) zur Beseitigung Verpflichteten und die von diesen Beauftragten.

Periodizität:

Alle 2 Jahre bzw. 4 Jahre, jeweils erstmalig für 1975.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

b) Statistik der Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten und Einrichtungen

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese neue Statistik soll in zweijährigen Abständen (erstmalig für 1975) bei höchstens 100 000 Betrieben des Produzierenden Gewerbes, des Handels, des Verkehrs und bei Krankenhäusern, Schlachthöfen und Tierkörperbeseitigungsanstalten durchgeführt werden. Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates den Kreis der Auskunftspflichtigen einzuschränken und die Erhebung auf bestimmte Wirtschaftsbereiche zu beschränken, soweit dies für die Erzielung zuverlässiger Ergebnisse ausreicht.

Tatbestände:

Art, Menge und Beseitigung von Abfällen.

Kreis der
Befragten:

Inhaber oder Leiter der Unternehmen von höchstens 100 000 Betrieben und die von diesen mit der Beseitigung von Abfällen Beauftragten, ferner die Träger der Krankenhäuser, Schlachthöfe und Tierkörperbeseitigungsanstalten.

Periodizität:

Alle 2 Jahre (erstmalig für 1975).

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

c) Statistik der öffentlichen Wasserversorgung
und der öffentlichen Abwasserbeseitigung

Allgemeine
Bemerkungen:

Der Merkmalskatalog dieser Statistik, die bereits mehrfach aufgrund anderer Rechtsgrundlagen stattfand, wird durch das Gesetz über Umweltstatistiken erweitert. Die Statistik soll nunmehr alle 4 Jahre (erstmalig für 1975) bei den Stellen durchgeführt werden, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung betreiben. Durch die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen wird die Möglichkeit geschaffen, den Begriff "Schädlichkeit" näher zu bestimmen sowie bei Bedarf alle 4 Jahre (erstmalig für 1977) Erhebungen über ausgewählte Merkmale bei ausgewählten Auskunftspflichtigen in diesem Bereich anzuordnen.

Tatbestände:

Öffentliche Wasserversorgung

Gewinnung, Bezug und Beschaffenheit von Grund-, Quell- und Oberflächenwasser, getrennt nach Gewinnungsanlagen; Abgabe von Wasser nach Menge und Beschaffenheit; Zahl der versorgten Einwohner.

Öffentliche Abwasserbeseitigung

Menge und Herkunft des Abwassers; Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung; an öffentliche Kanalisation und Kläranlagen angeschlossene und nicht angeschlossene Einwohner; Schädlichkeit des an öffentliche Kanalisation und Kläranlagen angeschlossenen gewerblichen Abwassers einschließlich Schädlichkeit des Abwassers landwirtschaftlicher Betriebe, soweit es nicht durch landwirtschaftliche Verwertung beseitigt wird,

Sammlung und Ableitung des Abwassers; Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes; Einnahmen aus und Ausgaben für Ableitung und Behandlung des Abwassers.

Kreis der
Befragten:

Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Inhaber oder Leiter von Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung betreiben.

Periodizität:

Alle 4 Jahre (erstmalig für 1975 bzw. 1977).

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

d) Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese Statistik, die bereits mehrfach aufgrund anderer Rechtsgrundlagen stattgefunden hat, wird durch das Umweltstatistikgesetz hinsichtlich Merkmalskatalog und Erfassungsbereich erweitert. Einbezogen werden das Produzierende Gewerbe, die Bereiche Handel, Verkehr, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht. Die Statistik soll alle 2 Jahre (erstmalig für 1975) bei höchstens 150 000 Betrieben durchgeführt werden. Die Merkmale werden erhoben bei allen Betrieben von Unternehmen der Wirtschaft mit einem Bezug oder einer Gewinnung von Wasser ab insgesamt 10 000 m³ je Jahr; im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) auch bei Betrieben mit geringerem Bezug oder geringerer Gewinnung.

Tatbestände:

Gewinnung, Bezug, Abgabe, Gebrauch und Verbrauch von Wasser; Kreislaufwasser und Mehrfachnutzung; Menge und Schädlichkeit des Abwassers; Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung; Sammlung und Ableitung des Abwassers; Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes.

Kreis der
Befragten:

Inhaber oder Leiter der Unternehmen von höchstens 150 000 Betrieben mit einem Bezug oder einer Gewinnung von Wasser ab 10 000 m³ je Jahr; im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) außerdem bei Betrieben mit geringerem Bezug oder geringerer Gewinnung.

Periodizität:

Alle 2 Jahre (erstmalig für 1975).

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

e) Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese neue Statistik soll alle 2 Jahre (erst-
mals für 1975) bei den rund 180 betroffenen
Unternehmen durchgeführt werden.

Tatbestände:

Gewinnung und Bezug des Wassers; Kreislauf-
wasser und Mehrfachnutzung; Menge, Rückküh-
lung, Behandlung und Beseitigung des Abwas-
sers, getrennt nach Kühlwasser und sonstigem
Abwasser.

Kreis der
Befragten:

Inhaber oder Leiter von Unternehmen, die Wärme-
kraftwerke für die öffentliche Versorgung be-
treiben.

Periodizität:

Alle 2 Jahre (erstmals für 1975).

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

f) Statistik der Abfallbeseitigung und Abwasser-
beseitigung in der Viehhaltung

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese neue Statistik soll alle 2 Jahre (erst-
mals für 1975) bei Betrieben mit Viehhaltungen
durchgeführt werden, deren Anlagen aufgrund
bestimmter Mindestbestandsgrößen an Tieren
einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissions-
schutzgesetz bedürfen. Durch Rechtsverordnung
können für die statistische Erfassung andere
als die festgelegten Mindestbestandsgrößen
bestimmt bzw. andere Tierarten in die Erhe-
bung einbezogen werden, wenn dies für die Ge-
winnung zuverlässiger Ergebnisse notwendig
ist.

Tatbestände:

Art, Menge und Beseitigung von Abfällen;
Sammlung und Beseitigung des Abwassers.

Kreis der
Befragten:

Inhaber oder Leiter von Betrieben mit Vieh-
haltungen bestimmter Mindestbestandsgrößen
an Legehennen, Mastgeflügel und Schweinen in
Anlagen, die einer Genehmigung nach § 4 in
Verbindung mit § 10 des Bundes-Immissions-
schutzgesetzes bedürfen.

Periodizität:

Alle 2 Jahre (erstmals für 1975).

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

g) Statistik der Unfälle bei der Lagerung wasser-
gefährdender Stoffe

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese neue Statistik soll jährlich (erstmalig für 1975) Angaben im Zusammenhang mit Unfällen bei der Lagerung wassergefährdender Stoffe erfassen.

Tatbestände:

Art des Lagerbehälters; Art und Menge des wassergefährdenden Stoffes; Art, Ort, Zeit, Ursache des Unfalls; Unfallfolgen.

Kreis der
Befragten:

Die nach Landesrecht zuständigen Dienststellen.

Periodizität:

Jährlich (erstmalig für 1975).

Berichtsweg:

Befragte - Landesbehörden bzw. StLÄ - StBA.

h) Statistik der Unfälle beim Transport wasser-
gefährdender Stoffe

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese neue Statistik soll jährlich (erstmalig für 1975) Angaben im Zusammenhang mit Unfällen beim Transport wassergefährdender Stoffe erfassen.

Tatbestände:

Beförderungsmittel; Art und Menge des wassergefährdenden Stoffes; Art, Ort, Zeit, Ursache des Unfalls; Unfallfolgen.

Kreis der
Befragten:

Die nach Landesrecht zuständigen Dienststellen.

Periodizität:

Jährlich (erstmalig für 1975).

Berichtsweg:

Befragte - Landesbehörden bzw. StLÄ - StBA.

i) Statistik der Investitionen für Umweltschutz
im Produzierenden Gewerbe

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese neue Statistik soll jährlich (erstmalig für 1975) bei höchstens 100 000 Betrieben Zugänge an Sachanlagen erfassen, die dem Schutz der Umwelt dienen, sowie die Gebühren und Beiträge, die für den Bau und Betrieb von Umweltschutzanlagen zu zahlen sind. Die Auskünfte sind für Unternehmen und Betriebe (in der Energiewirtschaft für die einzelnen Betriebs-
teile der Unternehmen) einzuholen.

Der Kreis der Auskunftspflichtigen kann durch Rechtsverordnung eingeschränkt werden, soweit dies für die Erzielung zuverlässiger Ergebnisse ausreicht.

Tatbestände:

Zugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen; Gebühren und Beiträge, die für den Bau und Betrieb von Umweltschutzanlagen zu zahlen sind, und zwar jeweils für Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung.

Kreis der
Befragten:

Inhaber oder Leiter von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes.

Periodizität:

Jährlich (erstmalig für 1975).

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

j) Statistik der Investitionen für Umweltschutz
in der Viehhaltung

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese neue Statistik soll jährlich (erstmalig für 1975) bei Betrieben mit Viehhaltungen durchgeführt werden, deren Anlagen aufgrund bestimmter Mindestbestandsgrößen an Tieren einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen. Durch Rechtsverordnung können für die statistische Erfassung andere als die festgelegten Mindestbestandsgrößen bzw. andere Tierarten in die Erhebung einbezogen werden, wenn dies für die Gewinnung zuverlässiger Ergebnisse notwendig ist.

Tatbestände:

Zugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen; Gebühren und Beiträge, die für den Bau und Betrieb von Umweltschutzanlagen zu zahlen sind, und zwar jeweils für Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung Luftreinhaltung.

Kreis der
Befragten:

Inhaber oder Leiter von Betrieben mit Viehhaltungen bestimmter Mindestbestandsgrößen an Legehennen, Mastgeflügel und Schweinen in Anlagen, die einer Genehmigung nach § 4 in Verbindung mit § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bedürfen.

Periodizität:

Jährlich (erstmalig für 1975).

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

VIII. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

1. Reform der Bautätigkeitsstatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Die Bemühungen des Statistischen Bundesamtes zur Neugestaltung der Baustatistik stehen unter dem Leitgedanken, in Übereinstimmung mit internationalen Empfehlungen eine möglichst vollständige Erfassung des Bauvolumens vom Einsatz der Produktionsfaktoren bis hin zum fertigen Bauergebnis zu ermöglichen. Diesem Zweck dienen neben der Weiterentwicklung der Bauberichterstattung im Rahmen der → Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe u.a. die methodischen und technischen Vorarbeiten an der Reform der Bautätigkeitsstatistik, d.h. der Statistiken der Baugenehmigungen, der Baufertigstellungen und des Bauüberhangs. Diese Arbeiten sind beim Statistischen Bundesamt inzwischen zu einem gewissen Abschluß gelangt; als nächster Schritt ist nunmehr eine gesetzliche Regelung anzustreben.

In die Überlegungen einbezogen war auch die Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau (Bewilligungsstatistik). Das neue Konzept für diese Statistik wurde bereits im Jahre 1973 verwirklicht; erste Ergebnisse liegen vor. Durch das in parlamentarischer Beratung befindliche Gesetz zur Förderung von Wohneigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau (Bundestagsdrucksache 7/577) soll die Bewilligungsstatistik unmittelbar im Zweiten Wohnungsbaugesetz verankert werden. Der Umfang der Statistik bleibt hierdurch unberührt.

Im einzelnen zielt die Reform der Bautätigkeitsstatistik darauf ab,

- den Merkmalskatalog, insbesondere im Bereich des Nichtwohnbaus und - wegen der verstärkten staatlichen Aktivität im Infrastrukturbereich -

um Angaben über ausgewählte Infrastrukturbauten zu erweitern. In diesem Zusammenhang wurde u.a. eine Liste von Infrastrukturbauten im Hochbau entwickelt und die Systematik der Bauwerke überarbeitet;

- in verstärktem Maße städtebaulichen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, insbesondere durch Bereitstellung von Daten über die Baustruktur, die Baudichte, die Art und das Maß der baulichen Nutzung in unterschiedlichen Baugebieten. Dabei werden künftig Sanierungsgebiete und städtebauliche Entwicklungsbereiche besonderes Interesse beanspruchen;
- die wachsende Nachfrage nach Regionaldaten der Bautätigkeit (insbesondere nach Angaben über das Bauvolumen, die Gebäudearten und den Bauüberhang) durch eine Gliederung nach administrativen und nichtadministrativen Gebietseinheiten zu befriedigen;
- durch Kombination von Mengen- und Wertgrößen eine Analyse des Bauvolumens und seiner wertbestimmenden Faktoren zu ermöglichen.

Die Überlegungen zur Reform der Bautätigkeitsstatistik haben auch Auswirkungen auf die künftige Gestaltung des Tabellenprogramms, das in ein Monats- und ein Jahresprogramm aufgeteilt wird.

- Im Monatsprogramm sollen kurzfristig verfügbare Informationen, vor allem für Zwecke der Konjunkturbeobachtung sowie zur Berechnung vorläufiger Jahresergebnisse, bereitgestellt werden.
- Das Jahresprogramm wird in erster Linie für Strukturuntersuchungen konzipiert. Es gliedert sich in einen "Allgemeinen Teil" und einen "Städtebauteil", aus dem einige Tabellen ggf. nur in mehrjährigen Abständen und kumuliert anfallen werden.

Durch Abstimmung und Verzahnung der Bautätigkeitsstatistik mit der Bauberichterstattung sollen u.a. kombinierende Analysen und Auswertungen ermöglicht werden.

Tatbestände:

Monatsprogramm

Genehmigte und fertiggestellte Wohn- und Nichtwohnbauten nach Gebäudearten (im Nichtwohnbau: darunter ausgewählte Infrastrukturgebäude), Bauherren, voraussichtlicher Fertigstellung (nur bei Baugenehmigungen) und Rauminhalt, Geschoß-, Wohn- und Nutzfläche, Raumzahl der Wohneinheiten; veranschlagte Kosten; gesonderter Nachweis des Fertigteilbaus (bei Baugenehmigungen).

Jahresprogramm

Allgemeiner Teil

Genehmigte Wohn-/Nichtwohnbauten (getrennt nach konventionellen und Fertigteilbauten; im Nichtwohnbau: darunter ausgewählte Infrastrukturgebäude) und Gesamtbauvorhaben nach Gebäudearten, Bauherren, Rauminhalt, Geschoß-, Wohn- und Nutzfläche, Raumzahl der Wohneinheiten; veranschlagte Gesamtkosten nach ihrer Zusammensetzung, Finanzierung der Gesamtkosten durch Fremd- und Eigenmittel.

Bauüberhang nach Bauherren, Genehmigungszeitraum und Bauzustand.

Fertiggestellte Wohn-/Nichtwohngebäude, darunter Fertigteilbauten, nach Gebäudearten (im Nichtwohnbau: darunter ausgewählte Infrastrukturgebäude), Art der Konstruktion, Bauherren sowie Rauminhalt, Geschoß-, Wohn- und Nutzfläche, Raumzahl und Ausstattung der Wohneinheiten; veranschlagte Gesamtkosten und Kosten des Bauwerks; Unterkellerung und Geschoßzahl, Art der Beheizung und Klimaanlage, Abwasseranschlüsse; durchschnitt-

liche Abwicklungsdauer der fertiggestellten Gebäude nach Gebäudearten (darunter ausgewählte Infrastrukturgebäude) und Bauherren, getrennt nach konventionellen und Fertigteilbauten.

Abgang an Gebäuden, Wohneinheiten und Wohnräumen.

Städtebauteil

Fertiggestellte Wohn- und Nichtwohngebäude (darunter ausgewählte Infrastrukturgebäude) nach Lagekriterien des Bundesbaugesetzes, Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen, Bauherren, Nutzungskategorien der Baunutzungsverordnung, Gebäudearten und Baugebieten gemäß Baunutzungsverordnung, Haustypen, Grund- und Geschößflächenzahl, Grundstückskosten (je qm) und Maß der baulichen Nutzung.

Abgang an Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Ursache, Lage, Baualter, Eigentümer und Gebäudeart.

Kreis der Befragten:

Bauaufsichtsämter.

Periodizität:

Monatlich.

Berichtsweg:

Bauaufsichtsämter - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage:

Vorentwurf des Statistischen Bundesamtes für ein "2. Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Bestandes an Gebäuden mit Wohnraum (2. BauStatG)", Stand 14. August 1972, liegt dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vor.

Zuständiges Ressort:

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

VIII. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

2. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstätten- zählung 1975

Allgemeine Bemerkungen:

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zu dem Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 (Wohnungszählungsgesetz 1975) - Bundesratsdrucksache 396/74 - am 12. Juli 1974, z.T. abweichend von den Anträgen seiner Ausschüsse, der Durchführung einer Gebäude- und Wohnungszählung sowie einer —→ Arbeitsstättenzählung im Jahre 1975 grundsätzlich zugestimmt. Neben einigen Erweiterungen im gebäude- und wohnungsstatistischen Teil schlägt der Bundesrat insbesondere Kürzungen des bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Merkmalskataloges vor und regt an, einige Fragen aus diesem Bereich erst im Rahmen der nächsten Volkszählung 1981 zu stellen (vgl. hierzu I 2).

Der Bundesrat trägt damit u.a. dem in den letzten Jahren stark gestiegenen Bedarf der Bundesresorts an Strukturdaten in kleinräumlicher Gliederung sowie den vielfältigen Anforderungen der Länder und Gemeinden - u.a. auf dem Gebiet der räumlich orientierten Fachplanungen - Rechnung. Angesichts dieser Anforderungen hatte das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau schon frühzeitig neben den traditionellen Angaben über Wohnungen und Arbeitsstätten auch Informationen über die bebauten Grundstücke sowie einige ergänzende bevölkerungs- und erwerbsstatistische Grunddaten und Angaben über Pendler gefordert. Die Ministerkonferenz für Raumordnung unterstützte in ihrer Entschliebung zur Verbesserung der regionalstatistischen Informationen vom 16. April 1970 diesen Vorschlag und regte an, Wohnungszählungen künftig in der zeitlichen Mitte zwischen den in zehnjährigen Abständen stattfindenden Volkszählungen durchzuführen.

Gebäude- und Wohnungszählung

Kernstück der Zählung 1975 wird die Gebäude- und Wohnungszählung sein, mit der zugleich alle bebauten Grundstücke erfaßt werden sollen. Damit wird der bisherige fünf- bis siebenjährige Turnus der - letztmals 1968 durchgeführten - Wohnungszählung beibehalten.

Die Zählung soll u.a. statistische Grunddaten für aktuelle Fragestellungen (z.B. Feststellung des sanierungsbedürftigen Wohnungsbestandes, spezielle Untersuchungen über Eigentums- und Zweitwohnungen, Sonderuntersuchungen über die Wohnverhältnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen) bereitstellen. Ferner soll sie - u.a. zur Gewinnung eines Überblicks über den Stand des Wohnungsbedarfs - Angaben in kleinräumlicher Gliederung, vor allem für Zwecke der Städteplanung, liefern. Wegen der vielfältigen Schwierigkeiten bei der Abgrenzung von bebauten Grundstücken sollen diese in der Zählung als Flächen definiert werden, die nach Straße/Hausnummer lokalisierbaren Gebäuden zuzuordnen sind.

In seiner Stellungnahme hat der Bundesrat empfohlen,

- auf die im Regierungsentwurf vorgesehene Frage nach dem Bestehen eines Erbbaurechts zu verzichten,
- eine Frage nach der Zahl der vorhandenen Luftschutzräume aufzunehmen.

Wichtige Aufschlüsse für die Durchführung der Zählung erbrachte die Auswertung der ersten Probezählung vom Mai 1974; eine zweite Probezählung folgt im November 1974.

Tatbestände:

Grundstücke:

Örtliche Lage (Straße/Hausnummer oder Gemarkung, Flur, Flurstück), Fläche, überbaute Fläche und deren Nutzung, Anschluß an Kanalisation für Ab-

wässer und Fäkalien, Kraftfahrzeug-Abstellplätze; auf dem Grundstück befindliche Gebäude nach Arten.

Gebäude:

Art des Gebäudes, Eigentumsverhältnisse (darunter Eigentumswohnungen bzw. Teileigentum), Eigentümergruppen, soziale Stellung und Staatsangehörigkeit der Eigentümer; überbaute Fläche, Nutzfläche für Nichtwohnzwecke, Geschoßzahl, Verbindung mit landwirtschaftlichem Betrieb, Baujahr, Beheizungsart, Modernisierung bzw. Instandsetzung, öffentliche Förderung, Zahl der Luftschutzräume.

Wohnungen:

Eigentums- und Mietverhältnisse, Nutzung (Hauptwohnung, Zweitwohnung oder Ferienwohnung), Lage der Wohnung im Gebäude, Bezugsjahr, Fläche und Raumzahl, Ausstattung (Küche, Bad, WC, Beheizung), Monatsmiete, leerstehende Wohnungen.

Kreis der Befragten:

Grundstücks- und Gebäudeeigentümer (Kaufanwärter), Wohnungsinhaber, Haushaltsvorstände.

Periodizität:

1975, danach voraussichtlich in etwa 10jährigen Abständen.

Berichtsweg:

Befragte - Gemeinden - Kreise - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage:

Entwurf eines Gesetzes über die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 (Wohnungszählungsgesetz 1975) - Bundesratsdrucksache 396/74 - und Stellungnahme des Bundesrates vom 12. Juli 1974 - Bundesratsdrucksache 396/74 (Beschluß) - liegen vor.

Zuständiges Ressort:

Federführend für das Zählungswerk als Ganzes ist das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, für die Arbeitsstättenzählung das Bundesministerium für Wirtschaft.

VIII. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

3. 1 %-Wohnungsstichprobe

Allgemeine
Bemerkungen:

1 %-Wohnungsstichproben stellen eine wichtige Ergänzung der nur in größeren Zeitabständen stattfindenden Gebäude- und Wohnungszählungen dar. Seit 1957 werden diese Stichprobenerhebungen in mehrjährigen Intervallen durchgeführt, um für die Zeit zwischen den Zählungen aktuelle wohnungsstatistische Daten in der notwendigen Tiefengliederung bereitstellen zu können. Darüber hinaus können auf diesem Wege auch solche Tatbestände und Sachverhalte erfaßt werden, die bei Totalzählungen aus sachlichen und finanziellen Gründen nicht zu ermitteln sind. So umfaßte die letzte 1 %-Wohnungsstichprobe im Jahr 1972 - über das gegenüber früheren Erhebungen nahezu unveränderte gebäude- und wohnungsstatistische Grundprogramm hinaus - bei Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern erstmals auch ein städtebauliches Programm zur Ermittlung repräsentativer Daten über die Lage des Gebäudes, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke, deren städtebauliche Gegebenheiten (Lage und Zuordnung von Baugebieten, Zuordnung zu Arbeitsstätten und Einrichtungen des Gemeinbedarfs) sowie die Umweltbelastungen.

Die nächste Wohnungsstichprobe ist für das Jahr 1977 vorgesehen. Der Termin muß allerdings noch mit dem der allgemeinen Gebäude- und Wohnungszählung (vgl. VIII.2) abgestimmt werden. Die Schwerpunkte des Frageprogramms für die Wohnungsstichprobe sind noch nicht konkretisiert.

Tatbestände:

Noch nicht konkretisiert.

Kreis der
Befragten:

Haushalte in Wohnungen.

Periodizität: Unregelmäßig; nächste Erhebung voraussichtlich 1977. Der Termin muß allerdings noch mit dem der allgemeinen Gebäude- und Wohnungszählung (vgl. VIII. 2) abgestimmt werden.

Berichtsweg: Befragte (Befragung durch Interviewer) - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage: Gesetz erforderlich.

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

IX. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr
sowie Dienstleistungen

1. Weiterentwicklung der Binnenhandels- und Gast-
gewerbestatistik

Allgemeine
Bemerkungen:

Die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Binnenhandels- und Gastgewerbestatistik haben inzwischen zum Vorentwurf eines Gesetzes über Statistiken im Handel und Gastgewerbe geführt. Das darin entwickelte Konzept für ein Gesamtsystem von Statistiken in den Bereichen Groß- und Einzelhandel, Handelsvermittlung und Gastgewerbe sieht folgende Erhebungen vor:

- eine monatliche Statistik im Groß- und Einzelhandel sowie im Gastgewerbe,
- eine jährliche Statistik im Groß- und Einzelhandel, in der Handelsvermittlung und im Gastgewerbe,
- eine Ergänzungserhebung zur jährlichen Statistik im Groß- und Einzelhandel sowie im Gastgewerbe im Abstand von vier bis sechs Jahren,
- eine Kombinationsstatistik, die sich aus den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik und der jährlichen Statistik im Einzelhandel zusammensetzt, im Abstand von zwei Jahren,
- eine Handels- und Gaststättenzählung im Abstand von vier bis sechs Jahren.

Im Gesetzentwurf wird ferner eine Verzahnung mit den vierjährigen → Kostenstrukturstatistiken im Groß- und Einzelhandel, Handelsvertreter- und Handelsmaklergewerbe sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe herbeigeführt. Durch eine Änderung des Gesetzes über Kostenstrukturstatistik sollen - zur zeitlichen und zählungstechnischen Abstimmung mit der Handels- und Gaststättenzählung und der Ergänzungserhebung zur jährlichen Statistik im Groß- und Einzelhandel sowie im Gastgewerbe - Abweichungen vom üblichen Er-

hebungsturnus der Kostenstrukturerhebungen zugelassen werden.

Tatbestände: Siehe unter a) bis e).

Kreis der Befragten: Siehe unter a) bis e).

Periodizität: Siehe unter a) bis e).

Berichtsweg: Siehe unter a) bis e).

Rechtsgrundlage: Vorentwurf eines Gesetzes über Statistiken im Handel und Gastgewerbe (HGStatG) liegt vor.

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft.

a) Monatliche Berichterstattung

Allgemeine
Bemerkungen:

Der Vorentwurf des Gesetzes über Statistiken im Handel und Gastgewerbe sieht eine Weiterführung der bisherigen monatlichen Erhebungen im Groß- und Einzelhandel sowie im Gastgewerbe vor.

Tatbestände:

Bei Unternehmen und Arbeitsstätten im Groß- und Einzelhandel sowie im Gastgewerbe: Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Umsatz.

Kreis der
Befragten:

Höchstzahlen der Unternehmen: im Großhandel 20 000, im Einzelhandel 45 000 und im Gastgewerbe 15 000.

Periodizität:

Monatlich.

Berichtsweg:

Großhandel: Befragte - StBA,
Einzelhandel und Gastgewerbe: Befragte -
StLÄ - StBA.

b) Jahresstatistiken

Allgemeine
Bemerkungen:

Kernstück des künftigen Gesamtsystems der Binnenhandels- und Gastgewerbestatistik werden die repräsentativen Jahresherhebungen im Großhandel, in der Handelsvermittlung, im Einzelhandel und im Gastgewerbe sein. Die erhobenen Tatbestände sollen jährlich einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Bereichen vermitteln. Zugleich soll dadurch eine Entlastung der Handels- und Gaststättenzählungen erreicht werden.

Tatbestände:

Bei Unternehmen:

Tätige Personen; Wareneingang einschließlich der Aufwendungen für an andere Unternehmen vergebene Lohnarbeiten; Material- und Warenbestände am Anfang und Ende des Kalender- oder Geschäftsjahres; Investitionen; Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter; Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern; Lohn- und Gehaltsummen; Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten; außerdem im Groß- und Einzelhandel Umsatz nach Warengruppen und Absatzformen; im Gastgewerbe Umsatz nach Umsatzarten; im Großhandel und in der Handelsvermittlung Gesamtwert des gegen Provision vermittelten Warenumsatzes (in der Handelsvermittlung auch nach Warengruppen);

bei Arbeitsstätten von Unternehmen des Groß- und Einzelhandels sowie des Gastgewerbes:

Tätige Personen, Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten.

Kreis der
Befragten:

Höchstzahlen der Unternehmen: Im Großhandel 20 000, im Einzelhandel 45 000, im Gastgewerbe 15 000 und in der Handelsvermittlung 15 000.

Periodizität: Jährlich.

Berichtsweg: Großhandel und Handelsvermittlung: Befragte -
StBA,
Einzelhandel und Gastgewerbe: Befragte -
StLÄ - StBA.

c) Ergänzungserhebung

Allgemeine
Bemerkungen:

Im Abstand von vier bis sechs Jahren soll eine Ergänzungserhebung bei Unternehmen des Groß- und Einzelhandels sowie des Gastgewerbes wichtige Strukturdaten für diesen Bereich erbringen. Eine Abstimmung dieser Erhebung mit den bestehenden —→ Kostenstrukturstatistiken wird durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Gesetz über Kostenstrukturstatistik vom 12. Mai 1959 (BGBl. I S. 245) angestrebt.

Tatbestände:

Zusammensetzung des Warensortiments; außerdem im Groß- und Einzelhandel Inlandsbezüge nach Lieferantengruppen und im Großhandel Inlandsumsatz nach Abnehmergruppen.

Kreis der
Befragten:

Höchstzahlen der Unternehmen: Im Großhandel 20 000, im Einzelhandel 45 000 und im Gastgewerbe 15 000.

Periodizität:

Erhebung im Abstand von vier bis sechs Jahren.

Berichtsweg:

Großhandel: Befragte - StBA;
Einzelhandel und Gastgewerbe: Befragte - StLÄ - StBA.

d) Kombinationsstatistik

Allgemeine
Bemerkungen:

Diese Statistik soll in zweijährigen Abständen (entsprechend dem Rhythmus der Umsatzsteuerstatistik) regional tief gegliederte Angaben über die Zahl und den Umsatz aller Arbeitsstätten der Einzelhandelsunternehmen, die ggf. über den Rahmen der jährlichen Statistik im Einzelhandel hinaus zusätzlich ermittelt werden müssen, mit aggregierten Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik kombinieren. Zu den in der Umsatzsteuerstatistik z.B. für die Einzelhandelsunternehmen mit Jahresumsätzen unter 1 Mill. DM ermittelten Umsätzen werden - je Verwaltungsbezirk und Geschäftszweig - die im Rahmen der jährlichen Statistik im Einzelhandel gesondert zu erfassenden Umsätze aller örtlichen Einheiten von Mehrbetriebsunternehmen und die Umsätze solcher Einbetriebsunternehmen addiert, deren Jahresumsätze 1 Mill. DM und mehr betragen. Dabei wird davon ausgegangen, daß es sich bei den Einzelhandelsunternehmen mit Jahresumsätzen unter 1 Mill. DM in der Regel um Einbetriebsunternehmen (Unternehmen ohne Zweigniederlassungen) handelt.

Es soll außerdem versucht werden, Schätzmethoden zu entwickeln, die eine Fortschreibung der Ergebnisse für jene Jahre gestatten, in denen keine Umsatzsteuerstatistiken erhoben werden.

Tatbestände:

Umsätze, Arbeitsstätten.

Kreis der
Befragten:

Die Angaben für Unternehmen (Arbeitsstätten) unter 1 Mill. DM Jahresumsatz werden ohne Befragung aus der Umsatzsteuerstatistik (aggregiert) ermittelt; die Angaben für Arbeitsstätten von Unternehmen des Einzelhandels mit Jahresumsätzen von 1 Mill. DM und mehr werden aus der jährlichen Statistik im Einzelhandel gewonnen.

Periodizität: Zweijährlich (Einjahresrhythmus auf der Basis von Schätzungen wird angestrebt).

Berichtsweg: Für die Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik:
Finanzämter - StLÄ - StBA.

Für die jährliche Statistik im Einzelhandel
(primärstatistischer Teil): Befragte - StLÄ -
StBA.

e) Handels- und Gaststättenzählungen

Allgemeine
Bemerkungen:

Für Handels- und Gaststättenzählungen wird durch den Vorentwurf eines Gesetzes über Statistiken im Handel und Gastgewerbe künftig ein vier- bis sechsjähriger Turnus vorgesehen. Als totale Bestandsaufnahmen sollen sich diese Erhebungen auf wenige wichtige Merkmalsgruppen beschränken.

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften arbeitet z.Z. - ausgehend von seinem Programm für eine Strukturerhebung im Handel und im Gastgewerbe aus dem Jahre 1967 - ebenfalls an einem vereinfachten Programm für einen Handelszensus. Die Terminvorstellungen sind allerdings noch nicht hinreichend konkretisiert.

Tatbestände:

Bei Unternehmen: Tätige Personen, Unternehmensform, Beteiligungsverhältnisse, Bindungen beim Bezug oder Absatz von Waren, Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten; außerdem im Groß- und Einzelhandel Umsatz nach Warengruppen; im Großhandel und in der Handelsvermittlung Gesamtwert des gegen Provision vermittelten Warenumsatzes (in der Handelsvermittlung auch nach Warengruppen);

Bei Arbeitsstätten: Tätige Personen, Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten, städtebauliche Lage, Vorhandensein von Verkehrseinrichtungen, Betriebsform; außerdem im Groß- und Einzelhandel Bedienungsform und Umsatz nach Warengruppen, im Einzelhandel Geschäfts- und Verkaufsfläche, im Gastgewerbe Fremdenzimmer und -betten, Ferienhäuser, -wohnungen und Hütten.

Kreis der
Befragten:

Alle Unternehmen des Groß- und Einzelhandels, der Handelsvermittlung und des Gastgewerbes; auch für ihre Arbeitsstätten.

Periodizität: Alle 4 bis 6 Jahre; nächste Zählung frühestens
1978 für 1977.

Berichtsweg: Befragte - StLÄ - StBA.

IX. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr
sowie Dienstleistungen

2. Ausbau der Fremdenverkehrs- und Beherbergungs-
statistiken zu Reiseverkehrsstatistiken

Allgemeine
Bemerkungen:

Die Arbeiten an der Entwicklung eines Gesamtkonzepts der Reiseverkehrsstatistiken zielen auf eine Koordinierung

- a) der Beherbergungsstatistik (Statistik der Übernachtungen in Beherbergungsstätten) einschließlich der Kapazitätserhebung sowie der Gastgewerbestatistik,
- b) der Handels- und Gaststättenzählung (mit Nachweis der Kapazitäten des Beherbergungsgewerbes) sowie
- c) der Haushaltsbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen (ggf. einschließlich Kurzreisen).

Durch Kombination von Daten aus den einzelnen Erhebungen - ergänzt um Merkmale aus anderen Statistiken - soll der Überblick über Umfang und Struktur des Reiseverkehrs und seine Veränderungen verbessert werden. Zugleich zeichnen sich damit neue Möglichkeiten für ergänzende Schätzungen in diesem Bereich ab.

Tatbestände:

Siehe unter a) bis c).

Kreis der
Befragten:

Siehe unter a) bis c).

Periodizität:

Siehe unter a) bis c).

Berichtsweg:

Siehe unter a) bis c).

Rechtsgrund-
lage:

Zu a) und b):

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der
Binnenhandelsstatistik muß das

Gesetz über die Durchführung laufender Stati-
stiken im Handel sowie über die Statistik des
Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vom
12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6)

geändert werden. Nachdem zunächst die Schaffung
einer gemeinsamen Rechtsgrundlage für die Stati-
stiken des Binnenhandels (laufende Statistiken
des Handels und Gastgewerbes sowie Handels- und
Gaststättenzählungen) und die Reiseverkehrsstati-
stiken zur Diskussion stand, ist nunmehr eine
spezielle gesetzliche Regelung für die Statistik
des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten vor-
gesehen.

Zu c):

Die Statistik der Urlaubs- und Erholungsreisen
wurde bisher als Zusatzerhebung im Rahmen des Mi-
krozensus - zuletzt gemäß der 4. Verordnung über
Zusatzprogramme zum Mikrozensus vom 22. Dezember
1971 (BGBl. I S. 2158) - in unregelmäßigen Zeit-
abständen durchgeführt. Gemäß dem Entwurf des
Gesetzes über die Durchführung einer Repräsen-
tativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbs-
lebens (Mikrozensus) - Bundesratsdrucksache
549/74 - ist künftig eine jährliche Durchführung
der Erhebung über Urlaubs- und Erholungsreisen
im Rahmen des Grundprogramms des Mikrozensus vor-
gesehen. Der Bundesrat hat in seiner Stellung-
nahme vom 18. Oktober 1974 hiergegen Einwendun-
gen erhoben.

Zuständiges
Ressort:

Zu a) und b):

Bundesministerium für Wirtschaft

Zu c):

Bundesministerium des Innern

a) Beherbergungsstatistik

Allgemeine
Bemerkungen:

Gegenüber dem bisherigen Konzept der Beherbergungsstatistik - einer monatlichen Erhebung der Fremdenübernachtungen und jährlichen Feststellung der Kapazitäten der Beherbergungsstätten in maximal 3 000 Berichtsgemeinden - sehen die Überlegungen zur Neugestaltung u.a. die Erfassung der Beherbergungsstätten in sämtlichen Gemeinden, eine Erweiterung des Merkmalskatalogs der Kapazitätserhebung und die zusätzliche Erfassung fremdenverkehrsrelevanter Infrastruktureinrichtungen der Gemeinden vor. Die Realisierung dieses Konzepts soll in drei Phasen erfolgen:

- Reorganisation der Statistik der Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsstätten, wobei auch Kapazitätsmerkmale erfaßt werden sollen;
- Ausbau der Kapazitätserhebung, die aus Kostengründen nur noch in mehrjährigen Abständen stattfinden soll;
- Erfassung der fremdenverkehrsrelevanten Infrastruktureinrichtungen (Frei-, Hallenbäder, Sportanlagen u.ä.) bei ausgewählten Gemeinden in mehrjährigen Abständen.

Dabei wird angestrebt,

- Betriebsmeldungen nur noch für Beherbergungsstätten mit einer Kapazität von mehr als 8 Betten anzufordern. Für Beherbergungsstätten mit geringeren Bettenzahlen soll eine gemeindliche Sammelmeldung erstellt werden.
- die Gemeinden gesetzlich zur Durchführung der Erhebung bei den Berichtspflichtigen in ihrem Bereich und zur Auskunftserteilung über reiseverkehrsrelevante Infrastruktureinrichtungen zu verpflichten.

- den Kreis der Berichtspflichtigen in den Gemeinden eindeutig abzugrenzen. Einbezogen werden sollen alle organisierten Beherbergungsstätten sowie die nichtorganisierten Beherbergungsstätten (Privatquartiere, Ferienwohnungen u.ä.), für die Entgeltpflicht besteht. Schwierigkeiten bereitet insbesondere noch die Behandlung von Grenzfällen (bestimmte Krankenanstalten u.ä.).
- einige Erweiterungen im Merkmalskatalog einzuführen. Als wichtige Neuerung ist vorgesehen, zur Berechnung von Auslastungsgraden die Kapazität der Beherbergungsstätten (Betten) in kürzeren Zeitabständen - voraussichtlich monatlich - zu erfassen. Außerdem ist geplant, in der in mehrjährigen Abständen durchzuführenden Kapazitätserhebung Merkmale zur Kennzeichnung der qualitativen Ausstattung von Beherbergungsbetrieben (Ausstattungsklassen und normierte Preisklassen der Zimmer) aufzunehmen.

Tatbestände:

Zimmer und Betten;
Ankünfte, Übernachtungen nach Herkunftsländern, Ausnutzung der Betten nach Gemeindegruppen und Betriebsarten, Aufenthaltsdauer, Ausstattungsklassen, Preisklassen.

Kreis der Befragten:

Beherbergungsstätten in allen Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland.

Periodizität:

Ab 1977 monatlich, einzelne Merkmale ggf. halbjährlich, jährlich oder in längeren Zeitabständen.

Berichtsweg:

Befragte - Gemeinden - StLÄ - StBA.

Für die reiseverkehrsrelevante Infrastruktur der Gemeinden: Gemeinden - StLÄ - StBA.

b) Handels- und Gaststättenzählung

(vgl. auch → Weiterentwicklung der Binnenhandels- und Gastgewerbestatistik IX.1).

Allgemeine
Bemerkungen:

Nach dem Vorentwurf eines Gesetzes über Statistiken im Handel und Gastgewerbe soll die Handels- und Gaststättenzählung als Strukturzählung auch künftig wichtige Angaben - u.a. über Kapazitäten und Ausstattung der Unternehmen des Gastgewerbes - erbringen.

Tatbestände:

Strukturdaten (z.B. für Unternehmen und Arbeitsstätten Tätige Personen und Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten) sowie Kapazitäts- und Ausstattungsdaten (z.B. Zimmer, Betten), Ferienhäuser, Ferienwohnungen und Hütten.

Kreis der
Befragten:

Alle Unternehmen des Gastgewerbes sowie alle Arbeitsstätten des Gastgewerbes (von Unternehmen des Groß-, Einzelhandels und Gastgewerbes).

Periodizität:

Vier- bis sechsjährlich; nächste Erhebung frühestens für 1977.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

c) Haushaltsbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen

(vgl. auch → Weiterentwicklung des Mikrozensus I.3 und IV.3).

Allgemeine
Bemerkungen:

Nach dem Entwurf eines Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) - Bundesratsdrucksache 549/74 - ist vorgesehen, die bisher im Rahmen der Mikrozensus-Zusatzerhebungen in unregelmäßigen Abständen durchgeführten Haushaltsbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen in das Mikrozensus-Grundprogramm zu übernehmen. Die Erhebungen sollen künftig jährlich - im Abstand von drei Jahren mit einem Auswahlatz von 0,5 % und in den dazwischen liegenden Jahren mit einem Erhebungssatz von 0,1 % - durchgeführt werden. Mit den 0,1 %-Erhebungen wird eine kontinuierliche Beobachtung des Reiseverkehrs für das gesamte Bundesgebiet gewährleistet. Die 0,5 %-Erhebungen sollen auch Ergebnisse für Bundesländer liefern.

Der Bundesrat hat sich am 18. Oktober 1974 u.a. für die Streichung der Fragen über Urlaubs- und Erholungsreisen aus dem Merkmalskatalog ausgesprochen.

Tatbestände:

Noch nicht konkretisiert; bisher:

Art (Pauschalreise/Kur/Verwandtenbesuch/Individualreise), Ziel (Land bzw. für Reisen in der Bundesrepublik Reisegebiet), Termin und Dauer von Urlaubs- und Erholungsreisen, teilnehmende Haushaltsmitglieder, Reisestrecke (in km), überwiegend benutztes Verkehrsmittel, Unterkunftsart, Ausgaben für die Reise.

Kreis der
Befragten:

Stichprobenauswahl von Haushaltsvorständen und volljährigen Mitgliedern der Haushalte.

Periodizität: Nach dem Entwurf eines Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) - Bundesratsdrucksache 549/74 - sind jährliche Erhebungen vorgesehen.

Berichtsweg: Befragte (durch Interviewer) - StLÄ - StBA.

IX. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr sowie Dienstleistungen

3. Pressestatistik

Allgemeine
Bemerkungen:

Der Bundesrat hat am 12. Juli 1974 beschlossen, gegen den Entwurf eines Gesetzes über eine Pressestatistik (Bundesratsdrucksache 482/74) keine Einwendungen zu erheben.

Mit der Vorlage dieses Gesetzentwurfes (Bundestagsdrucksache 7/2407), der am 18. Oktober 1974 vom Bundestag in erster Lesung behandelt wurde, verfolgt die Bundesregierung das Ziel, Entwicklungen, die die Pressefreiheit und die Meinungsvielfalt bedrohen, rechtzeitig zu erkennen. Damit wird eine Lücke im statistischen System geschlossen, die sich bei Untersuchungen in diesem Bereich mehrfach störend bemerkbar gemacht hat (vgl. hierzu zuletzt Abschnitt B des Berichts der Bundesregierung über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Mai 1974 - Bundestagsdrucksache 7/2104).

Das Gesetz bezieht sich auf Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und verpflichtet sie im Rahmen einer jährlichen Bundesstatistik zu Auskünften über wirtschaftliche und pressespezifische Daten. Von besonderer Bedeutung sind hierbei Angaben zur Markt-, Auflagen- und Umsatzentwicklung, die Einblick in die Struktur und die wirtschaftliche Situation der Unternehmen gewähren. Wegen der verhältnismäßig kleinen Zahl der betroffenen Verlage soll die Pressestatistik vom Statistischen Bundesamt zentral erhoben und aufbereitet werden.

Eine wichtige Ergänzung der Pressestatistik wird durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Abstimmung mit der → Kostenstrukturstatistik erreicht (Verkürzung der Periodizität der Kostenstrukturstatistik bei Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen von bisher vier auf zwei Jahre).

Tatbestände:	Art und Rechtsform des Unternehmens; tätige Personen und sonstige Mitarbeiter, wie freiberufliche Journalisten, Zeitungszusteller; Umsatz nach Umsatzarten; ausgewählte Kosten, wie Löhne und Gehälter, Honorare, Kosten der Herstellung und des Vertriebs; Name, Zahl der Ausgaben, Format und Erscheinungsweise der in eigener sowie der in fremder Druckerei hergestellten Zeitungen oder Zeitschriften; Angaben über die Herstellung und den Bezug des Text- und Anzeigenteils; Anschluß an eine Redaktions-, Anzeigen- oder Vertriebsgemeinschaft; Seitenzahl pro Jahresstück nach Text- und Anzeigenseiten; Verkaufsauflage insgesamt und nach Gebietskörperschaften sowie Art des Vertriebs; Bezugs- und Anzeigenpreise.
Kreis der Befragten:	Inhaber und Leiter von Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.
Periodizität:	Jährlich.
Berichtsweg:	Befragte - StBA.
Rechtsgrundlage:	Entwurf eines Gesetzes über eine Pressestatistik (Bundestagsdrucksache 7/2407) liegt vor.
Zuständiges Ressort:	Bundesministerium des Innern.

IX. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr
sowie Dienstleistungen

4. Statistische Erhebungen im Bereich der Film-
wirtschaft

Allgemeine
Bemerkungen:

Gemäß § 20 der Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz - FFG) vom 6. Mai 1974 - BGBl. I S. 1047 - hat das Statistische Bundesamt jährlich - erstmalig für das Berichtsjahr 1973 - statistische Erhebungen bei Unternehmen der Filmwirtschaft zentral als Bundesstatistik durchzuführen. Die notwendigen Vorbereitungen (Entwurf des Fragebogens und Tabellenprogramms) sind getroffen worden, so daß die erste Erhebung zum Jahresende 1974 stattfinden kann.

Die Statistik soll wichtige Tatbestände bei Unternehmen ermitteln, die Filme herstellen, verleihen, vertreiben oder vorführen oder die filmtechnische Leistungen erbringen. Der Bundesminister für Wirtschaft wird durch das Gesetz ermächtigt, durch Rechtsverordnung Berichtszeiträume zu verlängern und Meldungen auszusetzen.

Tatbestände:

Rechtsform des Unternehmens, Beschäftigte, Sachanlagen und Verwertungsrechte, Produktion oder Leistung, Umsatz nach Waren- und Leistungsgruppen, Kosten nach Kostenarten.

Kreis der
Befragten:

Inhaber und Leiter von Unternehmen, die Filme herstellen, verleihen, vertreiben oder vorführen oder die filmtechnische Leistungen erbringen.

Periodizität:

Jährlich.

Berichtsweg:

Befragte - StBA (zentrale Durchführung und Aufbereitung).

Rechtsgrund-
lage:

§ 20 der Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz - FFG) vom 6. Mai 1974 (BGBl. I S. 1047), eingefügt durch § 16 a des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films vom 27. Februar 1974 (BGBl. I S. 437).

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Wirtschaft.

X. Außenhandel

1. Außenhandelsstatistik

a) Anwendungsmodalitäten der NIMEXE und des "Harmonisierten Systems" des Brüsseler Zoll-Rates

Allgemeine
Bemerkungen:

Durch die Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 des Rates vom 24. April 1972 wurde das Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE) eingeführt und der Zeitplan für seine schrittweise Anwendung festgelegt. Danach hat der Rat der Europäischen Gemeinschaften bis zum 31. Dezember 1974 über die Anwendungsmodalitäten in den Mitgliedstaaten zu beschließen.

In dem inzwischen von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften erarbeiteten Vorschlag für eine Änderungsverordnung wird die Übergangsfrist, während der die Mitgliedsländer zunächst zu gewährleisten haben, daß jede Position ihres nationalen Warenverzeichnisses in die zugehörige Warenposition der NIMEXE umgeschlüsselt werden kann, bis zum 31. Dezember 1975 bzw.-für die neuen Mitgliedstaaten-bis zum 31. Dezember 1977 verlängert.

In der Bundesrepublik Deutschland wird mit der Einführung des sogenannten Integrierten Gebrauchs-Zolltarifs zum 1. Januar 1975 das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik vollständig auf die NIMEXE umgestellt und damit in den Deutschen Gebrauchs-Zolltarif eingebaut. Die 6stelligen Schlüsselnummern der NIMEXE werden dabei zu 7stelligen Warennummern der Außenhandelsstatistik und 9stelligen Code-nummern des Deutschen Gebrauchs-Zolltarifs erweitert.

Diese "Anwendungsmodalitäten" entsprechen zwar dem von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften erarbeiteten Vorschlag für eine Änderungsverordnung zur NIMEXE, stehen aber inzwischen in Konkurrenz mit den Anwendungsmodalitäten des "Harmonisierten Systems für die Bezeichnung und Kodifizierung der Waren im internationalen Handel" des Brüsseler Zoll-Rates. Die geplante 6stellige Verschlüsselung des Grundschemas im Harmonisierten System würde zu 8stelligen Schlüsselnummern in der NIMEXE, 9stelligen Warennummern in der Außenhandelsstatistik und 11stelligen Codenummern im Deutschen Gebrauchs-Zolltarif führen. Eine derartige Entwicklung muß aus sachlichen und kostenmäßigen Gründen entschieden abgelehnt werden, zumal eine Verabschiedung der Änderungsverordnung der Kommission u.a. auch die Entscheidung über diese technischen Fragen überlassen würde, ohne daß sie die in den Mitgliedstaaten entstehenden Mehrkosten zu tragen hätte.

Tatbestände:

Rund 6 500 NIMEXE-Positionen (gegenüber rd. 8 600 nationalen Warennummern und mehr als 13 000 Codenummern im Deutschen Gebrauchs-Zolltarif).

Rechtsgrundlage:

Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 des Rates vom 24. April 1972 über das Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE) (Amtsblatt der EG Nr. L 161 vom 17. Juli 1972);

Vorschlag einer Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1445/72 (DOK.R/1833/74 (ECO 215) vom 5. Juli 1974).

Zuständiges Ressort:

Bundesministerium für Wirtschaft.

b) Harmonisierung der Methoden und Definitionen
der Außenhandelsstatistiken

Allgemeine
Bemerkungen:

Parallel zu den Arbeiten zur Einführung einer einheitlichen Warengliederung im Außenhandel (vgl. hierzu a) laufen bei den Europäischen Gemeinschaften Bestrebungen für eine Harmonisierung der Methoden und Definitionen der Außenhandelsstatistiken in den Mitgliedstaaten. Dabei ist der Gedanke maßgebend, daß detaillierte und vergleichbare Gemeinschaftsergebnisse nur dann erstellt werden können, wenn die nationalen Außenhandelsstatistiken nach einheitlichen Methoden erhoben und aufbereitet werden.

Die Beratungen über eine Rechtsgrundlage der Europäischen Gemeinschaften mit Regelungen für eine Vielzahl von Einzelfragen der Außenhandelsstatistik sind inzwischen abgeschlossen. Ungelöst ist allerdings noch die Kostenfrage. Das Statistische Bundesamt hat vorgeschlagen, für Maßnahmen aus dieser Verordnung, die nachweislich zu erheblichen Mehrkosten führen, Einstimmigkeit vorzusehen.

Tatbestände:

Einzelfragen der Außenhandelsstatistik, u.a. in bezug auf Begriffsbestimmungen und Methoden, Aufbereitung, Nomenklaturen, Übermittlung und Veröffentlichung der Ergebnisse.

Rechtsgrund-
lage:

Vorschlag einer Verordnung des Rates über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (DOK.R/959/74/ECO 120) vom 7. Mai 1974 mit Ergänzung (R/1784/74/ECO 210) vom 5. Juli 1974 liegt vor.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Wirtschaft.

c) Weiterführung der Außenhandelsstatistik innerhalb der Europäischen Gemeinschaften ohne zollamtliche Überwachung

Allgemeine
Bemerkungen:

In ihrer gegenwärtigen Form basiert die Außenhandelsstatistik weitgehend auf der zollamtlichen Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs. Die auf längere Sicht geplante Aufhebung der Zollkontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft erfordert Überlegungen hinsichtlich der künftigen Durchführung der Außenhandelsstatistik, um auch weiterhin detaillierte Ergebnisse über den Handel zwischen den Mitgliedstaaten bereitstellen zu können. Die Bestrebungen zur Harmonisierung der Methoden und Definitionen der Außenhandelsstatistik in der Europäischen Gemeinschaft (vgl. hierzu b) leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Voruntersuchungen des Statistischen Bundesamtes haben ergeben, daß weder verkehrsstatistische Erfassungen noch die Steuerstatistiken oder das Meldesystem im Auslandszahlungsverkehr gleichwertige Angaben über den Außenhandel liefern können. Voraussichtlich wird als Lösung nur eine laufende Direktbefragung der Ein- und Ausführer in Betracht kommen. Hierbei müßten jedoch an die Stelle der Zollkontrollen bzw. -behandlungen zusätzliche Arbeitsgänge bei der manuellen und maschinellen Aufbereitung im Statistischen Bundesamt treten. Außerdem wäre eine Firmenkartei der Importeure und Exporteure einzurichten und - nach dem Vorbild der Niederlande - ein Stab von Außenbeamten zur Beratung der Auskunftspflichtigen sowie zur Kontrolle der Anmeldungen aufzubauen.

Tatbestände:

Analog zur derzeitigen Außenhandelsstatistik.

Kreis der
Befragten:

Einführer, Ausführer.

Periodizität:

Bei laufender Erfassung jeder Warensendung im Verkehr mit den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft monatliche und jährliche Aufbereitung.

Berichtsweg:

Befragte - StBA (zentrale Aufbereitung).

Rechtsgrund-
lage:

Der Vorschlag einer Verordnung des Rates über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (vgl. hierzu b) sieht im Grundsatz auch die Erfassung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten vor. Eine Änderung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistikgesetz - AHStatGes) vom 9. Mai 1957 (BGBl. I S. 413) und der Durchführungsverordnung (AHStatDV) wird erforderlich, sofern nicht die statistische Erfassung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs bis ins Detail durch EG-Normen geregelt wird.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Wirtschaft.

XI. Verkehr

1. Statistik der Gemeindestraßen 1976

Allgemeine Bemerkungen:

Mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1976 (Bundsratsdrucksache 338/74) wird die Kontinuität dieser seit 1956 regelmäßig in fünfjährigen Abständen durchgeführten Statistik gewahrt. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme vom 21. Juni 1974 gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen erhoben. In Erweiterung des bisherigen Merkmalskatalogs regt er an, Parkeinrichtungen schon in Gemeinden ab 10 000 Einwohnern (bisher ab 20 000) zu erfassen sowie bei den Brücken zusätzlich zu den Baukosten auch das Baujahr zu erfragen, um so die Vergleichbarkeit der Kosten im Zeitablauf zu gewährleisten. Die Bundesregierung hat diesen Vorschlägen in ihrer Gegenäußerung zugestimmt.

Aus der Statistik der Gemeindestraßen zum 1. Januar 1976 werden somit wiederum aktuelle Angaben über die Gemeinde- und Privatstraßen anfallen. Zum gleichen Zeitpunkt wird das Bundesministerium für Verkehr erneut im Rahmen einer Geschäftsstatistik die Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Landesstraßen, Kreisstraßen) erfassen. Aus der Kombination dieser Angaben mit der Statistik der Gemeindestraßen ergibt sich eine totale Bestandsaufnahme des öffentlichen Straßennetzes.

Tatbestände:

Längen und Fahrbahnbreiten der Straßen, getrennt nach Straßen- und Deckenarten; Brücken im Zuge der Straßen, getrennt nach Straßenarten, mit Angabe der Bauart und der lichten Weite sowie mit Angabe der Baukosten (und - nach der Empfehlung des Bundesrates - des Baujahres) der seit dem 1. Januar 1971 erbauten Brücken;

Nach der Empfehlung des Bundesrates in Gemeinden
ab 10 000 Einwohnern (bisher 20 000): öffentliche
Parkeinrichtungen nach Art, Gesamtfläche und
Zahl der Stellplätze.

Kreis der
Befragten:

Straßen und Brücken: Träger der Straßenbaulast
und sonstige Unterhaltungspflichtige;
Parkeinrichtungen: Gemeinden.

Periodizität:

Fünfjährlich.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

Rechtsgrund-
lage:

Entwurf eines Gesetzes über die Statistik der
Straßen in den Gemeinden 1976 (Bundesratsdruck-
sache 338/74) liegt vor.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Verkehr.

XI. Verkehr

2. Ausbau der Statistiken im Güterkraftverkehr

Allgemeine Bemerkungen:

Der Ausbau der Statistiken im Güterkraftverkehr wird sowohl im nationalen Bereich als auch von den Europäischen Gemeinschaften gefordert. So sieht der Entwurf einer Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Erfassung der innerstaatlichen Straßengütertransporte im Rahmen einer regional gegliederten Transportstatistik (Bundestagsdrucksache VI/1521) Stichprobenerhebungen über Straßengütertransporte mit Kraftfahrzeugen sowie Anhängern innerhalb des Gebietes der einzelnen Mitgliedstaaten in der Unterscheidung nach Fahrzeugen für den Werkverkehr und den gewerblichen Verkehr vor. Wegen Meinungsverschiedenheiten über die Finanzierung konnte diese Richtlinie bisher noch nicht verabschiedet werden.

Die ursprüngliche Fassung, die jährliche Stichprobenerhebungen (bei Güterbeförderungen von Fahrzeugen mit einer Nutzlast von mindestens 3 Tonnen) und fünfjährliche Stichprobenerhebungen (bei Güterbeförderungen von Fahrzeugen mit einer Nutzlast von mindestens 1 Tonne bis 3 Tonnen) vorsah, ist inzwischen modifiziert worden. Nunmehr ist vorgesehen, die Laufzeit der Richtlinie auf drei Jahre zu begrenzen und im Jahre 1976 in die Stichprobe Lastkraftfahrzeuge über 1 Tonne Nutzlast, in den Jahren 1977 und 1978 solche über 3 Tonnen Nutzlast einzubeziehen.

Wenn die Richtlinie auch in dieser Form keine Zustimmung findet, soll sie zurückgezogen und ggf. mit der Neufassung der Richtlinie des Rates (EWG) Nr. 69/467 zur Erfassung des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs verschmolzen werden.

Angesichts der Bedeutung einer jährlichen Erfassung des Straßengüternahverkehrs - die der Deutsche Bundestag in seiner Stellungnahme zu dem Richtlinienentwurf der Europäischen Gemein-

schaften anerkannt hat - stellt das Bundesministerium für Verkehr auch im nationalen Bereich Überlegungen hinsichtlich der Erhebung entsprechender Daten an. In Erwägung gezogen wird eine Wiederholung der 1970 durchgeführten Stichprobenerhebung im Straßengüterverkehr aufgrund einer nationalen Rechtsgrundlage. Während diese Erhebung im Jahre 1970 eine Leistungserhebung und eine Unternehmenserhebung umfaßte, soll sich die für 1976 in Aussicht genommene Wiederholung auf eine Leistungserhebung beschränken. Ihr Merkmalskatalog wird sich weitgehend an der Erhebung von 1970 ausrichten.

Tatbestände:

Richtlinienentwurf der Europäischen Gemeinschaften:

Straßengütertransporte in Tonnen und Tonnenkilometern, u.a. nach Werkverkehr und gewerblichem Verkehr, Verkehrskategorien (gewöhnliche Transporte, Abhol- und Zustelldienste, Pendelverkehr), Gütergruppen, Entfernungsstufen und Nutzlastklassen.

Ausgewählte Merkmale auch in der Gliederung nach Verkehrsregionen.

Stichprobenerhebung im Straßengüterverkehr auf nationaler Rechtsgrundlage:

Im einzelnen noch nicht festgelegt.

Wichtigste Merkmale der Leistungserhebung 1970 waren: Beförderte Gütermenge und Tonnenkilometer nach Gütergruppen, Entfernungsstufen, Verkehrsarten und Fahrzeuggrößenklassen, Wirtschaftszweig des Fahrzeughalters; verkehrsrechtliche Genehmigung, Art der Abrechnung, Verkehrsbezirk und Land des Standorts der Fahrzeuge.

Kreis der Befragten: Halter ausgewählter Lastkraftfahrzeuge (Stichprobenverfahren).

Periodizität: Richtlinienentwurf der Europäischen Gemeinschaften:
1976 bis 1978 jährlich.
Stichprobenerhebung im Straßengüterverkehr auf nationaler Rechtsgrundlage:
Für 1976 ist - beschränkt auf eine Leistungserhebung - eine Wiederholung der letztmals 1970 durchgeführten Stichprobenerhebung im Straßengüterverkehr in Aussicht genommen.

Berichtsweg: Befragte - StBA - (SAEG).

Rechtsgrundlage: Vorschlag für eine Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Erfassung der innerstaatlichen Straßengütertransporte im Rahmen einer regional gegliederten Transportstatistik (Bundestagsdrucksache VI/1521) liegt in modifizierter Form vor.
Nationale Rechtsgrundlage erforderlich.

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Verkehr.

XI. Verkehr

3. Ausbau der Seeschiffahrtsstatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Das Gesetz über die Statistik der Seeschiffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 739) soll durch eine Novellierung an neuere Entwicklungen in diesem Bereich angepaßt werden. Im Entwurf des Bundesministeriums für Verkehr ist als wichtigste Änderung - in Angleichung an entsprechende Regelungen in anderen Verkehrsbereichen - die Einführung einer Unternehmensstatistik in der Seeschiffahrt vorgesehen. Hierdurch sollen u.a. wichtige Eckdaten über die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen in der Seeschiffahrt bereitgestellt werden. Diese Statistik soll vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet werden.

Die Seeschiffsbestandsstatistik wird vor allem um Angaben über Charterverhältnisse erweitert. Verzichtet wird dagegen auf die Erfassung von Schiffen mit einem Bruttoreaumgehalt unter 100 Registertonnen.

Bei der Seeunfallstatistik sollen künftig alle Unfälle erfaßt werden und nicht nur die seeamtlich untersuchten.

In der Seeverkehrsstatistik soll in Zukunft auf eine Reihe statistischer Angaben - insbesondere im Rahmen des Personenverkehrs über See - verzichtet werden. Erhebung und Aufbereitung eines Teils dieser Statistik - und zwar der Angaben über den Verkehr über deutsche Häfen, Lade- und Löschplätze - sollen in die Zuständigkeit der Länder übergehen. Daneben ist vorgesehen, neuere technische Entwicklungen bei Verschiffungsmethoden und Transporttechniken zu berücksichtigen (u.a. Erfassung der Transporthilfsmittel, wie Container, Paletten usw.; Erfassung des Leichterverkehrs usw.)

Tatbestände: Gegenüber der bisherigen Regelung sind folgende Änderungen vorgesehen:

Unternehmensstatistik:

Tätigkeit des Unternehmens; Anzahl, Art, Größe und Tragfähigkeit der verfügbaren Seeschiffe; Umsätze; Investitionen nach Investitions- und Finanzierungsarten; beschäftigte Personen nach Beschäftigungsart und Staatsangehörigkeit.

Seeschiffsbestandsstatistik:

Erweiterung um Angaben über Charterverhältnisse.

Seeverkehrsstatistik:

Neben den ein- und ausgehenden Gütern Erfassung auch der Transporthilfsmittel.

Verzicht auf Erfassung der Fahrgäste.

Seeunfallstatistik:

Neben den seeamtlich untersuchten Unfällen von Seeschiffen künftig Erfassung auch aller Schiffsunfälle von Sportfahrzeugen und Binnenschiffen auf den Seeschifffahrtsstraßen und in den angrenzenden Häfen.

Kreis der Befragten:

Unternehmensstatistik:

Inhaber und Leiter der Unternehmen, die Seeschiffahrt betreiben.

Seeschiffsbestandsstatistik:

Reeder/Charterer von Seeschiffen/Besteller von Schiffsbauwerken.

Seemannsstatistik:

Reeder/Ausrüster.

Seeverkehrsstatistik:

Fahrzeugführer/Verfrachter/Reeder bzw. Ausrüster.

Seeunfallstatistik:

Seeämter/nach Landesrecht für die Ermittlung bei Schiffsunfällen zuständige Stellen/Schiffsführer/Reeder/Ausrüster.

Periodizität:

Unternehmensstatistik, Seemannsstatistik und Seeunfallstatistik: jährlich.

Seeschiffsbestandsstatistik und Seeverkehrsstatistik: monatlich.

Berichtsweg:

Unternehmensstatistik: Befragte - StBA.

Seeschiffsbestandsstatistik:

Befragte - Bundesministerium für Verkehr.

Seemannsstatistik:

Befragte - Bundesministerium für Verkehr.

Seeverkehrsstatistik:

Verkehr auf deutschen Häfen: Befragte - StLÄ - StBA,

Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal und Verkehr deutscher Schiffe zwischen fremden Häfen: Befragte - Bundesministerium für Verkehr.

Seeunfallstatistik:

Ermittelnde Behörden - Bundesministerium für Verkehr.

Rechtsgrundlage:

Entwurf für eine Neufassung des Gesetzes über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 739) liegt vor (Stand September 1974).

Zuständiges Ressort:

Bundesministerium für Verkehr.

XII. Öffentliche Sozialleistungen

1. Weiterentwicklung der Jugendhilfestatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Jugendhilfestatistik ergibt sich u.a. durch das in Vorbereitung befindliche neue Jugendrecht. Parallel hierzu laufen seit längerer Zeit Bestrebungen, die Jahresstatistik der Jugendhilfe nach dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49) zu erweitern. Dabei steht u.a. der Ausbau der bisherigen Statistik über den Bereich der fürsorgerischen Jugendhilfe hinaus durch Einbeziehung der Tätigkeit der freien Wohlfahrtsverbände auf dem Gebiet der Jugendhilfe bzw. der gesamten Jugendarbeit im Vordergrund. Ferner wird die Gewinnung von Angaben über das in der Jugendhilfe tätige Personal angestrebt. Ein Anfang wurde durch die → Personalstrukturerhebung in der Jugendhilfe zum 1. November 1974 gemacht.

Zu den Maßnahmen, die Jugendhilfestatistik aussagefähiger zu machen, gehört der Versuch, das Verfahren der Berichterstattung von Berichtstabellen auf Individualzählblätter umzustellen. Auf diese Weise sollen künftig insbesondere mehr Angaben über betreute Minderjährige gewonnen werden. Vorgesehen ist, die während eines Jahres für einen Minderjährigen getroffenen Maßnahmen, zusammen mit den Angaben zur Person, auf einem Individualzählblatt zu vereinigen. Dabei sollen einige in der Jugendhilfestatistik bisher nicht enthaltene Tatbestände aufgenommen werden. Das Hauptziel der Umstellung ist es jedoch, die Möglichkeit für Merkmalskombinationen zu schaffen.

Das von der amtlichen Statistik entwickelte Individualzählblatt wird in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1974 bei ausgewählten Jugend-

ämtern getestet. Anschließend ist eine Auswertung der Erfahrungsberichte beim Statistischen Bundesamt vorgesehen.

Tatbestände:	Angaben zur Person des Minderjährigen (u.a. Kindschafts-, Familien-, Geschwisterverhältnis; Aufenthalt, Schulbesuch, Berufstätigkeit); Maßnahmen gemäß dem Jugendwohlfahrtsgesetz (u.a. Pflegschaft, Vormundschaft, Beistandsschaft, Vaterschaftsfeststellung, Unterhaltsfestsetzung, Adoption, Übernahme der elterlichen Gewalt, Sorgerechtsentziehung, Unterbringung in Fürsorge, freiwillige Erziehungshilfe).
Kreis der Befragten:	In der Probeerhebung: ausgewählte Jugendämter, Landesjugendämter, oberste Landesbehörden.
Periodizität:	Zunächst einmalige Probeerhebung.
Berichtsweg:	Für die Probeerhebung: Befragte - StBA.
Rechtsgrundlage:	Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBI. I S. 49).
Zuständiges Ressort:	Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.

XII. Öffentliche Sozialleistungen

2. Personalstrukturerhebung in der Jugendhilfe

Allgemeine
Bemerkungen:

Die Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Struktur des Personals in der Jugendhilfe vom 23. August 1974 (BGBl. I S. 2084) bestimmt, daß auf dem Gebiet der Jugendhilfe eine entsprechende Bundesstatistik nach dem Stand vom 1. November 1974 durchgeführt wird. In den Erhebungsbereich eingeschlossen sind die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie die sonstigen öffentlich-rechtlichen und die privaten gewerblichen Träger von Jugendhilfeeinrichtungen. Zusätzlich zu den Angaben aus der Jahresstatistik der Jugendhilfe und den Personalstrukturerhebungen im öffentlichen Dienst werden damit Angaben anfallen, die erstmals einen Gesamtüberblick über das in der Jugendhilfe tätige Personal ermöglichen. Dieses Material wird u.a. für Überlegungen zu einer Ausbildungsreform der Fachkräfte in der Jugendhilfe, für allgemeine Bedarfsrechnungen und zur Weiterentwicklung des Jugendhilferechts dringend benötigt.

Tatbestände:

Mitarbeiter von Jugendhilfeeinrichtungen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis einschl. der nebenamtlich Beschäftigten mit Name, Alter, Geschlecht, Berufsausbildungsabschluß, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich;

die in der außerschulischen Jugendarbeit tätigen ehrenamtlichen Mitarbeiter nach Zahl und Altersgruppen;

Art des Trägers und der Einrichtung oder Geschäftsstelle, Zahl der verfügbaren Plätze.

Kreis der Befragten: Mitarbeiter der Jugendhilfe in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis einschl. der nebenamtlich Beschäftigten;
Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe sowie sonstige öffentlich-rechtliche und private gewerbliche Träger von Jugendhilfeeinrichtungen.

Periodizität: Stichtagserhebung zum 1. November 1974.

Berichtsweg: Befragte - Jugendämter - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage: Verordnung über die Durchführung einer Statistik über die Struktur des Personals in der Jugendhilfe vom 23. August 1974 (BGBl. I S. 2084) aufgrund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314).

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.

XIII. Finanzen und Steuern

1. Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes

Allgemeine
Bemerkungen:

Neben der Erweiterung des Erhebungsbereichs der Finanzstatistik um bisher nicht einbezogene Träger öffentlicher Aufgaben (u.a. Sozialversicherungsträger, Zweckverbände u.ä. sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter) werden durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773) einige Statistiken neu eingeführt bzw. ausgebaut (vgl. a bis g).

Die in den Statistischen Ämtern eingeleiteten Maßnahmen zur Durchführung dieser Statistiken stoßen angesichts der bekannten Kapazitätsengpässe auf vielfältige Schwierigkeiten. Da das Gesetz für eine Reihe neuer Vorhaben Termine vorschreibt, sind die Möglichkeiten für eine stufenweise Verwirklichung beschränkt. Erschwerend wirkt sich das zeitliche Zusammentreffen mit der Neuordnung des kommunalen Haushaltsrechts und der kommunalen Haushaltssystematik aus, die eine Umstellung aller Kommunalfinanzstatistiken erforderlich macht. Ein gewisser Spielraum im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich lediglich bei den Angaben für die neuen Berichtskreise, sofern diese noch aufgebaut und abgegrenzt werden müssen, sowie bei anderen Vorhaben, die gesetzlich nicht terminiert sind.

Tatbestände:

Siehe unter a) bis g).

Kreis der
Befragten:

Siehe unter a) bis g).

Periodizität:

Siehe unter a) bis g).

Berichtsweg:

Siehe unter a) bis g).

Rechtsgrund-
lage:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanz-
statistik vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

Zuständiges
Ressort:

Zu a) bis f):

Bundesministerium der Finanzen.

Zu g):

Bundesministerium des Innern.

a) Finanzplanungsstatistik

Allgemeine
Bemerkungen:

Die durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes vorgeschriebene Statistik der Finanzplanungen von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden ist erstmals für den Planungszeitraum 1974 bis 1978 in Aussicht genommen. Damit wird den Anforderungen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) Rechnung getragen, das Bund und Länder verpflichtet, ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung mit jährlicher Anpassung und Fortführung zugrunde zu legen.

Als Erhebungsgrundlage sollen die bereits in der Praxis verwendeten Muster für die staatlichen und kommunalen Haushalte verwendet werden. Bund und Länder richten sich dabei im wesentlichen nach einem im Finanzplanungsrat vereinbarten Schema. Auf Empfehlung dieses Gremiums sind auch alle Kommunen durch landesrechtliche Bestimmungen zur Aufstellung von Finanzplanungen verpflichtet worden. Für Gemeinden unter 3 000 Einwohnern sowie für Zweckverbände und andere juristische Personen zwi- schengemeindlicher Zusammenarbeit kann ein vereinfachtes Erhebungsverfahren angewendet werden.

Die Finanzplanungsstatistik wurde im Vorgriff auf die durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes erfolgte Neuregelung durch Ländererlasse bereits ab 1970 für die Gemeinden und Gemeindeverbände auf freiwilliger Basis durchgeführt. Der Berichtskreis der kommunalen Zweckverbände kann erst nach seiner Abgrenzung durch eine Vorbefragung in die Statistik einbezogen werden.

Tatbestände: Ausgaben und Einnahmen nach den Finanzplanungen für einen Fünf-Jahreszeitraum nach Ausgabe- und Einnahmearten und nach Aufgabenbereichen/Funktionen (im kommunalen Bereich nur Investitionen).

Kreis der Befragten: Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.

Periodizität: Jährlich für den fünfjährigen Planungszeitraum.

Berichtsweg: Gemeinden/Gemeindeverbände/kommunale Zweckverbände - StLÄ - StBA;
Bund und Länder (Finanzministerien) - StBA.

b) Statistik der Verpflichtungen

Allgemeine
Bemerkungen:

Vor Einführung einer Statistik der Verpflichtungen der öffentlichen Hand aus der Vergabe von Beschaffungs- und Bauaufträgen sowie aus Darlehens- und Zuschußzusagen ist noch eine Reihe von haushaltstechnischen und statistischen Problemen zu klären. Im Änderungsgesetz zum Finanzstatistischen Gesetz wird deshalb die Bundesregierung ermächtigt, Einzelheiten über Gegenstand, Umfang und Art der Statistik sowie den Zeitpunkt ihres Beginns durch Rechtsverordnung zu bestimmen. Der Erlaß dieser Rechtsverordnung ist vorläufig zurückgestellt, da Bund und Länder übereingekommen sind, die Daten dem Bundesfinanzministerium mitzuteilen. Im Statistischen Bundesamt sind deshalb noch keine Maßnahmen zur Vorbereitung dieser Statistik ergriffen worden.

Den Ausgangspunkt für die neue Statistik, mit der u.a. eine Abschätzung der künftigen Haushaltsentwicklung angestrebt wird, bildet die im Haushaltsgrundsätzegesetz vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273) enthaltene Ermächtigung für die Finanzminister, die Buchführungspflicht für eingegangene Verpflichtungen und Geldforderungen anzuordnen; in der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284) ist diese Buchführungspflicht sogar zwingend vorgeschrieben. Beschränkt auf den investiven Bereich sieht auch das neue kommunale Haushaltsrecht die Einführung der Verpflichtungsermächtigungen vor.

Bisher liegen im wesentlichen nur Informationen über vergebene Tiefbauaufträge und genehmigte Hochbauvorhaben der öffentlichen Hand aus der Bautätigkeitsstatistik vor, die sich jedoch als nicht umfassend genug erwiesen haben.

Tatbestände:	Bestand, Zu- und Abgänge an Verpflichtungen nach Arten, eingegangene Verpflichtungen aus der Vergabe von Beschaffungs- und Bauaufträgen und aus Darlehens- und Zuschußzusagen.
Kreis der Befragten:	Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen, sowie sonstige juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, soweit sie auf Dauer überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.
Periodizität:	Noch nicht konkretisiert.
Berichtsweg:	Noch nicht konkretisiert.

c) Hochschulfinanzstatistik

Allgemeine
Bemerkungen:

Die nach § 12 Nr. 8 des Hochschulstatistikgesetzes bei den Hochschulen vorgeschriebene Erfassung der Ausgaben nach Kostenarten und Kostenstellen sowie Art und Weise der Finanzierung wird nach einem interimistischen Programm für die Hochschulfinanzstatistik durchgeführt (vgl. III 3 o). Erhoben werden bisher fächerspezifische Daten über die Ausgaben und Einnahmen. Der Übergang auf maschinelle Auswertung der Rechnungsunterlagen der Hochschulen wird angestrebt.

Beträge, die außerhalb der einzelnen Hochschuletats an zentraler Stelle der Länderhaushalte zugunsten von Hochschulen und -kliniken veranschlagt sind oder außerhalb der staatlichen Haushalte von Finanzierungsgesellschaften (z.B. Hochschulbaugesellschaften) geführt werden, sind hierdurch nicht abgedeckt. Es wird deshalb überlegt, wie die in der Novelle zum Finanzstatistischen Gesetz vorgesehene differenzierte Erfassung der Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen über die haushaltsmäßige Gliederung hinaus gemäß den Anforderungen des Hochschulstatistikgesetzes erfolgen kann.

Tatbestände:

Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen der Hochschulen einschl. Hochschulkliniken, soweit sie außerhalb der Hochschuletats nachgewiesen werden, über die haushaltsmäßige Gliederung hinaus nach Kostenarten und Kostenstellen sowie Art und Weise der Finanzierung.

Kreis der
Befragten:

Noch nicht konkretisiert.

Periodizität:

Jährlich.

Berichtsweg:

Finanzministerien der Länder bzw. Statistisches Landesamt - StBA.

d) Statistik der Umlagesätze

Allgemeine
Bemerkungen:

Nach § 4 Nr. 4 des Änderungsgesetzes zum Finanzstatistischen Gesetz sollen künftig jährlich die Umlagesätze der allgemeinen Umlagen von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbänden erhoben werden. Begonnen wird im Frühjahr 1975 für den Erhebungszeitraum 1974 mit der Erhebung der Umlagesätze der allgemeinen Umlagen der Gemeindeverbände. Die Angaben sind vor allem als ergänzendes Datenmaterial für die Lastenverteilung auf Landesebene von Bedeutung. Sie sollen aus Vereinfachungsgründen im Rahmen der vierteljährlichen kommunalen Kassenstatistik miterfragt werden. Eine Erhebung bei Bund und Ländern wird bis auf weiteres nicht durchgeführt.

Tatbestände:

Umlagesätze.

Kreis der
Befragten:

Gemeindeverbände, Zweckverbände und sonstige juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.

Periodizität:

Jährlich.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

e) Statistik der Umlageeinnahmen

Allgemeine
Bemerkungen:

Die nach § 4 Nr. 5 des Änderungsgesetzes vorgesehene jährliche Erhebung der Umlageeinnahmen der Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit nach einzelnen Mitgliedern wird erfolgen, wenn der Kreis der zu erfassenden Verbände festgelegt ist. Hierfür werden Aufschlüsse aus einer inzwischen durchgeführten allgemeinen Vorbefragung über Art und Umfang der Zusammen-schlüsse erwartet. Die Vorbefragung soll ferner dazu dienen, diejenigen Zweckverbände zu ermitteln, für die ein vereinfachtes Erhebungsverfahren angewendet werden kann.

Tatbestände:

Umlageeinnahmen nach Mitgliedern.

Kreis der
Befragten:

Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.

Periodizität:

Jährlich.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

f) Schuldenstatistik

Allgemeine Bemerkungen:

Das durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes erweiterte Programm der jährlichen Schuldenstatistik soll erstmals zum 31. Dezember 1974 angewendet werden. Über die bisherige Erhebung des Schuldenstandes hinaus werden damit in Zukunft auch Angaben über die Bruttoschuldenaufnahme für finanz- und kreditpolitische Zwecke bereitstehen. Durch die Erfassung der Laufzeiten unmittelbar bei der Brutto-Schuldenaufnahme wird es ferner möglich, die Struktur der neu aufgenommenen Schulden hinsichtlich ihrer Fristigkeit zu erkennen und in Verbindung mit der beim Schuldenstand nachgewiesenen Fälligkeit eine umfassende Beurteilung vorzunehmen.

Der Berichtskreis der Schuldenstatistik wird dem der Statistik über die Einnahmen und Ausgaben angeglichen. Die Schulden der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Träger der Zusatzversorgung werden allerdings wegen ihrer geringen Bedeutung nicht erfaßt.

Tatbestände:

Stand der Schulden nach Arten und Fälligkeiten sowie Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen; Schuldenaufnahmen nach Arten und Laufzeiten sowie Tilgungen nach Arten.

Kreis der Befragten:

Bund (Bundesministerium der Finanzen), Bundesausgleichsamt, Länderfinanzministerien, Bundesbahn, Bundespost, sonstige juristische Personen, Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände.

Periodizität:

Jährlich; vierteljährlich Stand der Schulden des Bundes, der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der Zweckverbände.

Berichtsweg:

Befragte - StBA; bei Gemeinden, Gemeinde- und
Zweckverbänden sowie für Hamburg und Bremen:
StLÄ - StBA.

g) Personalstatistiken im öffentlichen Dienst

Allgemeine Bemerkungen:

Die Erweiterung der Personalstatistiken im öffentlichen Dienst gemäß dem Änderungsgesetz zum Finanzstatistischen Gesetz ist durch die Ausdehnung des Berichtskreises auf bisher nicht einbezogene Träger öffentlicher Aufgaben, einschl. rechtlich selbständiger Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand, sowie die Einbeziehung der Versorgungsempfänger und erheblich detailliertere Erfassung des aktiven Personals gekennzeichnet. Im einzelnen wird der Merkmalskatalog der Personalstatistiken erweitert durch

- die zusätzliche jährliche Erfassung nach Gruppen von Berufen (für ausgewählte Gruppen von Berufen nach Laufbahngruppen und Einstufungen), in jedem dritten Jahr ergänzt durch eine Erfassung der Einstufungen. In jedem sechsten Jahr ist ferner die zusätzliche Erfassung von Altersgruppen, Familienstand und Zahl der für die Gewährung von Kindergeld maßgebenden Kinder vorgesehen,
- die dreijährliche Erfassung der Personalzu- und -abgänge für den Zeitraum eines Jahres,
- die jährliche bzw. dreijährliche Erfassung der Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften im staatlichen Bereich sowie
- die sechsjährliche Erfassung der Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften im kommunalen Bereich.

Nach dem Zeitplan für diese Erhebungen wurde die erstmalige Erfassung der Versorgungsempfänger des staatlichen Bereichs in der Gliederung nach Besoldungsgruppen zum 1. Februar 1974 durchgeführt. Gesamtergebnisse liegen bereits vor. Die erste Erhebung des Personalstandes mit der für jedes dritte Jahr vorge-

schriebenen Merkmalsgliederung fand zum 30. Juni 1974 zunächst beim bisherigen Berichtskreis statt. Von den neu hinzukommenden Bereichen wurden die Sozialversicherungsträger, die Bundesanstalt für Arbeit sowie die Träger der Zusatzversorgung voll einbezogen. Für die übrigen neu hinzukommenden Bereiche sollen wegen der bestehenden Abgrenzungsschwierigkeiten Eckdaten in der zweiten Jahreshälfte 1974 gesondert ermittelt werden.

Für das Erhebungsjahr 1975 ist geplant, alle neuen Bereiche mit vollem Programm in die Personalstatistiken zu übernehmen. Bei der Erfassung der Versorgungsempfänger des staatlichen Bereichs nach Arten zum 1. Februar 1975 sollen erstmals auch die sonstigen juristischen Personen und die rechtlich selbständigen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen des staatlichen Bereichs entsprechend der im Rahmen der Personalstandstatistik 1974 durchgeführten Vorbefragung einbezogen werden. Außerdem werden 1975 erstmalig Berufe erfaßt, sofern bis dahin eine entsprechende Rechtsverordnung vorliegt. Wegen der z.T. unterschiedlichen Interessen der Beteiligten konnte bisher noch keine volle Einigung über die zu erfassenden Berufe erzielt werden.

Im Jahre 1976 ist zusätzlich (für den Anschreibungszeitraum 1. Juli 1975 bis 30. Juni 1976) die Personalwechselstatistik durchzuführen. 1977 folgen die großen, in sechsjährlichem Abstand vorzunehmenden Erhebungen des Personalstandes und der Versorgungsempfänger.

Tatbestände:

Personalstand des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischen-
gemeindlicher Zusammenarbeit, der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit, der Träger der Zusatzversorgung, der

sonstigen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts (soweit sie überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden), der staatlichen und kommunalen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, für die Sonderrechnungen nach dem Eigenbetriebsrecht geführt oder die in rechtlich selbständiger Form betrieben werden,

- jährlich gegliedert nach dem Dienstverhältnis und nach Gruppen von Berufen; für ausgewählte Gruppen von Berufen ist die Statistik darüber hinaus nach Laufbahngruppen und Einstufungen zu gliedern,
- dreijährlich zusätzlich gegliedert nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Laufbahngruppen und Einstufungen,
- sechsjährlich zusätzlich gegliedert nach Altersgruppen, Familienstand und Zahl der für die Gewährung von Kinderzuschlag maßgebenden Kinder.

Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften der oben genannten Körperschaften und sonstigen juristischen Personen

- für den staatlichen Bereich
 - jährlich gegliedert nach Ruhegehaltsempfängern, Witwen, Halbwaisen, Vollwaisen und Empfängern von Unterhaltsbeiträgen,
 - dreijährlich zusätzlich gegliedert nach den für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgebenden Besoldungsgruppen.
- für den kommunalen Bereich
 - sechsjährlich gegliedert nach Ruhegehaltsempfängern, Witwen, Halbwaisen, Vollwaisen und Empfängern von Unterhaltsbeiträgen sowie nach den für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgebenden Besoldungsgruppen.

Personalzu- und -abgänge bei Bund, Ländern, Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbänden

- dreijährlich für den Zeitraum vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des folgenden Jahres nach Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppen sowie nach ausgewählten Gründen des Personalwechsels.

Kreis der Befragten:

Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Bundesbahn, Bundespost, Zweckverbände, Sozialversicherungsträger, Bundesanstalt für Arbeit, Träger der Zusatzversorgung von Bund, Ländern und Gemeinden, sonstige juristische Personen, rechtlich selbständige staatliche und kommunale Wirtschaftsunternehmen.

Periodizität:

Jährlich (verkürztes Programm); alle drei bzw. sechs Jahre erweitertes Programm.

Berichtsweg:

Bund, Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger unter Bundesaufsicht, Träger der Zusatzversorgung des Bundes - StBA.

Länder, Gemeinden (Gv.), Zweckverbände, Sozialversicherungsträger unter Landesaufsicht, Träger der Zusatzversorgung der Länder und Gemeinden, rechtlich selbständige Wirtschaftsunternehmen - StLÄ - StBA.

Sonstige juristische Personen noch nicht festgelegt.

XIII. Finanzen und Steuern

2. Einheitswertstatistiken des Grundbesitzes

Allgemeine
Bemerkungen:

Die Einheitswertstatistiken des Grundbesitzes erstrecken sich auf die wirtschaftlichen Einheiten des Grundbesitzes im Sinne des Bewertungsgesetzes, d.h. auf die wirtschaftlichen Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Grundvermögens und die Betriebsgrundstücke, für die aus steuerlichen Gründen (Besteuerungsgrundlage für Vermögensteuer, Gewerbe(kapital)steuer, Grundsteuer, Erbschaftsteuer sowie für eine Reihe weiterer öffentlicher Abgaben und Beiträge) ein Einheitswert festgestellt wird. Nicht erfaßt werden steuerfreie Objekte sowie Grundstücke und Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, deren Einheitswert unter 100 DM liegt.

Diese Statistik wird künftig regelmäßig gemäß dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) in Verbindung mit der Hauptfeststellung der Einheitswerte nach dem Stand am jeweiligen Hauptfeststellungszeitpunkt durchgeführt. Die Hauptfeststellung der Einheitswerte des Grundbesitzes zum 1. Januar 1964, die in einem Abstand von 29 Jahren auf die vorangegangene Hauptfeststellung zum 1. Januar 1935 erfolgte, wurde noch aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. August 1965 (BGBl. I S. 851) angeordnet.

Im Mittelpunkt der Überlegungen zum Programm der Einheitswertstatistik Grundbesitz 1964 stand der große Nachholbedarf an aktuelleren Informationen nach einem bewertungsrechtlichen Stillstand von nahezu 30 Jahren. Über die primär finanz- und steuerpolitische Zielsetzung der Einheitswertstatistik hinaus lag es deshalb nahe, möglichst alle bei der Neubewertung anfallenden Angaben - u.a. für Zwecke der Raumordnung, der Ermittlung

von Bodenwerten, zur Beurteilung der Eigentumsverhältnisse in sozioökonomischer Hinsicht usw. - zu nutzen.

Der Stichtag für die nächste Hauptfeststellung nach neuer Rechtslage sollte ursprünglich der Beginn des Jahres 1971 sein. Der Termin ist inzwischen, vor allem wegen der durch mehrere gesetzliche Änderungen bedingten Verzögerung in der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, aufgehoben worden. Als neuer Termin ist nunmehr der 1. Januar 1976 in Aussicht genommen.

Als Erhebungsunterlagen der Einheitswertstatistik des Grundbesitzes, die Namen und Anschriften der Steuerpflichtigen nicht enthalten dürfen, dienen grundsätzlich Statistische Blätter (von der Finanzverwaltung erstellt), bei maschineller Feststellung Magnetbänder der Rechenzentren der Landesfinanzbehörden. Die Datenträger werden nach einem einheitlichen Programm in den Statistischen Landesämtern aufbereitet; die Landesergebnisse werden im Statistischen Bundesamt zum Bundesergebnis zusammengestellt.

Tatbestände:

Einheitswertstatistik Grundvermögen (einschließlich der wie Grundvermögen bewerteten Betriebsgrundstücke)

Zahl und Einheitswerte (neu/alt) der bebauten Grundstücke nach Grundstücksarten, Einheitswertgrößenklassen, Gemeindegrößenklassen, Baualtersgruppen, Besitzverhältnissen (Normalfall, Erbbaurecht, Teileigentum usw.), Rechtsnatur des Eigentümers (u.a. natürliche Personen, öffentlich-rechtliche Körperschaften u.ä.), Bewertungsverfahren.

Zahl, Fläche, Einheitswerte (neu/alt) der unbebauten Grundstücke nach Einheitswertgrößenklassen, Gemeindegrößenklassen, Besitzverhältnissen, Rechtsnatur des Eigentümers, Flächengrößenklassen.

Einheitswertstatistik land- und forstwirtschaftliches Vermögen (einschließlich der wie land- und forstwirtschaftliches Vermögen bewerteten Betriebsgrundstücke)

Einheitswerte (alt/neu) und Flächen der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft bzw. Ertragswerte und Flächen der einzelnen Nutzungen nach Einheitswertgrößenklassen, Gemeindegrößenklassen, Rechtsnatur des Eigentümers, Flächengrößenklassen, Wohnwertgruppen, Hektarwertgrößenklassen.

Kreis der Befragten:

Erfassung von Angaben aus den Feststellungsbescheiden, Steuererklärungen und Steuerakten der Finanzämter.

Periodizität:

Normalerweise alle sechs Jahre; zuletzt 1. Januar 1964; als neuer Termin ist der 1. Januar 1976 in Aussicht genommen.

Berichtsweg:

Finanzämter (Rechenzentren) - StLÄ - StBA.

Rechtsgrundlage:

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665).

Zuständiges Ressort:

Bundesministerium der Finanzen.

XIV. Preise

1. Ausbau der Preisstatistik

a) Novellierung des Preisstatistischen Gesetzes

Allgemeine
Bemerkungen:

Seit längerer Zeit laufen Bestrebungen, das Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605) durch eine Novellierung an die vielfältigen wirtschaftlichen Wandlungen (u.a. steigende Differenzierung des Güterangebots, Aufhebung der Preisbindung usw.) anzupassen. Die weitere Behandlung eines Vorentwurfs des Statistischen Bundesamtes für eine gesetzliche Neuregelung in diesem Bereich mußte allerdings wegen vorrangiger anderer Gesetzesvorhaben vorübergehend zurückgestellt werden.

Vordringlich ist vor allem die Festlegung neuer Höchstgrenzen für die Zahl der Auskunftspflichtigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, zumal die zugelassene Höchstzahl der Berichtsstellen z.Z. bei zwei Güterbereichen bereits ausgeschöpft ist. Ferner sollen durch die Heraussetzung der Obergrenzen für die Zahl der Befragten die zunehmenden Genauigkeitsanforderungen - insbesondere auch hinsichtlich kleiner Gütergruppen - berücksichtigt werden, die von Wirtschafts- und Konjunkturpolitik an die preisstatistischen Nachweisungen gestellt werden.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt bei der Novellierung ist die Aufnahme von Bestimmungen über die Durchführung der Verbraucherpreisstatistik im Interviewerverfahren. Bisher ist gesetzlich nicht geregelt, daß eine schriftliche Befragung von Berichtsstellen in den Gemeinden auf genau begrenzte Ausnahmefälle beschränkt bleiben muß.

Ferner ist beabsichtigt, in der Neufassung des Preisstatistischen Gesetzes neben den laufenden Preisermittlungen der amtlichen Statistik auch die sachlich oder regional gezielte Preisbeobachtung für besondere wirtschaftspolitische Zwecke (z.B. Düngemittelpreise usw.) zu regeln.

Tatbestände: Unverändert.

Kreis der Befragten: Unverändert, jedoch mit neuen Höchstzahlen der Berichtsstellen.

Periodizität: Unverändert.

Berichtsweg: Unverändert.

Rechtsgrundlage: Novellierung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605) ist in Vorbereitung.

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Wirtschaft.

b) Ausbau der preisstatistischen Nachweisungen
aufgrund besonderer Aufträge

Statistik der Einkaufspreise gartenbaulicher
Betriebsmittel

Allgemeine
Bemerkungen:

Ein Index für diesen Bereich wird bisher nur einmal jährlich vom Institut für Wirtschaftslehre des Gartenbaus an der Technischen Hochschule München berechnet. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten fordert eine monatliche Berechnung aufgrund besonderer Preiserhebungen durch das Statistische Bundesamt.

Tatbestände:

Einkaufspreise für Waren und Leistungen, die im Gartenbau (Zierpflanzenbau, Gemüsebau, Obstbau, Baumschulen) als Betriebsmittel verwendet werden.

Kreis der
Befragten:

Genossenschaften, Landhandelsunternehmen, Handwerksbetriebe, Industrieunternehmen.

Periodizität:

Monatliche Erhebung und Aufbereitung.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA.

Rechtsgrund-
lage:

Gesetz über die Preisstatistik.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Statistik der Einkaufspreise für Waren aus
der DDR

Allgemeine
Bemerkungen:

Gemäß einem Auftrag des Bundesministeriums für
Wirtschaft werden vom Statistischen Bundesamt
seit 1970 zentral Einkaufspreise für Waren aus
der DDR erhoben. Für fundierte Aussagen über
die Preisentwicklung bei Bezügen aus der DDR
ist eine beträchtliche Erweiterung der Erhe-
bungen und Aufbereitungsarbeiten erforderlich.

Tatbestände:

Einkaufspreise für Waren aus der DDR.

Kreis der
Befragten:

Bezieherfirmen.

Periodizität:

Vierteljährlich.

Berichtsweg:

Überwiegend: Befragte - StBA.

Rechtsgrund-
lage:

Gesetz über die Preisstatistik.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Wirtschaft.

Statistik der Verkehrspreise

Allgemeine Bemerkungen:

In der Verkehrswirtschaft hat das Statistische Bundesamt bisher nur die Entwicklung von Tarifen beobachtet und - abgesehen vom Postgebührenindex - keine zusammenfassenden Indexberechnungen durchgeführt. Im Hinblick auf die zunehmende Liberalisierung der Preisbildung fordert das Bundesministerium für Verkehr die Erhebung effektiver Preise in allen Bereichen der Verkehrswirtschaft und die Berechnung entsprechender Indizes.

Tatbestände:

Preise für Verkehrsleistungen.

Kreis der Befragten:

Institutionen der Verkehrswirtschaft, darunter Wasser- und Schifffahrtsdirektionen, Bundesbahn und Bundespost, Unternehmen und Einrichtungen des Straßengüterverkehrs.

Periodizität:

Monatlich bzw. vierteljährlich.

Berichtsweg:

Überwiegend:
Befragte - StBA.

Rechtsgrund- lage:

Gesetz über die Preisstatistik.

Zuständiges Ressort:

Bundesministerium für Verkehr.

Statistik der Verbraucherpreise

Wohnungsmieten

Allgemeine Bemerkungen:

Der Gruppenindex für Wohnungsmieten aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte bezieht sich nur auf wenige Wohnungstypen und auf die Erhebungsgemeinden der (allgemeinen) Verbraucherpreisstatistik. Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau fordert den Aufbau eines allgemeinen Mietpreisindex, der weitere wichtige Wohnungstypen und zusätzliche Gemeinden berücksichtigen soll.

Tatbestände:

Erweiterung des Erhebungsprogramms in regionaler Hinsicht (neue Wohnbauzentren, Einzugsgebiete von Ballungszentren) und in Bezug auf die nachgewiesenen Wohnungstypen.

Kreis der Befragten:

Wohnungsinhaber und Wohnungsgesellschaften.

Periodizität:

Vierteljährlich.

Berichtsweg:

Befragte - Gemeinden - StLÄ - StBA.

Rechtsgrund- lage:

Gesetz über die Preisstatistik.

Zuständiges Ressort:

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

XV. Löhne und Gehälter

1. Statistik der Löhne in der Landwirtschaft

Allgemeine
Bemerkungen:

Im Gegensatz zu den Bereichen der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes gab es in den Europäischen Gemeinschaften bisher keine vergleichbaren Lohnstatistiken für die Landwirtschaft. Diese Lücke ist durch die Verordnung (EWG) Nr. 677/74 des Rates vom 21. März 1974 zur Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter geschlossen worden.

Danach sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, für einen Monat des Jahres 1974 - vorzugsweise für April - eine Stichprobenerhebung über die Effektivverdienste der ständig beschäftigten Landarbeiter nach einheitlichen Methoden und Definitionen durchzuführen. In der Bundesrepublik Deutschland hat die Erhebung im Individualverfahren im September 1974 stattgefunden.

Ziel dieser Erhebung ist es, Niveau und Entwicklung der Löhne in der Landwirtschaft festzustellen sowie einen Vergleich der Löhne in der Landwirtschaft mit denen in der Industrie zu ermöglichen.

Tatbestände:

Bruttobarverdienst der ständigen, vollbeschäftigten familienfremden Arbeiter in der Landwirtschaft für einen Monat des Jahres 1974 - vorzugsweise April -, Gewährung von Kost und/oder Wohnung; Art der ausgeübten Tätigkeit, Lohnberechnungsgrundlage, Anzahl der entlohten Stunden, Geschlecht, Alter, berufliche Qualifikation.

Kreis der
Befragten:

Ca. 12 000 Betriebe der Landwirtschaft gemäß NACE (ohne Landschaftsgartenbau und Nebenbetriebe) mit ständigen familienfremden Vollzeitbeschäftigten (Stichprobenverfahren).

Periodizität: Erstmals 1974. Wiederholung wird angestrebt (wahrscheinlich in Abständen von mehreren Jahren; dazwischen kleinere Stichproben mit vereinfachtem Frageprogramm).

Berichtsweg: Befragte (Interviewer) - StLÄ - StBA - SAEG .

Rechtsgrundlage: Verordnung (EWG) Nr. 677/74 des Rates vom 21. März 1974 zur Durchführung einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter (Amtsblatt der EG Nr. L 83/4 vom 28. März 1974).

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

XV. Löhne und Gehälter

2. Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten

Allgemeine Bemerkungen:

Personalkostenerhebungen wurden bisher aufgrund von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften in unregelmäßigen Abständen durchgeführt, und zwar in folgenden Bereichen:

- a) Produzierendes Gewerbe,
- b) Straßenverkehrsgewerbe (gewerblicher Güter- und Personenkraftverkehr),
- c) Handel und Dienstleistungsgewerbe.

Sie erbrachten statistische Angaben über die Personal- und Personalnebenkosten der Unternehmen und über die Einkommen der Arbeitnehmer.

a) Personalkostenerhebungen im Produzierenden Gewerbe

Während sich die ersten sechs auf den Buchhaltungsergebnissen der Unternehmen der Jahre 1959 bis 1964 basierenden Stichprobenerhebungen über die Personalkosten auf eine begrenzte Zahl von Industriezweigen beschränkten, wurden im Rahmen der Erhebungen für 1966, 1969 und 1972 sämtliche Gewerbebezüge erfaßt. Eine Wiederholung der Stichprobenerhebung ist - entsprechend dem angestrebten Dreijahres-Rhythmus - 1976 für 1975 vorgesehen.

Tatbestände:

Kosten der Unternehmen für Löhne und Gehälter einschl. Prämien und Gratifikationen sowie alle Nebenkosten; sonstige soziale Leistungen einschl. Aufwendungen für Berufsausbildung der Arbeitnehmer;

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, geleistete Arbeitszeit.

Kreis der Befragten:	Stichprobenerhebung (1973: etwa 12 000 Unternehmen).
Periodizität:	Dreijährlich.
Berichtsweg:	Befragte - StLÄ - StBA - SAEG.
Rechtsgrundlage:	Verordnung der Europäischen Gemeinschaften erforderlich.
Zuständiges Ressort:	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

b) Personalkostenerhebung im Handel, bei Kredit-
instituten und Versicherungen

Allgemeine
Bemerkungen:

Gemäß Verordnung (EWG) Nr. 3192/73 des Rates vom 22. November 1973 über eine Arbeitskostenerhebung im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe soll die Erhebung, die erstmals 1971 (für 1970) stattfand, im Jahre 1975 - unter Einbeziehung des Großhandels - auf der Grundlage der Buchhaltungsangaben für das Jahr 1974 wiederholt werden. Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 178/74 des Rates vom 21. Januar 1974 soll gleichzeitig eine → Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in diesen Bereichen durchgeführt werden.

Tatbestände:

Kosten der Unternehmen für Löhne und Gehälter einschl. Prämien und Gratifikationen sowie alle Nebenkosten, insbesondere Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und zu Zusatzversorgungssystemen; sonstige soziale Leistungen einschl. der freiwillig gewährten Sozialleistungen und Aufwendungen für Berufsausbildung der Arbeitnehmer.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, geleistete Arbeitszeit.

Kreis der
Befragten:

Stichprobenerhebung bei Unternehmen im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe mit 10 und mehr Arbeitnehmern.

Periodizität:

Mehrjährlich.

Berichtsweg:

Befragte - StLÄ - StBA - SAEG.

Rechtsgrund-
lage:

Verordnung (EWG) Nr. 3192/73 des Rates vom 22. November 1973 über eine Arbeitskostenerhebung im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe (Amtsblatt der EG Nr. L 326/1 vom 27. November 1973).

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

XV. Löhne und Gehälter

3. Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich

Allgemeine Bemerkungen:

Gemäß dem Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429) in Verbindung mit dem Änderungsgesetz vom 4. August 1971 werden in der Bundesrepublik Deutschland Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich in Abständen von drei bis sechs Jahren durchgeführt. Die letzten Erhebungen fanden 1973 (für 1972) sowie 1967 (für 1966) statt. Die nächste Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist im Jahre 1979 (für 1978) geplant.

Im Gegensatz zu den laufenden Verdienststatistiken, die sich auf Ausschnitte der Gesamtwirtschaft beschränken und wegen des dabei angewandten Lohnsummenverfahrens nur Durchschnittsangaben für Arbeitnehmergruppen erbringen, gehen die Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen als repräsentative Sondererhebungen von den einzelnen Arbeitnehmern (Individualverfahren) aus. Damit ermöglichen sie u.a. eine Schichtung der Verdienste nach der Höhe sowie die Beurteilung bestimmter Faktoren, die die Höhe der Verdienste beeinflussen. Besondere Bedeutung haben die Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen ferner dadurch, daß sie auch eine Untersuchung der gesetzlichen Abzüge und damit der Nettoverdienste ermöglichen und daß durch sie auch Wirtschaftszweige einbezogen werden können, die von den laufenden Statistiken nicht erfaßt werden.

Die Erhebungen in der Bundesrepublik Deutschland werden so angelegt, daß damit zugleich den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften entsprochen werden kann. Im Bereich des Produzierenden Gewerbes wurden innerhalb der Europäischen Gemein-

schaften bisher zwei gemeinsame Erhebungen über Struktur und Verteilung von Löhnen und Gehältern durchgeführt, und zwar 1973 (für Oktober 1972) und 1967 (für Oktober 1966). Durch die Verordnung(EWG) Nr. 178/74 des Rates vom 21. Januar 1974 zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne und Gehälter im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe wird erstmals eine gemeinschaftliche Erhebung in diesem Bereich angeordnet. Sie soll vergleichbare Angaben für den Monat Oktober und für das ganze Jahr 1974 erbringen und damit die Angaben aus der gleichzeitig durchzuführenden → Personalkosten-erhebung ergänzen.

Tatbestände:

Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der Bundesrepublik:

Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste der Arbeiter und Angestellten (Individualverfahren) nach Art der Tätigkeit sowie nach Alter und Geschlecht. Für Arbeiter ferner Arbeitszeit und Arbeitsverdienste, getrennt nach Zeit- und Leistungslohn.

Gehalts- und Lohnstrukturerhebung der Europäischen Gemeinschaften im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe:

Bruttomonatsverdienst im Oktober 1974 einschl. aller Prämien, Zuschläge und Zulagen; Bruttolohn bzw. -gehalt im Jahre 1974 einschl. aller Prämien, Zuschläge und Zulagen; Angaben zum Unternehmen.

Geschlecht, Alter, berufliche Qualifikation, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Entlohnungssystem, Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, Lohnfortzahlung; wöchentliche Arbeitszeit.

Kreis der Befragten: Stichprobenerhebung bei Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und des Dienstleistungsreichs.

Periodizität: 3- bis 6jährlich.

Berichtsweg: Befragte - StLÄ - StBA - SAEG.

Rechtsgrundlage: Allgemein:
Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBI. I S. 429), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 4. August 1971 (BGBI. I S. 1217), und Verordnungen über die Durchführung von Sondererhebungen zur Lohnstatistik.
Verordnung (EWG) Nr. 178/74 des Rates vom 21. Januar 1974 zur Durchführung einer Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne und Gehälter im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe (Amtsblatt der EG, Nr. L 21/2 vom 25. Januar 1974).

Zuständiges Ressort: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

XV. Löhne und Gehälter

4. Erhebung über die betriebliche Altersversorgung in der Wirtschaft

Allgemeine Bemerkungen:

Gemäß der Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über Arten und Umfang der betrieblichen Altersversorgung vom 11. März 1974 (BGBl. I S. 681) wird im Jahre 1974 einmalig eine Repräsentativerhebung durchgeführt, um Angaben - u.a. über den Anteil der von der betrieblichen Altersversorgung begünstigten Arbeitnehmer sowie über die durchschnittliche Höhe der betrieblichen Versorgungsleistungen - zu gewinnen. Diese Daten sollen für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung ermittelt werden, um dessen Auswirkungen kontrollieren zu können. Ferner wird das Zahlenmaterial u.a. zur Vorbereitung einer Regelung über die Insolvenzsicherung betrieblicher Versorgungsanswartschaften und -ansprüche benötigt.

Die Erhebung wird sich auf die gesamte Wirtschaft, mit Ausnahme der Landwirtschaft, des Baugewerbes und der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, erstrecken. Das Erhebungskonzept sieht eine Stichprobenerhebung bei Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten vor, die aus dem Material der Arbeitsstättenzählung 1970 und der Personalkostenerhebungen 1970 und 1972 ausgewählt werden. Durch Verzicht auf eine regionale und fachliche Gliederung ist es möglich, den Umfang der Stichprobe zu verkleinern und die Aufbereitungsdauer zu verkürzen.

Tatbestände:

Formen der betrieblichen Altersversorgung; Zahl der Unternehmen, die über eine betriebliche Altersversorgung verfügen; Zahl der Arbeitnehmer, die eine betriebliche Versorgungsleistung zu erwarten haben; durchschnittliche Höhe der monatlichen

Versorgungsleistung, die im Zeitpunkt der Erhebung nach 35 Dienstjahren im Unternehmen erreicht wird; Aufwendungen der Unternehmen für die betriebliche Altersversorgung im Jahre 1973.

Kreis der
Befragten:

Stichprobenerhebung bei Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe; Handel; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe; Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht.

Periodizität:

Einmalig zum 31. Dezember 1974.

Berichtsweg:

Unternehmen - StLÄ - StBA.

Rechtsgrund-
lage:

Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über Arten und Umfang der betrieblichen Altersversorgung vom 11. März 1974 (BGBl. I S. 681) aufgrund von § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314).

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

XVI. Wirtschaftsrechnungen

1. Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS)

Allgemeine Bemerkungen:

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaften werden z.Z. Überlegungen hinsichtlich der Durchführung einer gemeinschaftlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe angestellt. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich bei diesen Planungen, die noch nicht hinreichend konkretisiert sind, für eine Abstimmung des Termins mit dem Zeitpunkt der nächsten nationalen Erhebung ein. Hierfür ist - entsprechend dem im Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18) vorgeschriebenen drei- bis fünfjährigen Turnus - das Jahr 1978 in Aussicht genommen.

Aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben als repräsentativen Haushaltsbefragungen fallen regelmäßig aktuelle Angaben über die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung der privaten Haushalte an. Die monatlichen Anschreibungen über Ausgaben und Einnahmen in den Haushaltsbüchern werden durch das Eröffnungs- und das Schlußinterview ergänzt, in denen vorwiegend Fragen nach der Zusammensetzung des Haushalts, seiner Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Vermögenswerten sowie nach den Wohnverhältnissen gestellt werden.

Innerhalb des gesetzlich vorgegebenen Rahmens wurde bei den bisherigen Erhebungen jeweils bestimmten Fragenkomplexen gewisser Vorrang eingeräumt, und zwar

- 1962/63: dem Nachweis der Einkommenserzielung und -verwendung aller privaten Haushalte, wobei der Nachweis des Privaten Verbrauchs nach Güterarten, Verwendungszwecken und Käuferschichten im Vordergrund stand;

- 1969: Fragen der Bildung und Verteilung von Individual- und Haushaltseinkommen, der Vermögensbildung und -bestände;
- 1973: der Erfassung der Aufwendungen der Haushalte für die Ernährung in tiefer warenmäßiger Gliederung und unter Angabe von Mengen. Außerdem wurden die Nachweisungen über die Einkommen aus Vermögen sowie die Vermögensbestände ausgebaut.

Tatbestände: Nach dem Gesetz sind folgende Tatbestände zu erfassen:

- Einnahmen der Haushalte nach Quellen,
- Verwendung der Einnahmen für
 - den Privaten Verbrauch (nach Art, Menge und Betrag),
 - Steuern und Abgaben,
 - Beiträge zur Sozialversicherung sowie zu privaten Versicherungen, soweit sie nicht die Vermögensbildung betreffen,
 - Rückzahlung von Schulden,
 - Vermögensbildung,
 - sonstige Zwecke.
- Außerdem Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Kreis der Befragten: Maximal 0,3 % aller privaten Haushalte (ohne Haushalte von Ausländern und Privathaushalte in Anstalten sowie ohne Haushalte mit extrem hohem Einkommen).

Periodizität: 3 bis 5 Jahre.

Berichtsweg: Befragte (Interviewer) - StLÄ - StBA (zentrale Aufbereitung).

Rechtsgrund-
lage:

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrech-
nungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961
(BGBl. I S. 18).

Festlegung des Termins jeweils durch Verordnung.

Zuständiges
Ressort:

Bundesministerium für Wirtschaft.

B. Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse und Querschnittsaufgaben

I. Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse in Gesamtsystemen und Entwicklung von Schätzverfahren in einzelnen Bereichen

1. Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen ein umfassendes, in sich geschlossenes System zur Darstellung der Güter-, Einkommens- und Finanzierungsvorgänge dar. Den Kern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bilden die Sektorkonten, ergänzt um nach verschiedenen Gesichtspunkten gegliederte Tabellen zur Darstellung der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, der Verteilung des Volkseinkommens, des Staates als Teil der Volkswirtschaft, des Einkommens der privaten Haushalte und seiner Verwendung, der Vermögensbildung und ihrer Finanzierung und der wirtschaftlichen Vorgänge mit der übrigen Welt. Zu einem modernen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen gehören auch Input-Output-Tabellen zur Darstellung der produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft sowie Finanzierungsrechnungen für den Nachweis der Veränderungen der finanziellen Beziehungen. Voll ausgebaute Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen umfassen auch gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnungen, die das Sach-, Geld- und Reinvermögen und seine Verteilung in der Volkswirtschaft darstellen.

Mit der Aufstellung der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik ist das Statistische Bundesamt gemäß § 2 Ziffer 5 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke beauftragt (auf dem Gebiet der Finanzierungs- und Geldvermögensrechnung arbeitet die Deutsche Bundesbank, regionale Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden von einem Arbeitskreis der Statistischen Landesämter berechnet). Neben Berechnungen für nationale Zwecke müssen auch Berechnungen für internationale Organisationen, insbesondere für die Europäischen Gemeinschaften, nach deren System durchgeführt werden. Eine Angleichung an die internationalen Systeme wird angestrebt, läßt sich aber im Hinblick auf die angestrebten Erkenntnisziele und aus statistisch-technischen Gründen nicht ohne weiteres verwirklichen. Die im Rahmen des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Europäischen Gemeinschaften (ESVG) konkretisierten Anforderungen gehen zum Teil erheblich über den gegenwärtigen Umfang der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik Deutschland hinaus.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden neben Jahresergebnissen in zusammengefaßter Form auch Halbjahreszahlen dargestellt (Ansätze für vierteljährliche Berechnungen sind bei einzelnen Tatbeständen vorhanden). Die wichtigsten Eckdaten werden wenige Wochen nach Ablauf des Berichtsjahres vorgelegt; ein geschlossenes Kreislaufbild für Jahre und Halbjahre liegt 2 Monate (für das erste Halbjahr 3 Monate) nach Ende der Berichtsperiode vor. Bedingt durch den sukzessiven Anfall des statistischen Ausgangsmaterials (Monatsstatistiken, Vierteljahresstatistiken, Jahresstatistiken, Zensen und andere Statistiken, die nur in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden) müssen die Ergebnisse für die einzelnen Berichtsperioden immer wieder neu berechnet werden. Unterlagen aus Zensen können nur im Rahmen größerer Revisionen eingearbeitet werden, durch die die Berechnungsergebnisse über ein halbes Jahrzehnt oder mehr Jahre zurück dem neuesten Stand des Ausgangsmaterials angepaßt werden. Angaben über die Waren- und Dienstleistungen und die hieraus unmittelbar abgeleiteten Leistungsströme (Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt) werden auch in konstanten Preisen berechnet. In mehrjährigen Abständen müssen die Angaben in konstanten Preisen auf aktuelle Basisjahre umgerechnet werden.

In den Jahren 1975 und 1976 wird das Schwergewicht der Arbeiten neben den laufenden Berechnungen bei einer umfassenden größeren Revision liegen, durch die u.a. eine weitere Angleichung an das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen herbeigeführt werden soll, um Doppelarbeit möglichst zu vermeiden. Gleichzeitig - mit Fortsetzung in den folgenden Jahren - sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechend den Anforderungen in verschiedener Hinsicht weiterzuentwickeln. Dabei geht es einerseits darum, den durch die gegenwärtigen Systeme (national und international) vorgegebenen Rahmen nach und nach voll auszufüllen, andererseits müssen die grundlegenden Konzepte weiterentwickelt werden, um neuen Fragestellungen im Zusammenhang mit Wohlstandsüberlegungen u.a. entsprechen zu können (insbesondere durch Verknüpfung mit sozialen Indikatoren). Größere Arbeiten fallen insbesondere auf folgenden Gebieten an:

- Aufstellung jährlicher Input-Output-Tabellen hauptsächlich für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften ab Berichtsjahr 1970 (u.a. kurzfristige Fortschreibung der Eckdaten über Produktion,

Vorleistungen und Wertschöpfung und ihre Verknüpfung mit der herkömmlichen Entstehungsrechnung nach Unternehmensbereichen usw.),

- Verbesserung und Weiterentwicklung der Berechnungen in konstanten Preisen (Umbasieren der Reihen in konstanten Preisen auf das neue Basisjahr 1970, Einhängen der Volumensberechnungen in das Schema der Input-Output-Tabellen, Weiterentwicklung der Berechnungsmethoden für die Dienstleistungsbereiche),
- Ergänzung der halbjährlichen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um vierteljährliche Berechnungen für wichtige Tatbestände,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für kleinere Regionen (ab Berichtsjahr 1975 fordern die Europäischen Gemeinschaften ausgewählte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Regierungsbezirke oder anders abgegrenzte Regionen ähnlicher Größenordnung auf der Grundlage des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen - das Statistische Bundesamt wird soweit wie möglich auf die Ergebnisse des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" zurückgreifen und diese auf die Konzepte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen umstellen -; außerdem liegen aus der Sicht des Bundes Anforderungen nach Kreisdaten für bestimmte Tatbestände - z.B. Einkommen und Investitionen - vor, die bisher noch von keiner Stelle berechnet worden sind),
- Verbesserung und Weiterentwicklung der Darstellung der Einkommens- und Finanzierungsvorgänge in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Weiterentwicklung der Sektorendarstellung hinsichtlich der Einzelunternehmen und kleinen Personengesellschaften sowie der Wohnungsvermietung, Nachweis der Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen, Darstellung der Einkommensverteilung und -verwendung der privaten Haushalte nach Haushaltgruppen),
- Darstellung der Forschungsleistungen und ihrer Finanzierung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen,

- Berechnung des Volksvermögens und der Vermögensverteilung (Weiterentwicklung der Berechnung des reproduzierbaren Anlagevermögens und Ergänzung um Angaben über den Grund und Boden und andere Vermögenswerte zur Ermittlung des Volksvermögens, Aufstellung einer gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung nach Sektoren und ihre Zusammenführung mit den Ergebnissen der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank),
- Verbesselter Nachweis des Einsatzes der Produktionsfaktoren (u.a. Berechnung der geleisteten Arbeitsstunden sowie des eingesetzten Kapitalstocks nach Wirtschaftsbereichen),
- Untersuchungen zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen,
- Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit dem Ziel, sie im Hinblick auf soziale Zielvorstellungen aussagefähiger zu machen und mit sozialen Indikatoren (auf dem Gebiet des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Freizeit usw.) zu verknüpfen.

Hingewiesen sei ferner auf die erforderliche Mitwirkung bei gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftvergleichen mit dem Ausland (in diesem Zusammenhang spielen auch Vergleiche zwischen östlichen und westlichen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen eine Rolle).

- I. Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse in Gesamtsystemen und Entwicklung von Schätzverfahren in einzelnen Bereichen
2. Entwicklung eines Systems demographischer und sozialer Daten und "Soziale Indikatoren"

Angeregt u.a. durch entsprechende Bestrebungen der Vereinten Nationen sind in der Bundesrepublik die Vorarbeiten zur Entwicklung eines Gesamtsystems demographischer und sozialer Daten in Angriff genommen worden. Durch diese Arbeiten, die in Zukunft verstärkt werden müssen, soll ein in sich geschlossenes und - soweit Berührungspunkte bestehen - mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpftes System über die Struktur und Entwicklung der Bevölkerung und wesentliche Aspekte der gesellschaftlichen Verhältnisse und sozialen Zustände entwickelt werden. Das System soll den Rahmen für den Ausbau der Bevölkerungs- und Sozialstatistik im weitesten Sinne bilden und die für die Analyse der demographischen und sozialen Gegebenheiten und Trends erforderlichen Indikatoren enthalten.

Im System der demographischen Daten tritt die statische Betrachtungsweise, wie sie vorwiegend im Rahmen von Querschnittsstatistiken angewandt wird, gegenüber der dynamischen Betrachtungsweise zurück, die dahin zielt, "Übergangsquoten von einer Lebensphase in die andere, von einer Tätigkeit in die andere, von einer Bevölkerungsgruppe in eine andere" zu ermitteln. Damit liegt dem Gesamtsystem u.a. der Gedanke zugrunde,

- die Veränderungen in der Gliederung der Bevölkerung, beispielsweise den Übergang von Schülern in das Erwerbsleben, von Erwerbstätigen zu Nichterwerbstätigen, Verheirateten zu Verwitweten oder Geschiedenen usw. im Rahmen von Verlaufsstatistiken einer ständigen Beobachtung zu unterwerfen,
- neben den Veränderungen bei Individuen diejenigen bei Familien und Haushalten zu beobachten, z.B. die Bildung, Veränderung und Auflösung von Familien.

Derartige Analysen waren im Rahmen der amtlichen Statistik außer bei der Studentenverlaufsstatistik bisher nur in sehr kleinem Umfang im Rahmen des Mikrozensus durch Wiederholungsbefragungen von Haushalten möglich.

Bei der Entwicklung des Systems sind erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Im Vergleich zum Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die Ausgangssituation für den Aufbau eines Gesamtsystems demographischer und sozialer Daten ungünstiger, da es keine umfassende, allgemein akzeptierte Theorie der Bevölkerung und ihrer sozialen Entwicklung gibt, die - wie die Kreislauftheorie für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - einen Rahmen für den Aufbau des Systems bilden könnte. Obwohl das bevölkerungsstatistische Ausgangsmaterial in der Bundesrepublik günstige Voraussetzungen bietet, werden die benötigten Informationen häufig nur durch Kombination und Weiterverarbeitung von Material aus verschiedenen statistischen Quellen zu gewinnen sein.

Die V e r e i n t e n N a t i o n e n haben Vorschläge für Darstellungsformen (z.B. Tabellen, Matrizen, Konten, Gleichungen) entwickelt. Ferner haben sie Übersichten erarbeitet, in denen das Gesamtsystem in Teilsysteme untergliedert ist und aus denen sich für jedes Teilsystem die darin nachzuweisenden Tatbestände, Konzepte, Definitionen, Gliederungen usw. ergeben. Die vorgeschlagenen Teilsysteme umfassen im wesentlichen

- die Bevölkerungsentwicklung,
- die Ausbildung,
- den Arbeitsmarkt,
- die Wohnverhältnisse,
- die Gesundheit,
- die soziale Sicherheit und Wohlfahrt,
- die öffentliche Ordnung und Sicherheit,
- das Freizeitverhalten (einschl. Zeitbudgets) sowie
- die Einkommensverteilung und -verwendung.

In das Gesamtsystem wurden S o z i a l e I n d i k a t o r e n einbezogen, die teils verdichtete, teils ausgewählte Einzeldaten aus den Basisreihen des Systems enthalten und darauf abgestellt sind, die Lebensverhältnisse in verschiedenen Bereichen sowie die Verfügbarkeit, Nutzung und Effizienz sozialer Dienstleistungen zu messen. Es handelt sich dabei allerdings weniger um Indikatoren, die von politischen Zielen bestimmt sind, als vielmehr um Indikatoren, die zunächst einmal auf vorhandene statistische Informationen bezogen sind und diese in aggregierter Form darbieten.

Das Statistische Bundesamt ist in den zuständigen UN-Gremien als Berichterstatter für mehrere Subsysteme tätig.

Die O E C D widmet sich auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses aus dem Jahre 1970 intensiv dem Problem, wie das wirtschaftliche Wachstum mehr als bisher auf eine Anhebung der Qualität des Lebens und die Erfüllung der gesellschaftlichen Wünsche ausgerichtet werden kann. In ihrem mehr deduktiven Ansatz hat die OECD in einer inzwischen abgeschlossenen Phase I eine Liste sozialer Anliegen aufgestellt, die für die 8 Hauptzielgebiete (Gesundheit, Persönliche Entwicklung durch Bildung, Erwerbstätigkeit und Qualität des Erwerbslebens, Zeit und Freizeit, Verfügung über Waren und Dienstleistungen, Physische Umwelt, Persönliche Sicherheit und Rechtspflege, Soziale Chancen und Beteiligung am Leben der Gemeinschaft) insgesamt 24 wesentliche gesellschaftliche Anliegen nennt. In diese Liste wurden Anliegen aufgenommen, die

- im Prinzip vermutlich quantifizierbar sind,
- für die meisten Mitgliedsländer zutreffen und von genügender gegenwärtiger oder potentieller Bedeutung für die Regierung dieser Länder sind,
- wesentliche menschliche Bestrebungen oder Anliegen im Gegensatz zu Mitteln oder instrumentellen Aspekten des Wohlbefindens darstellen.

In der gerade begonnenen Phase II, in der das Statistische Bundesamt mitwirkt, ist vorgesehen, eine Einigung über Spezifikationen und Definitionen der im Rahmen der Sozialen Indikatoren verwendeten Begriffe herbeizuführen. Bisher hat die OECD hierzu Indikatorenvorschläge für folgende Gebiete bzw. Anliegen unterbreitet:

- Gesundheit,
- Persönliche Entwicklung durch Bildung,
- Persönliche Verfügung über Waren und Dienstleistungen,
- Streuung in der Struktur von Einkommen,
- Wohnungsbedingungen,
- Vorhandensein von Arbeitsmöglichkeiten für Personen, die Arbeit wünschen,
- Qualität des Arbeitslebens,
- Persönlich zufriedenstellende Erfahrungen mit dem Arbeitsleben.

In einer Phase III soll dann Einigung über die Quantifizierung erfolgen.

Die Intensivierung der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes auf diesem Gebiet ist von besonderer Bedeutung, da die OECD-Konzeptionen u.a. entscheidende Anregungen für weitere Überlegungen zur Entwicklung von Indikatorensystemen auf den Gebieten der Raumordnung und des Umweltschutzes versprechen.

I. Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse in Gesamtsystemen und Entwicklung von Schätzverfahren in einzelnen Bereichen

3. Entwicklung von Schätzverfahren im Bereich der Regionalstatistik und der Umweltstatistiken

1. Regionalstatistik

Der wachsende Bedarf an regionalstatistischen Informationen kann durch den Ausbau des Programms originärer Erhebungen und die verstärkte Ausnutzung von automatisierten Verwaltungsunterlagen allein nicht gedeckt werden. Es ist daher erforderlich, in verstärktem Maße Schätzungen als Mittel der Datengewinnung einzusetzen. Diese Methode, die bereits seit langem u.a. in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen genutzt wird, bietet sich insbesondere an, wenn Ergebnisse in kürzeren Zeitabständen gewonnen werden müssen, als es das Programm der Großzählungen erlaubt, oder wenn Daten ermittelt werden müssen, die statistischen Erhebungen schwer zugänglich sind. Im einzelnen kommen Schätzungen in Betracht, um

- in den Fällen von Änderungen des Gebietsstandes, der Systematiken, Definitionen usw. die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten wenigstens annäherungsweise zu ermöglichen,
- durch Inter- bzw. Extrapolation Daten zu berechnen, die nur in größeren zeitlichen Abständen erhoben werden (z.B. jährliche Fortrechnung der Beschäftigungsfälle der Arbeitsstättenzählung),
- Daten zu gewinnen, die bisher nicht in entsprechend feiner regionaler Gliederung vorliegen (z.B. wenn Daten nur für Bundesländer vorhanden sind) oder
- durch Analogieschlüsse auf der Grundlage von Teilergebnissen usw. Daten zu ermitteln, die bisher noch nicht in umfassender regionaler Gliederung von der Statistik erfaßt werden, z.B. in den Fällen, in denen Daten nur für Teilbereiche vorliegen. (So baut z.B. die geplante Beschäftigten- und Entgeltstatistik - vgl. A IV.2 - auf Unterlagen der Sozialversicherungsträger auf. Angaben für die dort nicht erfaßten Beschäftigtengruppen müssen hinzugeschätzt werden.)

Für die erste Tagung des Arbeitskreises "Regionalstatistik" hat das Statistische Bundesamt anhand der Anforderungen des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für Wirtschaft bezüglich der Raumordnung und der regionalen Wirtschaftsförderung einen Vorschlag zu Tatbeständen und Merkmalen vorgelegt, für die nach Möglichkeit jährliche Schätzungen auf Kreisebene oder für größere regionale Einheiten in Betracht kommen. Der Arbeitskreis empfahl, die folgenden Größen mit erster Priorität zu behandeln:

- die Zahl der Beschäftigungsfälle,
- die Bruttoanlageinvestitionen des Produzierenden Gewerbes,
- die Lohn- und Gehaltsumme (Arbeitsortkonzept),
- das Bruttoinlandsprodukt (evtl. nur alle zwei Jahre),
- Beiträge einzelner großer Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt (für die Jahre, in denen keine Angaben für das Bruttoinlandsprodukt insgesamt vorliegen).

Für die Durchführung der Schätzungen ist aus Mitgliedern des Arbeitskreises "Regionalstatistik" eine eigene Arbeitsgruppe "Schätzungen im Rahmen der Regionalstatistik" gebildet worden.

Z.Z. arbeitet das Statistische Bundesamt an methodischen Konzepten, die die Grundlage für die Arbeiten der Arbeitsgruppe liefern sollen.

2. Umweltstatistiken

Als Teil der Bemühungen um einen Ausbau der Umweltstatistiken (vgl. A VII. 2) ist u.a. die zusätzliche Aufbereitung bzw. Weiterverarbeitung bestehender Statistiken in Angriff genommen worden, die primär für andere Zwecke erhoben wurden. Diese Aufgabe erfordert eine systematische Auswertung aller relevanten Daten, und zwar zum größten Teil auf tiefer regionaler Ebene.

Im allgemeinen liefern die vorhandenen Daten nur indirekte Indikatoren über Belastungen der Umwelt sowie über Verursacher und Betroffene. Ergänzend dazu müssen für Zwecke der Analyse und Prognose Methoden für Umrechnungen statistischer Angaben über schadensverursachende Vorgänge auf Schäden, die Auswirkungen der Schäden und die von ihnen Betroffenen ent-

wickelt werden. Typische Anwendungsfälle einer solchen Auswertungsmethode sind Umrechnungen von Ergebnissen aus der Produktionsstatistik über die Produktion umweltgefährdender Stoffe anhand technischer Koeffizienten oder von Ergebnissen der Luftfahrtstatistik über Starts und Landungen nach Flugzeugtypen in Verbindung mit Emissionswerten einzelner Strahltriebwerke sowie klimatologischen Daten.

II. Methodische Untersuchungen und sonstige vorbereitende Arbeiten zum Ausbau des statistischen Gesamtbildes in ausgewählten Bereichen

1. Ausbau der Einkommens- und Vermögensstatistik

I. Einkommensstatistik

Von der amtlichen Statistik werden auf dem Gebiet der Einkommensstatistik verbesserte Informationen, insbesondere zu folgenden Fragestellungen, erwartet:

- 1) Verteilung der im Produktionsprozeß entstehenden Einkommen auf Arbeitnehmer, Unternehmer und Kapitalbesitzer,
- 2) Umverteilung der Einkommen, insbesondere über den Staat,
- 3) Verteilung aller Einkommen der privaten Haushalte (Erwerbs-, Vermögens-, übertragene Einkommen) auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Das Statistische Bundesamt hat in den vergangenen Jahren untersucht, welche Wege eingeschlagen werden können, um schrittweise eine Verbesserung der statistischen Nachweisungen über die Einkommen zu erreichen. Diese Informationen können nicht durch eine einzelne Statistik bereitgestellt werden; vielmehr ist ein Bündel von Statistiken erforderlich, und zwar sowohl Statistiken, die sich unmittelbar an Betriebe oder Unternehmen bzw. an Einzelpersonen oder Haushalte richten, als auch Sekundärstatistiken, die vorhandenes statistisches Material aus Verwaltungsunterlagen u.ä. auswerten. Um ein aussagefähiges Gesamtbild erstellen zu können, müssen die Ergebnisse aus den verschiedenen Quellen sinnvoll kombiniert und durch Schätzungen ergänzt werden.

Zu 1)

Über die Einkommen aus unselbständiger Arbeit steht Material aus verschiedenen Quellen zur Verfügung. In den nächsten Jahren sind u.a. folgende Erhebungen bzw. Erweiterungen bestehender Statistiken geplant, aus denen aktuelles Zahlenmaterial über die Einkommen aus unselbständiger Arbeit (bzw. Löhne und Gehälter) anfallen wird:

- Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975
(vgl. A IV. 1)

Wie bei der Arbeitsstättenzählung 1970 ist auch im Rahmen der für 1975 in Aussicht genommenen, sicherlich aber erst später kommenden Arbeitsstättenzählung die Erhebung der Brutto Lohn- und -gehaltsummen vorgesehen. Damit werden erstmals etwa in der Mitte der Dekade zwischen zwei Volkszählungen (die nächste Volkszählung ist für 1981 geplant) derartige Angaben für Arbeitsstätten in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung zur Verfügung stehen, die insbesondere für die Beurteilung der Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen von besonderer Bedeutung sind.

- Einführung einer laufenden Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Unterlagen der Sozialversicherung (vgl. A IV. 2)

Aus dieser Statistik werden in Zukunft u.a. jährliche Angaben über die Entwicklung der Löhne und Gehälter, soweit sie der Beitragspflicht in der Sozialversicherung unterliegen, in fachlicher und regionaler Gliederung vorliegen. Auch Einkommensschichtungen fallen im Rahmen dieser Statistik an. Die Ergebnisse müssen durch Schätzungen über den Teil der Löhne und Gehälter, der die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, und über die von der Sozialversicherung nicht erfaßten Arbeitnehmer (Beamte u.ä.) ergänzt werden.

- Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen sowie Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten, und zwar

- erstmals eine Erhebung über Struktur und Verteilung der Löhne und Gehälter im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe für Oktober und für das ganze Jahr 1974 gemäß Rechtsverordnung der Europäischen Gemeinschaften (vgl. A XV. 3),
- Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten,
 - darunter eine Wiederholung der Personalkostenerhebung im Produzierenden Gewerbe 1973 (für 1972) im Jahre 1976 (für 1975)-(vgl. A XV. 2 a),
 - ferner eine Wiederholung der Personalkostenerhebung von 1971 (für 1970) im Handel, im Bank- und im Versicherungsgewerbe (erstmalig unter Einbeziehung des Großhandels) im Jahre 1975 (für 1974) - (vgl. A. XV. 2 b).

Noch nicht hinreichend konkretisiert sind Überlegungen zur Einführung einer laufenden Verdiensterhebung im öffentlichen Dienst. Voraussetzung hierfür wäre u.a. die Vereinheitlichung der maschinellen Abrechnung der Bezüge bei Bund, Ländern und Gemeinden.

Hinsichtlich des Nachweises der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bestehen im statistischen Ausgangsmaterial noch erhebliche Lücken. Die Anforderungen richten sich im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die den umfassendsten Nachweis über die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen entstandenen und verteilten Einkommen führen, hauptsächlich auf einen Ausbau der Nachweisungen der Unternehmensgewinne und ihrer Verwendung sowie der Vermögenseinkommen, u.a. durch eine Gliederung nach großen Unternehmensbereichen und sozioökonomischen Empfängergruppen. Für die Berechnung der Unternehmensgewinne werden umfassende und hinreichend gegliederte Angaben aus Gewinn- und Verlustrechnungen benötigt. Zusätzliches Material zur Berechnung der entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Gliederung nach Unternehmensbereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird durch

- die Verbesserung der Bereichsstatistiken (hier u.a. die Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, vgl. A VII.1) und
- die Anpassung der Kostenstrukturstatistiken (vgl. A VI. 2) anfallen. Wichtig wäre auch ein Ausbau der Bilanzstatistik.

Zu 2)

Die Bemühungen um Vervollständigung der Angaben über die Umverteilung der Einkommen, insbesondere über die Sozialleistungen im weitesten Sinne, werden in Zukunft fortgesetzt. Hierbei steht der Ausbau der Sozialkonten, die mit ihren Eckdaten mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft sind, im Mittelpunkt. Dazu gehört u.a. die Vervollständigung der Informationen über die Leistungen und Aufwendungen der betrieblichen Altersversorgung.

Zu 3)

Die Analyse des Lebensstandards und der Kaufkraft der Bevölkerung erfordert Angaben über Umfang und Zusammensetzung aller Einkommen (Erwerbs-, Vermögens-, übertragene Einkommen) der verschiedenen Empfängerschichten und über die Verwendung

dieser Einkommen. Als Quellen für Angaben über das Einkommen der privaten Haushalte kommen verschiedene Statistiken in Betracht. Von besonderer Bedeutung sind diejenigen, die eine Aussage in sozioökonomischer Gliederung, nach Einkommensgrößenklassen, nach der Haushaltsgröße und anderen für die Einkommenspolitik relevanten Merkmalen erlauben. Hierzu gehören in erster Linie die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (vgl. A XVI.1), die jedoch aus erhebungstechnischen Gründen z.B. nicht die Haushalte an der Spitze der Einkommenspyramide erfassen. An weiteren Erhebungen, die sich unmittelbar an die privaten Haushalte richten und Fragen nach dem Einkommen enthalten, sind

- die für 1975 vorgesehene Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (vgl. A IV. 1),
- der Mikrozensus (vgl. A IV. 3) und
- die 1 %-Wohnungsstichproben (vgl. A VIII. 3)

zu nennen. Ferner fallen wichtige Unterlagen aus den in dreijährigen Abständen stattfindenden Lohn- und Einkommensteuerstatistiken an. Eine Aktualisierung der Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik wird durch eine jährliche Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung angestrebt.

Wichtige Informationen über die Verteilung der Einkommen können Einkommensschichtungen, u.a. nach Einkommensgrößenklassen sowie nach sozialen Gruppen, vermitteln. Die hierfür erforderliche Kombination von Unterlagen aus verschiedenen Statistiken, die Angaben über Einkommen enthalten, stößt auf vielfältige Schwierigkeiten. Die Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind so ausgerichtet, daß in einer ersten Phase Jahreszahlen über die Zusammensetzung der Einkommen und über die Einkommensverwendung nach sozialen Gruppen anfallen werden; in einer zweiten Phase sind für ausgewählte Jahre zusätzlich Angaben in der Gliederung nach Einkommensgrößenklassen der privaten Haushalte vorgesehen.

I. Vermögensstatistiken

Die Durchleuchtung der Vermögenssituation in der Volkswirtschaft erfordert u.a. Angaben über die Vermögensbildung und über die Vermögensverteilung. Die Anforderungen an das statistische Instrumentarium auf diesem Gebiet richten sich vor

allem auf den Nachweis

- der Verfügungsgewalt über das Sach- und Geldvermögen im Produktionsprozeß sowie
- des Eigentums an Sach- und Geldvermögen in den Händen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

Die verfügbaren Statistiken reichen zur Beantwortung dieser beiden Fragestellungen zur Zeit noch nicht. Um das statistische Bild über die Verfügungsgewalt über das Vermögen im Produktionsprozeß zu vervollständigen, ist vor allem

- eine umfassende und in ihrer Ausgestaltung dem Analysezweck angepaßte Bilanzstatistik der Unternehmen (vgl. A VI.3) notwendig.

Sie müßte zumindest den gesamten gewerblichen Bereich abdecken und sich auf alle Rechtsformen beziehen. Zu denken ist insbesondere an eine jährliche Statistik der Steuerbilanzen. Eine solche Statistik setzt u.a. einheitliche Schemata für Steuerbilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen und eine intensive Mitwirkung der Befragten und der Finanzverwaltung voraus.

- Ferner ist die Einführung einer umfassenden, an den Erfordernissen gesamtwirtschaftlicher Analysen ausgerichteten Vermögensstatistik im öffentlichen Bereich erforderlich.

Zur Darstellung der Vermögenssituation der privaten Haushalte kann die Vermögensteuerstatistik nur über die großen Vermögen Auskunft geben, wegen der Freigrenzen und Freibeträge aber nicht über die große Zahl der mittleren und kleinen Vermögen. Durch die ab 1972 eingeführte sozioökonomische Gliederung in der Vermögensteuerstatistik wird u.a. eine bessere Verknüpfung mit den Ergebnissen der in mehrjährigen Abständen durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben möglich sein, in denen ebenfalls Fragen nach den Vermögensbeständen der privaten Haushalte gestellt werden. Die oberen Vermögensklassen können von dieser Statistik, die auf freiwilliger Mitwirkung der Haushalte beruht, allerdings nicht erfaßt werden. Besondere Anstrengungen müssen deshalb in Zukunft unternommen werden, die vorhandenen Unterlagen besser kombinierbar zu machen. In diese Bemühungen sind auch die Unterlagen der Banken und Versicherungsunternehmen einzubeziehen, die Aufschluß über bestimmte Vermögensarten geben.

Eine gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung, die das Sach-, Geld- und Reinvermögen der Sektoren und Bevölkerungsgruppen zeigt, konnte noch nicht aufgestellt werden. Ansätze bieten die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführte Anlagevermögensrechnung sowie die Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank.

II. Methodische Untersuchungen und sonstige vorbereitende Arbeiten zum Ausbau des statistischen Gesamtbildes in ausgewählten Bereichen

2. Ausbau der Wissenschafts- und Forschungsstatistik

Über Einzelheiten der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geplanten Forschungsstatistik wird unter A III. 4 berichtet.

Mit Einführung dieser Statistik wird das Ziel verfolgt, dringend benötigte personelle und finanzielle Daten über den Bereich von Forschung und Entwicklung - u.a. für Zwecke der Forschungsplanung, der Erfolgskontrolle forschungspolitischer Maßnahmen und des internationalen Vergleichs der Forschungsaktivitäten - bereitzustellen. Es wird angestrebt, in die Erhebung die Bereiche Wirtschaft, Staat und Organisationen ohne Erwerbscharakter einzubeziehen. Die Abgrenzung des Erhebungsbereichs, die Festlegung der Definitionen, die Regelung der Auskunftspflicht und der Geheimhaltung bedürfen noch eingehender Untersuchungen.

Die Forschungsstatistik könnte die bisher vorliegenden Daten über den Bereich von Forschung und Entwicklung wesentlich ergänzen. Bisher fallen in der Bundesrepublik Deutschland Angaben über diesen Bereich nur in der Finanzstatistik und im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an. Ferner führen der Wissenschaftsrat und der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft Erhebungen auf freiwilliger Basis bei den staatlichen und den öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen bzw. bei Unternehmen im Wirtschaftssektor durch.

Aus diesen Quellen werden u.a. auch die Anforderungen der internationalen Organisationen erfüllt, die in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen zur Gewinnung vergleichbarer Daten über die Ausgaben der einzelnen Länder für Forschung und Entwicklung verstärkt haben. Insbesondere sind hier die Arbeiten der OECD zu erwähnen, die im Jahre 1963 im sog. Frascati-Handbuch zur Aufstellung allgemeiner Richtlinien zur Erfassung und Darstellung forschungsstatistischer Daten geführt haben. Diese Richtlinien wurden 1963/64 im ersten Internationalen Statistischen Jahr für Forschung und Entwicklung erprobt. Die dabei gemachten Erfahrungen fanden ihren Niederschlag in einer Überarbeitung des Handbuchs, die 1970 abge-

schlossen wurde. Eine dritte Fassung des Handbuchs wird zur Zeit vorbereitet. Die von der OECD entwickelten methodischen Grundsätze sehen eine umfassende Darstellung

- der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung,
- ihrer Finanzierung und
- des eingesetzten Personals nach Art, Zwecken und Wirtschaftsbereichen

vor.

Auch die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die jährliche und - mit erweitertem Fragenkatalog - zweijährliche Erhebungen über Forschungsaktivitäten durchführt, bemüht sich um eine methodische Weiterentwicklung der Forschungsstatistiken. Schwerpunkte dieser Arbeiten liegen bei der Erstellung von Nomenklaturen für Forschungsdisziplinen und -ziele, der Messung der Forschungstätigkeit im Hochschulbereich sowie der Bestimmung und Messung forschungsverwandter Aktivitäten.

Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften wurde - aufbauend auf den Vorarbeiten der OECD - eine Systematik zur Analyse und zum Vergleich der wissenschaftlichen Programme und Haushalte (NABS) erarbeitet, die eine Aufgliederung der Forschungsaufwendungen des Staates nach großen Forschungszielen ermöglicht. Damit wurden die Voraussetzungen für einen jährlichen Vergleich der Forschungshaushalte und damit auch der Forschungspolitik in den Mitgliedsländern geschaffen.

Zur Zeit wird im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften ein die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergänzendes System für Forschung und Entwicklung aufgestellt, das mit dem von der OECD erarbeiteten System eng verknüpft werden soll. Zu den Problemen, die dabei noch gelöst werden müssen, gehören u.a.

- die Abgrenzung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie experimenteller Entwicklung,
- die Einbeziehung der Geisteswissenschaften,
- der Nachweis der Forschungsleistungen in Input-Output-Rechnungen sowie
- der Nachweis der Forschungsaufwendungen, die für Zwecke des Umweltschutzes eingesetzt werden.

II. Methodische Untersuchungen und sonstige vorbereitende Arbeiten zum Ausbau des statistischen Gesamtbildes in ausgewählten Bereichen

3. Ausbau der Regionalstatistik

Fragen der Regionalforschung, der Raumordnung, der Regionalpolitik (im weitesten Sinne) sowie der räumlich orientierten Fachplanung gewinnen in den letzten Jahren ständig an Bedeutung. Damit ist auf nahezu allen Gebieten ein erhöhter Bedarf an regionalstatistischen Informationen, d.h. Angaben für kleine regionale Einheiten, entstanden. Für das Statistische Bundesamt, das sich seit jeher um die Bereitstellung von regional fein gegliederten Ergebnissen bemüht, ergeben sich dadurch zahlreiche neue Anforderungen, die u.a. durch folgende Maßnahmen erfüllt werden sollen:

1. Weitere Konkretisierung der Anforderungen an die Regionalstatistik,
2. Verbesserung der Darbietung und Auswertung durch das regionalstatistische Programm der Statistischen Datenbanken,
3. Verbessertes Datenangebot durch Erweiterung bestehender und durch Einführung neuer Statistiken,
4. Verstärkte Gewinnung regionalstatistischer Daten aus automatisierten Verwaltungsunterlagen,
5. Intensivere Anwendung von Schätzverfahren für die Gewinnung von Regionaldaten,
6. Aufbau kleinräumlicher Gliederungssysteme,
7. Ausbau der regionalstatistischen Veröffentlichungen für nichtadministrative Raumeinheiten,
8. Mitarbeit an regionalen Analysen und Prognosen.

Zu diesen Maßnahmen ist im einzelnen zu bemerken:

Zu 1. Weitere Konkretisierung der Anforderungen

Auf Vorschlag des Statistischen Bundesamtes hat der im Juni 1973 erstmals zusammengetretene Arbeitskreis "Regionalstatistik" - der inzwischen in einen Fachausschuß umgewandelt worden ist - die Ausarbeitung eines umfassenden Programmvorschlags für die Regionalstatistik beschlossen. Dieses Programm soll

- die Anforderungen (unter Angabe der Zwecke, der Tatbestände und Merkmale - ggf. auch der Kombinationen und der Periodizitäten -, der regionalen Gliederung und der Priorität),
- die vorhandenen Daten und die Pläne zur Gewinnung neuer Daten unter Angabe der Wege (neue Erhebungen, Ausweitung von Erhebungen, Gewinnung von Daten durch verstärkte Ausnutzung automatisierter Verwaltungsunterlagen, Schätzungen)

aufzeigen. In der ersten Stufe sollen zunächst die grundlegenden Anforderungen der Bundesressorts auf dem Gebiet der Raumordnung und der regionalen Wirtschaftsförderung sowie der Ministerkonferenz für Raumordnung und der Länderwirtschaftsministerien behandelt werden. Dieser in enger Abstimmung mit den betroffenen Stellen zu entwickelnde Vorschlag wird in einer Arbeitsgruppe des Arbeitskreises Regionalstatistik diskutiert werden.

Zu 2. Verbesserung der Darbietung und Auswertung durch das regionalstatistische Programm der Statistischen Datenbanken

Da der amtlichen Statistik beim Ausbau der Regionalstatistik u.a. aus sachlichen und finanziellen Gründen enge Grenzen gesetzt sind, konzentrieren sich die Bemühungen in besonderem Maße auf die Auswertung und verbesserte Darbietung vorhandener regionalstatistischer Angaben. Dabei kommt insbesondere dem Ausbau der Statistischen Datenbanken des Bundes und der Länder besondere Bedeutung zu. In naher Zukunft werden für das Bundesgebiet Regionaldaten aus den Großzählungen um das Jahr 1970 sowie aus wichtigen laufenden Statistiken in den Statistischen Datenbanken zur Verfügung stehen. Entsprechend der allgemeinen Zielsetzung der Statistischen Datenbank wird es dadurch möglich sein, die ausgewählten Zahlenangaben über längere Zeiträume hinweg zu speichern, sie schnell in beliebiger Kombination zur Verfügung zu stellen, um kurzfristig Berechnungen u.a. für Zwecke der Weiterverarbeitung zu ermöglichen.

Zu 3. Verbessertes Datenangebot durch Erweiterung bestehender und durch Einführung neuer Statistiken

Im Rahmen des Programms künftiger Zählungen sollen soweit wie möglich regionalstatistische Tatbestände berücksichtigt werden. Insbesondere sind dabei folgende Statistiken zu nennen:

- Die für 1975 vorgesehene, jedoch erst später kommende Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung soll in der Mitte zwischen zwei Volkszählungen u.a. einige ausgewählte bevölkerungs- und erwerbsstatistische Grunddaten und Angaben über Pendler in tiefer regionaler Gliederung bringen (vgl. A I. 2, IV. 1, VI. 1, VIII. 2).
- Die Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Unterlagen der Sozialversicherungsträger wird u.a. auch wichtige Regionalangaben über die beschäftigten Arbeitnehmer liefern (vgl. A IV.2).
- Bei der repräsentativen Einzelhandelsstatistik werden Überlegungen angestellt, durch Erweiterung dieser Statistik und durch Kombination ihrer Ergebnisse mit aggregierten Angaben der Umsatzsteuerstatistik in zweijährigen Abständen Daten über Einzelhandelsumsätze in der Gliederung nach Kreisen zur Verfügung zu stellen (vgl. A IX.1).
- Mit der Reform der Bautätigkeitsstatistik werden künftig detaillierte regionale Auswertungen des Bauvolumens und des Bauvorrats und im Rahmen des Nichtwohnbaus der regionale Nachweis von Infrastrukturbauten im Hochbau möglich sein (vgl. A VIII.1).
- Weitere wichtige Quellen für Regionalangaben werden durch die Umweltstatistiken (vgl. A VII. 2) und durch die Erhebungen im Bereich der Hochschulstatistik (vgl. A III. 3) erschlossen.
- Im Rahmen des geplanten Ausbaus der Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik zu Reiseverkehrsstatistiken wird u.a. eine bessere Regionalisierbarkeit der Ergebnisse angestrebt (vgl. A IX.2).
- In Vorbereitung ist ferner - u.a. aufgrund von Anforderungen der Regionalpolitik und Raumordnung - der Ausbau der Bodennutzungserhebung, insbesondere die Einführung einer allgemeinen Flächenerhebung nach der Belegenheit (vgl. A V. 4).
- Auch für Stichprobenerhebungen sind Verbesserungen vorgesehen; so ist z.B. daran gedacht, Ergebnisse des Mikrozensus und der Wohnungsstichprobe 1972 auch für bestimmte nichtadministrative Raumeinheiten zusammenzustellen.

Zu 4. Verstärkte Gewinnung regionalstatistischer Daten aus automatisierten Verwaltungsunterlagen

Mit dem verstärkten Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung und der Automation von Verwaltungsvorgängen wird für die amtliche Statistik der Zugriff auf vorhandene Verwaltungsunterlagen erleichtert. Für die Regionalstatistik ist diese Form der Datengewinnung von besonderer Bedeutung, da in den Verwaltungsunterlagen meist auch Kennzeichnungen für eine kleinräumliche Zuordnung enthalten sind.

Das Statistische Bundesamt bemüht sich vor allem um eine rechtzeitige Einschaltung in die laufenden Vorbereitungen zur Automation von Verwaltungsunterlagen. Nur auf diese Weise ist die Koordinierung, Standardisierung und Normierung der angewandten Begriffe, Nummerungen usw. zu gewährleisten, die eine Voraussetzung für die Zusammenführung von Einzelangaben aus den verschiedenen Verwaltungsvorgängen ist. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Bestrebungen zur Automatisierung des Einwohnerwesens, da der hier vorgesehene Datensatz besonders viele wichtige Merkmale enthält.

Zu 5. Intensivere Anwendung von Schätzverfahren für die Gewinnung von Regionaldaten

Der Bedarf an regionalstatistischen Daten wird nur zu erfüllen sein, wenn in verstärktem Maße vorhandenes Material durch Weiterverarbeitung und Schätzungen ergänzt werden kann (vgl. B I.3).

Zu 6. Aufbau kleinräumlicher Gliederungssysteme

Die regionalstatistischen Nachweisungen der amtlichen Statistik basieren weitgehend auf der Gemeinde als kleinstem Baustein. Insbesondere die gegenwärtigen Verwaltungsgebietsreformen verursachen jedoch besondere Probleme, da sie die Dichte der regionalstatistischen Informationen durch einen Abbau der Zahl der Gemeinden verringern und zugleich durch die Änderung der Gebietsabgrenzungen die zeitliche Vergleichbarkeit beeinträchtigen. An die amtliche Statistik werden daher in zunehmendem Maße Forderungen herangetragen, kleinräumliche Gliederungssysteme anzuwenden, die sowohl dem Wunsch nach größerer Informationsdichte als auch nach besserer zeitlicher Vergleichbarkeit gerecht werden.

Im Hinblick auf diese Forderungen hat das Statistische Bundesamt dem Arbeitskreis "Regionalstatistik" Vorschläge für kurz- und langfristige Maßnahmen unterbreitet. Als kurzfristige Maßnahme ist die Erweiterung der Gemeindekennziffer um drei Stellen in den Unterlagen für Totalzählungen zu nennen. Durch diese Maßnahme wird die Möglichkeit geboten, Angaben auch nach Gemeindeteilen zu signieren. Ebenso soll in den Unterlagen für das Einwohnermeldewesen die Erweiterung der Gemeindekennziffer um drei Stellen für die Signierung von Gemeindeteilen vorgesehen werden.

Auf längere Sicht müßte ein System kleinster regionalisierter Bausteine aufgebaut werden, das eine eindeutige räumliche Identifikation erlaubt und durch die Aggregation der Bausteine die Darstellung beliebiger administrativer und nichtadministrativer räumlicher Einheiten ermöglicht.

Zu 7. Ausbau der regionalstatistischen Veröffentlichungen für nicht-administrative Raumeinheiten

Um die wachsenden Forderungen nach Daten für nichtadministrative Raumeinheiten zu erfüllen, hat das Statistische Bundesamt wichtige Eckdaten für ausgewählte Gebietskategorien (u.a. Gebietseinheiten nach dem Bundesraumordnungsprogramm) veröffentlicht. Eine Erweiterung dieser Nachweisungen ist vorgesehen, sobald zu überblicken ist, welche nichtadministrativen Gebietseinheiten in ihrer Abgrenzung als relativ konstant anzusehen sind.

Zu 8. Mitarbeit an regionalen Analysen und Prognosen

Regionalstatistische Prognosen sind für die Regionalpolitik von wachsender Bedeutung. Das Statistische Bundesamt hat bisher bereits auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und Beschäftigtenprognosen gearbeitet. So sind zuletzt Ergebnisse einer Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den 38 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms veröffentlicht worden.

III. Verbesserte Darbietung und Auswertung der Ergebnisse

1. Problemorientierte Querschnittsveröffentlichungen

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sind in der Regel nach Statistiken gegliedert, also nach Quellen geordnet. Dieses, auch in anderen Ländern vorherrschende Einteilungsprinzip hat sich grundsätzlich bewährt. Es ermöglicht eine schnelle Veröffentlichung der im Rahmen einer Erhebung anfallenden Ergebnisse und trägt somit dem Bedürfnis der Benutzer nach aktueller Information Rechnung.

Neben umfangreichem, nach Statistiken gegliedertem Material innerhalb der einzelnen Fachserien gibt das Statistische Bundesamt bereits seit langem zusammenfassende Veröffentlichungen mit querschnittsartigen Darstellungen ausgewählter Angaben aus allen oder dem größten Teil der Statistiken heraus. Wichtige Veröffentlichungen dieser Art sind das Statistische Jahrbuch, "Wirtschaft und Statistik" und der Statistische Wochendienst. Besonderen Anklang hat in jüngster Zeit der Zahlenkompaß des Statistischen Bundesamtes gefunden.

Das Veröffentlichungsprogramm des Amtes enthält auch Querschnittsveröffentlichungen, die spezielle Zielsetzungen verfolgen. So ist die bereits seit langem erscheinende Jahresveröffentlichung über "Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer" insbesondere für regionale Untersuchungen und Vergleiche geeignet. Andere Veröffentlichungen sind primär für Zeitvergleiche konzipiert. Hier ist vor allem auf die Veröffentlichung "Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972" mit einer umfangreichen Auswahl von Angaben aus allen Bereichen der amtlichen Statistik sowie auf die "Langen Reihen zur Wirtschaftsentwicklung" mit speziell für die Wirtschaftsbeobachtung und -analyse verwendbaren Angaben aus der Nachkriegszeit hinzuweisen. Der längerfristigen Konjunkturbeobachtung dienen die monatlich erscheinenden "Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung", in denen neben den Originalreihen die saison- und arbeitstäglich bereinigten Werte dargestellt werden.

Nur unzureichend kann die amtliche Statistik bisher die vielfachen Wünsche nach p r o b l e m o r i e n t i e r t e n Querschnittsveröffentlichungen erfüllen. Derartige Anforderun-

gen werden in zunehmendem Maße von verschiedenen Konsumenten der amtlichen Statistik gestellt, die für die Untersuchung spezieller Probleme oder für Planungszwecke Zahlenmaterial für gleiche Tatbestände aus verschiedenen Erhebungen und Zeiträumen benötigen. Für diese problemorientierten Untersuchungen müssen sie bisher im allgemeinen auf eine größere Zahl von statistischen Veröffentlichungen zurückgreifen und sich zum Teil die gewünschten Daten selbst zusammenstellen. Querschnittsveröffentlichungen, die statistische Daten nach Problemkreisen geordnet darbieten, könnten diese Schwierigkeiten vermindern.

Das Statistische Bundesamt mußte sich bisher - u.a. angesichts der personellen und finanziellen Grenzen - auf einige ausgewählte problemorientierte Querschnittsveröffentlichungen beschränken, wie "Die Frau in Familie und Beruf" und "Die älteren Mitbürger und ihre Lebensverhältnisse". Auch in Zukunft muß auf arbeitsaufwendige umfangreiche Veröffentlichungen verzichtet werden. Allerdings werden im Rahmen des Möglichen Broschüren herausgegeben, die als Kurzdarstellungen problemorientierte Materialzusammenstellungen enthalten. Neben der Veröffentlichung "Zahlen, die zählen", mit Angaben aus der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970, sind hier u.a. die Broschüren "Haushaltsgeld - woher, wohin" mit Ergebnissen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 und aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen sowie "Im Blickpunkt: Der Mensch - Zahlen über das Leben in der Bundesrepublik Deutschland" zu nennen.

Als Gemeinschaftsveröffentlichung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und des Statistischen Bundesamtes ist im Mai 1974 der Sammelband "Bildung im Zahlenspiegel" erschienen. In dieser Veröffentlichung sind neben einigen Strukturdaten aus der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstatistik in erster Linie die Angaben aus der Schul- und Hochschulstatistik sowie aus den Statistiken des Personals und der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung für die Bereiche Bildung und Wissenschaft zusammengestellt. Angaben der Kammern und Verbände über die betriebliche Ausbildung und die berufliche Weiterbildung vervollständigen den Überblick über das verfügbare Material dieses z.Z. besonders bedeutungsvollen Aufgabenbereichs.

In Zukunft wird die problemorientierte Bereitstellung statistischer Daten auch durch die Statistische Datenbank erleichtert werden. Als Instrument zur Verbesserung der Bereitstellung und Auswertung der statistischen Ergebnisse wird sie das Dienstleistungsangebot der amtlichen Statistik beträchtlich erweitern.

III. Verbesserte Darbietung und Auswertung der Ergebnisse

2. Aufbau der Statistischen Datenbank

Das Statistische Bundesamt ist im Jahre 1969 vom Bundesministerium des Innern beauftragt worden, als Teil des geplanten automatisierten Informationssystems des Bundes (vgl. B III. 3) die Statistische Datenbank aufzubauen. Hauptaufgabe der Statistischen Datenbank, die Regierung, Parlament und Öffentlichkeit zur Verfügung stehen soll, wird es sein,

- möglichst viele sachlich relevante statistische Daten in übersichtlicher und leicht zugänglicher Form für längere Zeit an einem Platz zu speichern,
- dieses aus verschiedenen Quellen und Perioden stammende Material stärker als bisher in vergleichbarer, kombinierbarer und auch für andere als die ursprünglichen Zwecke benutzbarer Form bereitzuhalten,
- das eingespeicherte Material auf Abruf in beliebiger - problem- und projektbezogener - Kombination zur Verfügung zu stellen und größere mathematisch-statistische Berechnungen für Zwecke der Analyse, Prognose, Planung und Erfolgskontrolle durchzuführen.

Die Statistische Datenbank erschließt also nicht nur neue Wege der Materialbereitstellung, sondern ermöglicht darüber hinaus auch die Durchführung von Analysen und Prognosen unter Anwendung moderner mathematisch-statistischer Methoden. Zur Aufnahme in die Datenbank vorgesehen ist neben Material des Statistischen Bundesamtes auch solches aus anderen amtlichen und ggf. einigen nichtamtlichen Statistiken, um eine zentrale Bereitstellung aller relevanten Daten zu gewährleisten. Die Auswahl der Daten erfordert eine ständige enge Zusammenarbeit mit allen Benutzern der Statistik.

Mit einer gezielten Datenauswahl ist im Statistischen Bundesamt im Sommer 1969 begonnen worden. Mit Priorität wurde zunächst das Konzept für ein regionalstatistisches Programm erarbeitet. Es folgte die Datenauswahl für ein konjunkturstatistisches Programm und ein Programm "Lange Reihen".

Alle drei Programme sind in ihrer ersten Phase fertiggestellt. Zu den in den Programmen enthaltenen Tatbeständen bzw. Merkmalen aus den verschiedenen Statistiken sind die fachlichen Beschreibungen über Erhebung und Darstellung zu einem wesentlichen Teil bereits abgeschlossen. Die teilweise manuell vorzunehmende Zusammenstellung der Daten ist angelaufen. Die zugrunde liegende Konzeption erlaubt jederzeit Ergänzungen und Erweiterungen. So werden die von Benutzern vorgebrachten und sich aus den laufenden Arbeiten anbietenden Ergänzungsvorschläge und -möglichkeiten gesammelt und zusammengestellt, um zu einem späteren Zeitpunkt übernommen zu werden.

Zur Ergänzung der drei Programme sind für Untersuchungen auf Spezialgebieten der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik Vorarbeiten für die weitere Zusammenstellung problemkreisorientierter Daten angelaufen. Dazu ist es erforderlich, daß für die Datenauswahl das z.T. an den verschiedensten Stellen befindliche Material zusammengetragen und ausgewertet wird.

Als Hilfsmittel für die Benutzer müssen u.a. alphabetisch und nach Sachgebieten geordnete Datenkataloge zur Verfügung gestellt und Datenbeschreibungen entwickelt werden. Darüber hinaus sind mit dem Aufbau der Statistischen Datenbank eine Fülle weiterer, teils fachlicher, teils technischer Arbeiten verbunden, vor allem

- die Vergleichbarmachung der Daten durch verstärkte Koordinierung und ggf. durch Umrechnung der Ergebnisse und ergänzende Schätzungen,
- die Entwicklung von Standardprogrammen für Materialzusammenstellungen und Berechnungen sowie
- die Entwicklung einer Benutzersprache.

Zur technischen Realisierung der Statistischen Datenbank ist im einzelnen zu bemerken:

- Als vordringlichste Aufgabe wurden die Programme für die Datenaufnahme und die Führung aller Kataloge (mit Ausnahme des Definitionskatalogs, der vorläufig manuell geführt wird) verwirklicht. Somit konnten bereits umfangreiche Datenbestände und Systematiken in die Datenbank übernommen werden; dies diente nicht nur der Erprobung der entwickelten Programme, sondern zugleich auch der Anfertigung entsprechender Richtlinien und der Ausbildung der Datenbanksachbearbeiter.

- Ebenfalls fertiggestellt und erprobt sind die Programme für das Erstellen von Auszügen aus den Katalogen, die der Benutzer anfordern kann.
- Das Konzept der Benutzersprache für den mathematisch-statistischen Analyse- und Auswertungsteil der Datenbank ist fertiggestellt. Zur Zeit wird noch die Anpassung des Konzeptes an ein dialogfähiges System erarbeitet. Die Programmierung der zugehörigen Steuer- und Übersetzerprogramme wird um die Jahreswende 1974/75 begonnen werden.
- Die Programmierung für die gebräuchlichsten mathematisch-statistischen Analysemethoden läuft bereits seit einiger Zeit, nachdem die erforderlichen Programmierungskonventionen festgelegt und die Schnittstellen zu den Steuerprogrammen des Analyseteils vereinbart waren. Diese Arbeiten werden laufend weitergeführt.
- Die Vorarbeiten zur Erweiterung der Benutzersprache für übliche statistische Auswertungen sind in Angriff genommen worden; hier wird von einem dialogfähigen System ausgegangen.
- Das Statistische Bundesamt plant, eine moderne Time-Sharing-Anlage mit virtuellem Speicher einzusetzen, auf der u.a. auch die Statistische Datenbank laufen soll. Entsprechende Umstellungen der bereits vorhandenen Programme für Datenaufnahme und Katalogführung (insbesondere für die Kataloglistungen) werden vorbereitet.

III. Verbesserte Darbietung und Auswertung der Ergebnisse

3. Entwicklung eines Konzepts für den numerischen Teil des Bundesinformationssystems

Parlament, Regierung und Verwaltung brauchen umfassende, aktuelle und zuverlässige Informationen, um

- die herrschende Situation und die Entwicklungstendenzen richtig zu beurteilen,
- geeignete Entscheidungen und Maßnahmen zur Verbesserung zu treffen,
- diese Maßnahmen im einzelnen durchzuführen und
- die Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen zu kontrollieren.

Zur Bereitstellung dieser Informationen dient ein kompliziertes Geflecht von Informationseinrichtungen, die Textdaten oder numerische Daten verarbeiten. Derartige Register, Registraturen, Statistiken, Archive, Karteien oder Dateien, Bibliotheken, Dokumentationsstellen und wie immer diese Einrichtungen genannt werden, sind in der öffentlichen Verwaltung von der kleinsten Gemeindeverwaltung an über die Mittel- und Oberbehörden bis zu den obersten Bundes- und Landesbehörden und den Parlamenten vorhanden. Seit längerem werden auf verschiedenen Ebenen in systematischer Weise EDV-gestützte Datenbanken und Informationssysteme aller Art aufgebaut oder geplant, die den Verwaltungsvollzug erleichtern sollen oder Informations- und Planungszwecken dienen. Es handelt sich dabei teils um Einrichtungen für formatierte bzw. numerische Daten, wie das Ausländerzentralregister, Grundstücksdatenbanken, statistische Datenbanken, die Sozialdatenbank oder Planungsinformationssysteme, teils um Einrichtungen für Textdaten, wie Literaturdatenbanken im Bibliotheks- oder Dokumentationsbereich.

Diese Einrichtungen entstehen zunächst aus den Erfordernissen der jeweils zuständigen Stellen heraus und in deren verfassungsmäßiger Verantwortung. Es würde aber zur "Informationsanarchie"¹⁾ führen, wenn nicht eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen Informationseinrichtungen erreicht würde. Die zwingende Notwendig-

1) Vgl.: Staatssekretär Dr. Fröhlich, Bessere Verwaltung durch bessere Information, Bulletin der Bundesregierung Nr. 119/1974 vom 11. Oktober 1974, S. 1211.

keit dazu ergibt sich aus dem dringlichen Bedarf der politischen Führung und der Leistungsverwaltung an bereichsübergreifenden Querschnittsinformationen.

Der Bundesminister des Innern hat deshalb schon frühzeitig aufgrund seiner Zuständigkeit für allgemeine Organisationsangelegenheiten Überlegungen angestellt, wie die Bereitstellung von Informationen verschiedener Stellen sowie der Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Wirtschaft, Wissenschaft und internationalen Organisationen verbessert werden könnte. Der Versuch, das Informationsproblem durch die Konzeption eines allgemeinen arbeitsteiligen "Informationsbankensystems für die Bundesrepublik Deutschland" zu lösen und der entsprechende Vorschlag einer interministeriellen Arbeitsgruppe, in der auch ein Vertreter des Statistischen Bundesamts mitwirkte, ist aufgrund der verfassungsrechtlichen und operationalen Grenzen nicht weiterverfolgt worden.

Zur Zeit wird in einer Arbeitsgruppe beim Bundesminister des Innern, in der auch das Statistische Bundesamt vertreten ist, die Konzeption eines "Arbeitsprogramms zur Verbesserung des Informationswesens der Bundesverwaltung (Bundesinformationssystem)" erarbeitet. Grundlage für die Bereitstellung numerischer Daten bildet ein Konzept für den numerischen Teil des Bundesinformationssystems, das im Auftrag des Bundesministers des Innern vom Statistischen Bundesamt angefertigt wurde. Daneben wurden Untersuchungen über die Möglichkeiten der Datengewinnung aus automatisierten oder automatisierbaren Verwaltungsunterlagen angestellt.

Die Gesamtkonzeption soll bis Anfang 1975 fertiggestellt und anschließend mit den Bundesressorts abgestimmt und dem Bundeskabinett zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Besondere Bedeutung wird in diesem Rahmen der Einführung kompatibler Begriffssysteme und Datenkataloge beigemessen, die den Datenaustausch erleichtern sollen. Im Mittelpunkt des numerischen Teils des Informationssystems wird ein statistisches Informationssystem auf der Basis der im Aufbau befindlichen Statistischen Datenbank (vgl. B III.2) stehen.

IV. Sonstige Querschnittsaufgaben fachlicher Art

1. Weiterentwicklung der Systematiken

Die ständig steigenden Anforderungen auf dem Gebiet der Systematiken sind sowohl auf die Einführung neuer Systematiken als auch auf die Anpassung vorhandener Systematiken an neue Entwicklungen und die verstärkte Koordinierung der Systematiken untereinander gerichtet. Sie resultieren u.a. aus

- neuen oder in ihren Konzepten geänderten Statistiken,
- einer verstärkten Auswertung der statistischen Ergebnisse im Rahmen kombinierender Berechnungen und Analysen (z.B. in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, im geplanten System der demographischen und sozialen Daten und im Rahmen der Statistischen Datenbank),
- der immer stärker werdenden Forderung nach internationaler Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse, d.h. Anpassung an internationale Systematiken bei weitgehender Erhaltung der zeitlichen Vergleichbarkeit der Ergebnisse in der Abgrenzung der nationalen Systematiken und
- der zunehmenden Verwendung der amtlichen Systematiken außerhalb der Bundesstatistik.

Das Vordringen der automatisierten Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung zwingt in immer stärkerem Maße dazu, von verbalen Bezeichnungen als Anknüpfungspunkt auf einen numerischen Begriff, d.h. eine Ziffernfolge, überzugehen. Die Verwendung von einheitlichen festen Nummern (für Personen, Unternehmen, Waren, regionale Einheiten usw.) als Verknüpfungszeichen ermöglicht nicht nur die maschinelle Datenkorrespondenz zwischen verschiedenen Datenträgern in Verwaltung und Wirtschaft mit all ihren Vorteilen, sondern eröffnet auch der amtlichen Statistik neue Möglichkeiten (z.B. Zusammenführung von Angaben aus verschiedenen Quellen, Durchführung von Verlaufsstatistiken usw.). Um rechtzeitig Einfluß auf die Entwicklung der Kennzeichen und ihre Verwendungsmöglichkeiten im Rahmen der amtlichen Statistik und ihrer Systematiken nehmen zu können, ist eine verstärkte Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes an allen Nummerungsvorhaben in der Verwaltung und Wirtschaft erforderlich.

Die Schwerpunkte der Arbeiten an den Systematiken liegen zur Zeit im Bereich der

- I. Unternehmens- und Betriebssystematiken,
- II. Warensystematiken,
- III. Personensystematiken,
- IV. Regionalsystematiken.

I. Unternehmens- und Betriebssystematiken

Im Mittelpunkt der Arbeiten in diesem Bereich steht in den nächsten Jahren die Revision der "Systematik der Wirtschaftszweige (WZ)". Dabei geht es vor allem um

- die Anpassung an die Änderungen in der Struktur der Wirtschaft, die im letzten Jahrzehnt eingetreten sind bzw. sich in Zukunft abzeichnen, unter Beibehaltung von Struktur und Aufbau der WZ,
- die erforderliche Angleichung an die 1970 vom SAEG eingeführte "Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE)", um den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften nach international vergleichbaren Daten entsprechen zu können,
- die Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung eines neuen Berichtssystems im Produzierenden Gewerbe, u.a. auf Grund der entsprechenden Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften. Für den Bereich des Produzierenden Gewerbes ist zur Erläuterung der von der revidierten WZ abgeleiteten speziellen Fassung der "SYPRO" (Systematik der Wirtschaftszweige (rev.)), Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe) eine Zusammenstellung der systematisch und alphabetisch zu ordnenden Betriebs- u.ä. Benennungen sowie die textliche Erläuterung der einzelnen Wirtschaftszweige bereitzustellen. Beide werden gleichzeitig - für den Bereich des Produzierenden Gewerbes - als Arbeitsunterlagen für die nächste Arbeitsstättenzählung benötigt.

Für die außerhalb des Produzierenden Gewerbes liegenden Bereiche der WZ erscheint es aus arbeitsmäßigen Gründen - in Abänderung des ursprünglichen Plans - ratsam, im wesentlichen nur noch den Handel (WZ 4) und die überwiegend von Unternehmen erbrachten Dienstleistungen (WZ 7) einer eingehenden Revision zu unterziehen. Dazu gehören insbesondere das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie die Bereiche Film und Verlag. Die übrigen Teile der WZ könnten bis auf einige kleinere Änderungen unverändert bleiben.

Die Revision der gesamten WZ einschl. Drucklegung und die Erstellung des systematischen und des alphabetischen Verzeichnisses der Betriebs- u.ä. Benennungen werden voraussichtlich die Jahre 1975 bis 1977 beanspruchen.

II. Warensystematiken

1. Für den Bereich Ernährung und Landwirtschaft ist die Erzeugnisgliederung für die Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei zu überarbeiten, die u.a. für die Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost) verwendet wird. Sie soll im Zuge der Umstellung mit der Erzeugnisliste in der Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung des SAEG harmonisiert werden, die ihrerseits auf die NIMEXE (Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten) abgestimmt ist.
2. Für die nächste Wareneingangserhebung im Produzierenden Gewerbe ist eine "Systematik des Material- und Wareneingangs im Produzierenden Gewerbe" zu erstellen. Die Bausteine für diese Input-Systematik wird im wesentlichen das Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI) liefern.
3. Die Arbeiten an der Revision der Systematik der Bauwerke stehen im Zusammenhang mit

der Reform der Bautätigkeitsstatistik. Dabei ist insbesondere der Neuabgrenzung des Wohnungsbaus vom Nichtwohnbau sowie der Berücksichtigung der Infrastrukturgebäude Rechnung zu tragen sowie auch die Definition von Anstalten und Heimen zu überarbeiten. Außerdem sind Vorbereitungen für einen späteren Einbau der Bauleistungen (VOB) zu treffen.

4. Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik wird zum 1. Januar 1975 vollständig auf die NIMEXE (vgl. X 1 a) umgestellt und gleichzeitig in den neuen Deutschen Gebrauchs-Zolltarif integriert. Die sechsstelligen Schlüsselnummern der NIMEXE werden für nationale Unterteilungen zu siebenstelligen Warennummern und für Zollzwecke zu neunstelligen Codenummern des Deutschen Gebrauchs-Zolltarifs erweitert. Auf die nationalen Unterteilungen kann schon im Interesse der Vergleichbarkeit mit dem WI und der SIO nicht verzichtet werden.

Eine erneute Umstellung dieser Warenverzeichnisse der Außenhandelsstatistik könnte sich aus den Arbeiten des Brüsseler Zoll-Rates an einem "weltweiten" Warenverzeichnis mit dem Titel "Harmonisiertes System für die Bezeichnung und Kodifizierung der Waren im internationalen Handel" ergeben. Dieses anspruchsvolle Projekt sieht ein Strukturiertes Schema (sechsstellig verschlüsselt) mit 7 - 8 000 Positionen, eine detaillierte Warenbeschreibungsliste (achtstellig verschlüsselt) mit 30 - 40 000 Unterteilungen, einen ausführlichen Index und besondere Erläuterungen vor, die bis 1976 fertiggestellt sein sollen. Die geplante sechsstellige Verschlüsselung des Strukturierten Schemas würde zu achtstelligen Schlüsselnummern der NIMEXE, neunstelligen Warennummern der Außenhandelsstatistik und elfstelligen Codenummern des Deutschen Gebrauchs-Zolltarifs führen. Derartige Schlüsselssysteme sind nach unseren Erfahrungen aus sachlichen und kostenmäßigen Gründen vollkommen unpraktikabel und werden vom Amt abgelehnt.

5. An weiteren Arbeiten auf dem Gebiet der Warensystematiken ist das "Warenverzeichnis für den Binnenhandel" zu nennen. Seine Fertigstellung wird sich voraussichtlich bis Ende 1976 hinziehen. Dieses Warenverzeichnis soll eine wesentliche Lücke der Systematiken zur Durchleuchtung des Warenflusses schließen; darüber hinaus schafft es die Grundlage für einheitliche, mit der amtlichen Systematik harmonisierte Artikel-Nummerungssysteme.
6. Zu dem ab Januar 1975 gültigen überarbeiteten Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI) ist ein Alphabetisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik in Vorbereitung. Es soll das Zuordnen und Auffinden von Waren innerhalb der systematischen Gliederung erleichtern. Ferner werden als weitere in dieser Richtung wirkende Arbeitsunterlagen die zu den einzelnen Warengruppen erschienenen Kommentare auf den neuesten Stand gebracht und Kommentare zu weiteren wichtigen Warengruppen herausgegeben werden. Die Kommentare unterrichten ausführlicher, als dies in der Systematik möglich ist, über den Inhalt und die Abgrenzung der einzelnen Meldenummern.
7. In der - von der WZ abgeleiteten - "Systematik der Produktionsbereiche (SIO)", die den Input-Output-Tabellen und der Investitionsberechnung zugrunde liegt, werden die Sechssteller im Bereich des Produzierenden Gewerbes durch die Nummern des WI und des WA erläutert. Im Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften bemüht man sich um eine entsprechende Anpassung zwischen dem Gemeinsamen Verzeichnis der industriellen Produkte (NIPRO) und der NIMEXE, die dort ebenfalls zur Erläuterung der Systematik für Input-Output-Tabellen (NACE/CLIO = Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften - Fassung für Input-Output-Tabellen) dienen sollen.

Ein der SIO entsprechendes System, das jedoch nicht von der WZ, sondern vom WI abgeleitet ist, wird in bisher zweijähriger Periodizität mit der G e g e n ü b e r - s t e l l u n g d e s W a r e n v e r z e i c h - n i s s e s f ü r d i e I n d u s t r i e s t a - t i s t i k (W I) m i t d e m W a r e n v e r - z e i c h n i s f ü r d i e A u ß e n h a n d e l s - s t a t i s t i k bereitgestellt; es wird bei der Errechnung der "Verfügbarkeit" von gewerblichen Gütern (ohne Ernährungsgüter) verwendet.

8. Im Rahmen der internationalen und europäischen Waren- und Dienstleistungssystematiken ist die Mitarbeit an zwei Vorhaben besonders erwähnenswert. Das eine ist die von den Vereinten Nationen im Entwurf unter der Bezeichnung I C G S = I n t e r n a t i o n a l S t a n d a r d C l a s s i f i c a t i o n o f a l l G o o d s a n d S e r v i c e s vorgelegte Systematik aller Güter und Dienstleistungen, die nach der Herkunft der Güter gegliedert ist und von der International Standard Industrial Classification of all Economic Activities (ISIC) ausgeht. Die Waren und Dienstleistungen sind, soweit möglich, durch die Nummern bereits vorhandener internationaler Klassifikationen erläutert, z.B. durch die International Standard Trade Classification (SITC), den Brüsseler Zollltarif (BZT) und die International Standard Classification of Education (ISCED).

Das zweite Vorhaben ist seit geraumer Zeit für die Europäischen Gemeinschaften beim SAEG in Vorbereitung; es handelt sich um das g e m e i n s a m e V e r - z e i c h n i s d e r i n d u s t r i e l l e n E r z e u g n i s s e (NIPRO = Nomenclature industrielle des produits), das auf der Grundlage der Allgemeinen Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE = Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés Européennes) erstellt ist und dem die Nummern der NIMEXE gegenübergestellt sind.

III. Personensystematiken

1. Bei den Personensystematiken werden die Arbeiten an einem bundeseinheitlichen K a t a l o g v o n G r u p p e n v o n B e r u f e n f ü r d e n ö f f e n t - l i c h e n D i e n s t fortgesetzt. Sie sind durch die Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes bedingt, derzufolge u.a. das Personal im öffentlichen Dienst jährlich auch nach Gruppen von Berufen zu erfassen ist. Der Zeitpunkt für die Einführung einer solchen Gliederung nach Gruppen von Berufen soll durch eine besondere Rechtsverordnung festgelegt werden. Der als Spezialfassung der "Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1970" zu erstellende Katalog der Berufe soll den besonderen Belangen des öffentlichen Dienstes Rechnung tragen und außerdem eine möglichst weitgehende Koordinierung mit den nach Berufsgruppen gegliederten Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik gewährleisten.

Ein Nachdruck 1975 der K l a s s i f i z i e r u n g d e r B e r u f e , Ausgabe 1970, ist für Zwecke der Beschäftigtenstatistik und der Personalstandsstatistik im öffentlichen Dienst in Vorbereitung. Er wird bei einer Reihe von Berufsbenennungen Ergänzungen und Änderungen aufweisen und besondere Hinweise zu dem Begriff "ausgeübte Tätigkeit" im öffentlichen Dienst enthalten.

2. Zu den Personensystematiken im weiteren Sinn gehören verschiedene B i l d u n g s s y s t e m a t i k e n , an deren Entwicklung seit einigen Jahren im Rahmen der Hochschulstatistik gearbeitet wird. Derartige Systematiken sind z.B. erforderlich für den Nachweis der Studenten nach Fachrichtungen, der Studiengänge und Studienabschlüsse, der Lehrveranstaltungen usw. Daneben werden im Rahmen der Hochschulstatistik Systematiken über das wissenschaftliche und das übrige Personal nach Tätigkeiten, der Grundstücke, Gebäude und Räume nach Funktionen und Ausstattung u.a. benötigt. Die Arbeiten an diesen Systematiken werden durch die Vielgestaltigkeit des Hochschulwesens und seine ständige Weiterentwicklung stark erschwert.

3. Die " I n t e r n a t i o n a l e K l a s s i f i -
k a t i o n d e r K r a n k h e i t e n , V e r -
l e t z u n g e n u n d T o d e s u r s a c h e n
(I C D) " , deren 8. Revision seit 1968 in den Bundes-
statistiken angewendet wird, unterliegt alle zehn Jahre
einer Revision. Die nächste Revisionskonferenz wird 1975
tagen, so daß voraussichtlich ab 1978 die 9. Revision
in der amtlichen Statistik eingeführt werden kann.

IV. Regionalsystematiken

Auf dem Gebiet der Regionalsystematiken bereitet es ins-
besondere Schwierigkeiten, die statistischen K e n n -
z i f f e r n d e r G e m e i n d e n , die eine un-
entbehrliche Grundlage für den regionalen Nachweis sta-
tistischer Daten sind, auf dem laufenden zu halten. Die
Schwierigkeiten hängen mit der überall in Gang gekommenen
kommunalen Verwaltungsreform zusammen, die eine ständige
Anpassung der Kennziffern an den neuesten Gebietsstand
der Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke erfordert.

Zusätzliche Fragen ergeben sich aus der Verwendung der Ge-
meindekennziffern im automatisierten Einwohnerwesen. Ferner
muß geklärt werden, wie die Gemeindekennziffern am besten
zu ergänzen sind, um statistische Daten unterhalb der Ge-
meindeebene nachweisen zu können. Schließlich ist eine
Lösung für das Problem zu finden, ältere regionalstatistische
Daten zu Vergleichszwecken auf neue Gebietsstände umzu-
rechnen.

IV. Sonstige Querschnittsaufgaben fachlicher Art

2. Mitarbeit an Berichten der Bundesregierung sowie an Analysen und Prognosen

Die amtliche Statistik wird in zunehmendem Maße in die Auswertung von Statistiken für Berichte der Bundesregierung (z.B. Familien-, Jugend-, Bildungs-, Raumordnungs-, Städtebaubericht usw.) sowie für die Vorbereitung von Reformmaßnahmen (z.B. Finanz-, Steuer-, Justizreform usw.) eingeschaltet. Hierbei stellt das Statistische Bundesamt in der Regel umfangreiches Material zusammen und führt Berechnungen durch, die zur Analyse der Ausgangssituation bzw. zur Untersuchung der Auswirkungen geplanter Maßnahmen und zur Erfolgskontrolle beitragen. Auf dem Gebiet der Bevölkerungswissenschaft erfüllt das Amt bereits seit längerem einen ausdrücklichen Auftrag, allgemeine Analysen durchzuführen. Mit der Errichtung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung durch Erlaß des Bundesministers des Innern vom 12. Februar 1973 wurden die institutionellen Voraussetzungen zur Durchführung wissenschaftlicher Forschungen über Bevölkerungs- und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung geschaffen.

Die wachsende Bedeutung der Weiterverarbeitung und Auswertung statistischen Originärmaterials findet ihren Ausdruck auch in der Mitarbeit der amtlichen Statistik an V o r a u s - s c h ä t z u n g e n . Im politischen Entscheidungsprozeß werden neben statistischen Daten in zunehmendem Maße quantifizierte Vorstellungen über zukünftige Entwicklungen in Form von Prognosen, Projektionen u.ä. benötigt. Die Vorausschätzungen sind meist auf bestimmte Ziele oder Zwecke ausgerichtet, wie z.B. Bildungsplanung, gesamtwirtschaftliche Prognosen und Projektionen, Steuervorausschätzungen u.ä. Die Vorstufe für diese Arbeiten ist zunächst eine möglichst umfassende Analyse der Entwicklung in der Vergangenheit, für die die Statistik das Ausgangsmaterial liefert. Allerdings sind die zur Verfügung stehenden statistischen Unterlagen häufig nicht auf die jeweiligen Fragestellungen der Prognose ausgerichtet; sie müssen deshalb ggf. umgruppiert und durch Schätzungen ergänzt werden. Außerdem sind vielfach Sonderberechnungen, wie Regressions-, Varianz-, Faktorenanalysen usw., erforderlich, um die verschiedenen Abhängigkeiten herausarbeiten zu können.

Soweit Prognosen u.ä. überwiegend auf statistischen Ergebnissen aufbauen, werden sie von der amtlichen Statistik durchgeführt, wie z.B. Vorausschätzungen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, der Haushalte usw. Für diese Arbeiten sind von der amtlichen Statistik eigene Modelle entwickelt worden, die laufend verbessert werden.

An vielen anderen Prognosen, Projektionen und Planungen ist die amtliche Statistik beteiligt. Dabei erstreckt sich die Mitarbeit von rein beratender Tätigkeit über die Bereitstellung von adäquatem Ausgangsmaterial, die Übernahme von analytischen Vorarbeiten bis zur Beteiligung an der Herausarbeitung von Annahmen; in manchen Fällen stellt das Statistische Bundesamt auch seine Rechenkapazität zur Verfügung. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang der interministerielle Arbeitskreis "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen", die Sachverständigengruppe für mittelfristige Perspektiven bei den Europäischen Gemeinschaften, die Arbeitsgruppe für "Langfristige Projektionen der Erwerbstätigkeit", verschiedene Ausschüsse des Finanzplanungsrates, mehrere Arbeitsgruppen für Bildungs- und Forschungsplanung, Ausschüsse auf dem Gebiet der Raumordnung sowie im Agrarsektor usw.

Abschließend soll noch auf die umfangreichen Anforderungen hingewiesen werden, die das Statistische Bundesamt als Geschäftsstelle des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erfüllen hat. Seit 1972 nimmt das Amt auch die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates für Umweltfragen wahr.

Übersicht über neue statistische Vorhaben im Zeitraum 1974 bis 1981*)
(einschließlich bestehender Statistiken, die voraussichtlich größere Änderungen
bzw. Erweiterungen erfahren)

Bereich ¹⁾	Bezeichnung des Projekts	Zeitplan 19..							
		74	75	76	77	78	79	80	81
I. Gebiet und Bevölkerung	1. Volkszählung								X
	2. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 hier: Bevölkerungsstatistische Angaben		(X)						
	3. Weiterentwicklung des Mikrozensus		X	X	X	X	X	X	X
	4. Bundesstatistik über Obdachlose und Nichtseßhafte								
II. Gesundheitswesen	1. Multikausalanalyse der Todesursachen								
	2. Krankenhauspatienten- und -diagnosenstatistik								
	3. Statistische Aufbereitung der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz		X	X	X	X	X	X	X
	4. Bundesstatistik der Behinderten und der Rehabilitationsmaßnahmen		X	X	X	X	X	X	X
	5. Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche	(X)	X	X	X	X	X	X	X
III. Bildung und Kultur	1. Ausbau der Schulstatistik darunter: Lehrer- und Unterrichtserhebung Erhebung der Schulanlagen	X	X	X	X / X	X	X	X	X
	2. Statistik der Berufsbildung und der beruflichen Fort- und Weiterbildung								
	3. Erhebungen im Rahmen des Hochschulstatistikgesetzes darunter: Studentenstatistik	X	X	X	X	X	X	X	X
	Erfassung des Personals	X	X	X	X	X	X	X	X
	Erfassung des Baubestandes	X	X	X	X	X	X	X	X
	4. Forschungsstatistik								
IV. Erwerbstätigkeit	1. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 hier: Erwerbsstatistische Angaben	X	(X)						
	2. Beschäftigten- und Entgeltstatistik		X	X	X	X	X	X	X
	3. Weiterentwicklung des Mikrozensus		X	X	X	X	X	X	X
	4. Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte		X	(X)					
V. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1. Landwirtschaftszählung				X		X / X		
	2. Agrarberichterstattung		X		X		X		X
	3. Weinbaukataster (Neuaufstellung)				X				
	4. Neugestaltung der Bodennutzungserhebungen				X	X	X	X	X
	5. Erhebung über den Obstanbau (Obstanbauerhebung)				X				
	6. Statistik nach dem Geflügelfleischhygienegesetz		(X)	X	X	X	X	X	X
VI. Unternehmen und Arbeitsstätten	1. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 hier: Arbeitsstättenzählung		(X)						
	2. Kostenstrukturstatistiken								
	3. Ausbau der Bilanzstatistik								

*) Berücksichtigt wurden nur die in Teil A des "Katalogs der Anforderungen" enthaltenen Einzelstatistiken.

1) Gliederung nach "Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik".

Bereich ¹⁾	Bezeichnung des Projekts	Zeitplan 19..							
		74	75	76	77	78	79	80	81
VII. Produzieren- des Gewerbe	1. Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe darunter: Zensus im Produzierenden Gewerbe Wareneingangserhebung im Produzierenden Gewerbe Handwerkszählung Jährliche Kostenstrukturerhebung		X	X	X	X	X	X	X
	2. Umweltstatistiken darunter: Statistiken der Abfallbeseitigung Statistiken der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung		X X	X X	X X	X X	X X	X X	X X
VIII. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen	1. Reform der Bautätigkeitsstatistik 2. Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 hier: Gebäude- und Wohnungszählung 3. 1 % Wohnungsstichprobe		X (X)	X	X	X	X	X	X
IX. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Reiseverkehr sowie Dienstleistungen	1. Weiterentwicklung der Binnenhandels- und Gastgewerbestatistik darunter: Kombinationsstatistik Handels- und Gaststättenzählung 2. Ausbau der Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistiken zu Reiseverkehrsstatistiken 3. Pressestatistik 4. Statistische Erhebungen im Bereich der Filmwirtschaft	X	(X)	X	(X)	X X	(X)	X	(X)
			X	X	X	X	X	X	X
X. Außenhandel	1. Außenhandelsstatistik	X	X	X	X	X	X	X	X
XI. Verkehr	1. Statistik der Gemeindestraßen 1976 2. Ausbau der Statistiken im Güterkraftverkehr 3. Ausbau der Seeschiffahrtsstatistik			X					
				X	X	X			
XII. Öffentliche Sozialleistungen	1. Weiterentwicklung der Jugendhilfestatistik 2. Personalstrukturerhebung in der Jugendhilfe	X							
XIII. Finanzen und Steuern	1. Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes darunter: Finanzplanungsstatistik Erweiterung der Personalstatistiken 2. Einheitswertstatistiken des Grundbesitzes	X	X	X	X	X	X	X	X
			X	X	X	X	X	X	X
				X					
XIV. Preise	1. Ausbau der Preisstatistik darunter: Novellierung des Preisstatistischen Gesetzes Ausbau der preisstatistischen Nachweisungen	X	X	X	X	X	X	X	X
		X	X	X	X	X	X	X	X
XV. Löhne und Gehälter	1. Statistik der Löhne in der Landwirtschaft 2. Erhebungen über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten im Produzierenden Gewerbe im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen 3. Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich 4. Erhebung über die betriebliche Altersversorgung in der Wirtschaft	X							
				X			X		
			X			X			X
			X				X		
XVI. Wirtschaftsrechnungen	1. Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS)	X				X			

1) Gliederung nach "Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik".

